



HDI

Das ist Versicherung.

Nr. 2 / April 2017 / 37. Jahrgang

GI aktuell

Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe

Inhalt

Editorial	33	Steuerberaterhaftung	49
GI Entscheidungen	34	Atypischer Kalkulationsschaden / Betriebswirtschaftliche Kalkulation (OLG Koblenz, Beschl. v. 28.10.2013 – 2 U 844/12)	
GI Literaturhinweise	64	Steuerberaterhaftung	51
GI Literatur-Ecke	64	Atypischer Kalkulationsschaden / Betriebswirtschaftliche Kalkulation (OLG Koblenz, Beschl. v. 11.9.2013 – 2 U 844/12)	
Anwaltshaftung	34	Haftung des Treuhandkommanditisten	53
Verjährung / Kostenschaden / Grundsatz der Schadeneinheit (BGH, Ur. v. 2.2.2017 – IX ZR 91/15)		Gründungsgesellschafter / Halten eigener Anteile / Einfluss auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages / Entgegennahme einer Vergütung (LG Berlin, Ur. v. 29.7.2016 – 31 O 100/16)	
Anwaltshaftung	36	Mittelverwendungskontrolle	57
Verjährungshemmung / Verhandlungen / Rückwirkung der Hemmung (BGH, Ur. v. 15.12.2016 – IX ZR 58/16)		Vertrag zugunsten der Anleger / Vortrag ins Blaue hinein / Vorlagepflicht bezüglich Kontoeröffnungsunterlagen (LG Berlin, Ur. v. 21.4.2016 – 31 O 333/15)	
Steuerberaterhaftung	39	Anwaltshaftung	59
Differenzhypothese / Gesamtvermögensvergleich / Konsolidierte Schadenbetrachtung (BGH, Ur. v. 10.12.2016 – IX ZR 56/15)		Gründung einer GbR zur Rechtsverfolgung / Verstoß gegen Rechtsberatungsgesetz / Sicherster Weg / Risikobelehrung / Uneinheitliche Rechtsprechung (LG Düsseldorf, Ur. v. 12.1.2016 – 6 O 460/14)	
Steuerberaterhaftung	43	Übergangsrecht zum neuen VersicherungsvertragsG	61
Treuhandkommanditist / Hinweispflicht / Regelwidrige Auffälligkeiten / Zurechnung des Verschuldens der Komplementärin des Fonds / Fehlerhafte Prospektangaben / Haftungsfreizeichnung durch AGB (OLG München, Ur. v. 20.4.2016 – 20 U 3917/15)		Insolvenz des Steuerberaters / Direktanspruch, § 115 VVG n.F. / Übergangsvorschrift Art. 1 EGVVG (LG Hannover, Ur. v. 27.11.2013 – 14 O 375/12)	
Steuerberaterhaftung	46		
Steuerliches Einlagenkonto § 27 KStG / Grundlagenbescheid / Verjährung (OLG Düsseldorf, Ur. v. 8.4.2014 – I-23 U 59/13)			

Das optimale Werkzeug – immer zur Hand



Mit AÜG 2017!

Bauer/Lingemann/Diller/Haußmann
Anwalts-Formularbuch Arbeitsrecht
Von FAArbR Prof. Dr. Jobst-Hubertus
Bauer, FAArbR und Notar Dr. Stefan
Lingemann, FAArbR Prof. Dr. Martin
Diller, FAinArbR Dr. Katrin Haußmann.
6., neu bearbeitete und erweiterte Auf-
lage 2017, 1.534 Seiten, Lexikonformat,
gbd. inkl. CD, 119,- €.
ISBN 978-3-504-42694-1

400 Musterformulare – zahlreiche davon ganz neu entwickelt – das ist die sechste Auflage des bewährten Anwalts-Formularbuchs Arbeitsrecht. Das Standardwerk für die Gestaltung aller arbeitsrechtlichen Sachverhalte. Mit detaillierten Erläuterungen und wertvollen Hinweisen sowohl für Standardfälle als auch für komplexe Einzelfälle.

Vom Beginn des Arbeitsvertrags bis zur Beendigung deckt das Anwalts-Formularbuch alle arbeitsrechtlichen Konstellationen ab und bietet Ihnen die Lösung, die Sie brauchen. Das erfahrene Autorenteam aus anerkannten Experten bürgt für Qualität und gibt kompetenten Rat – aktuell und umfassend. Für jeden Arbeitsrechtler ein Muss. Greifen Sie zu!

www.otto-schmidt.de/bfa6

ottoschmidt

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rafael Meixner
Rechtsanwalt

Auf folgende Entscheidungen in dieser GI möchte ich Ihr besonderes Augenmerk lenken:

Der **BGH** hat sich abermals mit der Frage zu befassen gehabt, wann das Entstehen eines **Kostenschadens** – verursacht durch ein unnötiges Klageverfahren – dazu führt, dass eine **einheitliche Verjährung** für den gesamten, weiteren Schaden des Mandanten zu laufen beginnt. Hat der Anwalt pflichtwidrig eine Forderung des Mandanten verjähren lassen, dann verjährt der Anspruch auf Ersatz des hierauf gerichteten Schadens – so der **BGH** – unabhängig von der Verjährung eines weiteren Anspruchs auf Ersatz des Kostenschadens wegen pflichtwidrigen Führens eines aussichtslosen Prozesses.

Werden Verhandlungen über einen Schadenersatzanspruch geführt, hat dies für den Zeitraum der Verhandlungen grundsätzlich **verjährungshemmende Wirkung**. Die Frage ist aber, was gilt, wenn die Verhandlungen über einen längeren Zeitraum abgebrochen und später wieder aufgenommen wurden. Hierzu entschied der **BGH**, dass die **Wiederaufnahme abgebrochener Verhandlungen** nicht zu einer auf den Beginn der Verhandlungen rückwirkenden Hemmung der Verjährung führt.

Bereits Gegenstand einiger **BGH**-Entscheidungen war die Frage, in welchen Fällen eine **konsolidierte Schadenbetrachtung** vorzunehmen ist. Der **BGH** hat seine Rechtsprechung hierzu weiter konkretisiert: Sofern die steuerliche Beratung nach dem Inhalt des Vertrages die Interessen mehrerer **verbundener Unternehmen** zum Gegenstand hat, ist im Falle der Pflichtverletzung eines Beraters die Schadenberechnung unter Einbeziehung der Vermögenslage dieser Unternehmen vorzunehmen.

Bei Haftungsfällen wegen eines **Kalkulationsschadens** geht es in der Regel darum, dass der selbständig tätige Mandant seinen Kunden einen zu niedrigen Umsatzsteuersatz in Rechnung stellt, hierfür seinen Steuerberater verantwortlich macht und behauptet, bei zutreffender Beratung hätte er die höhere Mehrwertsteuerlast durch höhere Preise an seine Kunden weitergeben können. Letzterer Vortrag war dem Mandanten in der Entscheidung des **OLG Koblenz** nicht möglich. Denn er führte Krankentransporte aus und erhielt hierfür von den Krankenkassen einen Festbetrag. Der Mandant hatte daher vorgetragen, dass er bei richtiger Beratung seine **Kosten gesenkt** hätte. Dieser Argumentation erteilte jedoch das **OLG Koblenz** eine Absage.

Rafael Meixner

Anwaltshaftung

- Verjährung
- Kostenschaden
- Grundsatz der Schadeneinheit
(BGH, Urt. v. 2.2.2017 – IX ZR 91/15)

Leitsatz:

Der Schadenersatzanspruch gegen einen Rechtsanwalt, der pflichtwidrig eine Forderung des Mandanten hat verjähren lassen, verjährt unabhängig von der Verjährung eines Anspruchs auf Ersatz des Kostenschadens gegen denselben Rechtsanwalt wegen pflichtwidrigen Führens eines aussichtslosen Prozesses gegen einen Dritten. ■

Zum Sachverhalt:

Die klagenden Eheleute verlangen Schadenersatz wegen anwaltlicher Schlechtberatung. Die Kläger hatten im Jahr 2000 eine GmbH mit der Sanierung ihres Wohn- und Geschäftshauses in B. beauftragt. Vereinbart waren ein Festpreis von 1,3 Mio. DM und ein fester Fertigstellungstermin; der Vertrag enthielt zudem eine Vertragsstrafenregelung. Der Geschäftsführer der GmbH übernahm eine so bezeichnete Erfüllungsbürgschaft für die termingerechte Fertigstellung des Hauses. Die GmbH hielt den Termin nicht ein. Die Kläger beauftragten Rechtsanwältin A. mit der Wahrnehmung ihrer Rechte. Diese setzte der GmbH mit Schreiben vom 19.6.2001 eine Nachfrist bis zum 25.6.2001 und kündigte sodann mit Schreiben vom 27.6.2001 den Werkvertrag.

Die Kläger, zunächst vertreten durch Rechtsanwältin A., dann durch Rechtsanwalt H., klagten in der Folgezeit gegen die GmbH und gegen den Geschäftsführer auf Schadenersatz sowie Vertragsstrafen in Höhe von insgesamt 48.000 DM (LG Neubrandenburg – 2 O 409/01). Gegen die bereits zahlungsunfähige GmbH erging Versäumnisurteil. Die Klage gegen den Geschäftsführer wurde nach einem Hinweis des Gerichts, die Klage sei derzeit unbegründet, ebenfalls durch Versäumnisurteil abgewiesen. In einem Folgeprozess nahmen die Kläger den Geschäftsführer auf Zahlung von 25.542,01 EUR in Anspruch. Sie wurden zunächst von Rechtsanwalt H., dann von der jetzt beklagten Rechtsanwältin vertreten. Die Klage wurde als unzulässig abgewiesen (LG Neubrandenburg – 4 O 76/03).

Die Kläger, vertreten durch die Beklagte, nahmen sodann Rechtsanwalt H. auf Schadenersatz in Anspruch, weil er im Rechtsstreit (LG Neubrandenburg – 2 O 409/01) die Klage gegen den Geschäftsführer nicht alsbald zurückgenommen habe. Dieser Rechtsstreit endete am 3.12.2004 mit dem Abschluss eines Vergleichs, in welchem Rechtsanwalt H. sich zur Zahlung von 16.500 EUR verpflichtete (LG Neubrandenburg – 2 O 19/04).

Die Kläger, vertreten durch die Beklagte, gingen sodann erneut gegen den Geschäftsführer vor. Sie verlangten Zahlung von 100.000 EUR. Der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids

über diesen Betrag datiert vom 14.12.2004. Am 27.1.2005 erging ein entsprechender Vollstreckungsbescheid. Die Klage wurde schließlich durch Urteil vom 13.12.2007 abgewiesen.

Die Berufung gegen dieses Urteil nahmen die durch die Beklagte vertretenen Kläger im Jahre 2010 zurück (LG Stralsund – 7 O 126/05).

Nunmehr nehmen die Kläger die Beklagte auf Schadenersatz in Anspruch. In ihrem Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides, der am 29.12.2010 beim zuständigen AG Hamburg eingegangen ist, haben sie Zahlung von 50.000 EUR nebst Zinsen verlangt und die Forderung als „Schadenersatz aus Dienstvertrag – Vertrag gem. Vertrag vom 14.12.07“ bezeichnet. In ihrer Anspruchsbegründung vom 25.12.2012, bei Gericht eingegangen am selben Tage, werfen sie der Beklagten vor, den aussichtslosen Rechtsstreit (LG Stralsund – 7 O 126/05) gegen den Geschäftsführer angestrengt und es zudem versäumt zu haben, Rechtsanwältin A. wegen der unwirksamen Fristsetzung im Jahre 2001 auf Schadenersatz in Anspruch genommen zu haben.

Hinsichtlich der Prozesskosten haben sie einen näher beschriebenen Teilbetrag von 20.631,99 EUR, hinsichtlich der entgangenen Schadenersatzforderung gegen Rechtsanwältin A. einen näher beschriebenen Teilbetrag von 29.368,01 EUR verlangt. Das LG hat die Beklagte unter Abweisung der weitergehenden Klage zur Zahlung von 47.573,62 EUR verurteilt. Auf die Berufung der Beklagten ist die Klage insgesamt abgewiesen worden. Mit ihrer vom Senat zugelassenen Revision wollen die Kläger die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils erreichen. ■

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Nach Ansicht des Berufungsgerichts ist der Anspruch insgesamt verjährt. Die Verjährung richte sich nach § 51b BRAO a.F., weil der durch die aussichtslose Klage entstandene Kostenschaden am 14.12.2004 entstanden sei. Es komme auf den Zeitpunkt der Absendung des Antrags auf Erlass des Mahnbescheids an, nicht auf den die Gerichtskosten auslösenden Eingang bei Gericht, weil mit der Absendung des Antrags der notwendig zu einem Schaden führende Geschehensablauf unwiderruflich in Gang gesetzt worden sei. Verjährt sei der Anspruch damit am 15.12.2007. Ein möglicher Sekundäranspruch sei ebenfalls verjährt.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Auf der Grundlage der bisherigen Feststellungen lässt sich nicht beurteilen, ob und in welchem Umfang die geltend gemachten Ansprüche der Kläger verjährt sind.

1. Welchem Recht die Verjährung eines Anspruchs auf Schadenersatz aus Anwaltshaftung unterliegt, richtet sich gemäß Art. 229 § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 229 § 6 EGBGB danach, wann der Anspruch entstanden ist. Ein Anspruch, der nach dem 14.12.2004 entstanden ist, verjährt insgesamt

nach den Verjährungsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. **Für einen Anspruch, der vor dem 15.12.2004 entstanden ist, gilt dagegen § 51b BRAO a.F.** (BGH, Urt. v. 13.11.2008 – IX ZR 69/07, WM 2009, 283 Rdnr. 8). Bestimmt sich die Verjährung des **primären Schadenersatzanspruchs** nach § 51b BRAO, gilt diese Vorschrift auch für den **Sekundäranspruch**, weil dieser lediglich ein Hilfsrecht und unselbstständiges Nebenrecht des primären Regressanspruchs bildet (BGH, Urt. v. 13.11.2008, a.a.O.; v. 3.2.2011 – IX ZR 105/10, WM 2011, 796 Rdnr. 9; vgl. auch BGH, Urt. v. 15.11.2012 – IX ZR 109/09, WM 2013, 93 Rdnr. 5 zu § 68 StBerG a.F.). Die Verjährung gemäß **§ 51b BRAO a.F.** beginnt **taggenau** und **kenntnisunabhängig** mit der Entstehung des Anspruchs.

2. Von diesen Grundsätzen ist das Berufungsgericht ausgegangen. Es hat jedoch nicht berücksichtigt, dass die Kläger zwei unterschiedliche Ansprüche geltend gemacht haben, die unabhängig voneinander verjähren.

a) Der **Grundsatz der Schadeneinheit**, auf welchen das Berufungsgericht sich bezogen hat, besagt nur, dass derjenige Schaden, der aus einem bestimmten Ereignis erwachsen ist, als einheitliches Ganzes aufzufassen ist. Es gibt nur einen Anspruch auf Ersatz dieses Schadens und nur eine Verjährungsfrist (BGH, Urt. v. 14.3.1968 – VII ZR 77/65, BGHZ 50, 21, 23 f.; v. 23.3.1987 – II ZR 190/86, BGHZ 100, 228, 232; v. 4.4.1991 – IX ZR 215/90, BGHZ 114, 150, 153).

Im Bereich der Anwaltschaft gilt dieser Grundsatz für alle Schäden, die aus einem bestimmten Beratungsfehler erwachsen. Liegt die Pflichtverletzung des Anwalts in der Erhebung einer aussichtslosen Klage, läuft für den Anspruch auf Ersatz des hieraus folgenden Kostenschadens einschließlich aller weiterer adäquat verursachter, zurechenbarer und voraussehbarer Nachteile eine einheitliche Verjährungsfrist (BGH, Urt. v. 3.2.2011 – IX ZR 105/10, WM 2011, 796 Rdnr. 10).

b) Die Kläger haben der Beklagten jedoch nicht nur die Klage gegen den Geschäftsführer vorgeworfen, die von vornherein keine Aussicht auf Erfolg gehabt und zu dem (teilweise) geltend gemachten Kostenschaden geführt habe. Sie haben außerdem (teilweise) Ersatz desjenigen Schadens verlangt, der dadurch entstanden sei, dass die Beklagte Schadenersatzansprüche gegen die Rechtsanwältin A. habe verjähren lassen. Hierbei handelt es sich um eine eigenständige Pflichtverletzung, die zu einem anderen Schaden – der Verjährung des Schadenersatzanspruchs – geführt haben soll als die Erhebung der Klage gegen den Geschäftsführer. Damit liegen **zwei materiell-rechtliche Ansprüche** vor. Die Verjährung des Anspruchs hinsichtlich des Kostenschadens hätte gesondert geprüft werden müssen. Das ist zu Unrecht unterblieben.

c) Die Begründung, mit welcher das Berufungsgericht die Entstehung des aus der Klage gegen den Geschäftsführer (LG Stralsund – 7 O 126/05) folgenden Schadens bereits am 14.12.2004 und die hieraus folgende Anwendbarkeit von § 51b BRAO a.F. angenommen hat, lässt sich ebenfalls nicht halten. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wird die Verfahrensgebühr (KV-GKG Nr. 1100) mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift fällig

(§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GKG). **Vor Eingang des Antrags auf Erlass eines Mahnbescheids ist keine Gebühr, damit auch kein hieraus folgender Schaden der Kläger entstanden.** Entgegen der Ansicht der Revisionserwiderung hat das Berufungsgericht nicht bindend (§ 559 Abs. 2 ZPO) festgestellt, dass der Antrag am 14.12.2004 bei Gericht eingegangen ist. Im Tatbestand heißt es zwar, die Beklagte habe „am 14.12.2004 einen Mahnbescheid ... beantragt“.

In den Entscheidungsgründen hat das Berufungsgericht jedoch begründet, warum der Schaden bereits vor Zugang des Antrags beim Mahngericht entstanden sei. Wäre das Wort „beantragt“ im Tatbestand so zu verstehen, dass der Antrag am 14.12.2004 bereits bei Gericht vorlag, wären diese Ausführungen unnötig. Aus den Akten ergibt sich nicht, wann der Antrag bei Gericht eingegangen ist. Es ist nur eine Kopie des Antrags zu den Akten gereicht worden.

III. Das angefochtene Urteil kann daher keinen Bestand haben. Es ist aufzuheben (§ 562 ZPO). Da die Sache nicht zur Endentscheidung reif ist, wird die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverwiesen (§ 563 Abs. 1 ZPO). Der Senat weist auf folgende rechtlichen Gesichtspunkte hin, die im bisherigen Verlauf des Prozesses noch nicht erörtert worden sind:

1. Aus der behaupteten fehlerhaften Beratung hinsichtlich der Klage gegen den Geschäftsführer könnte bereits vor Eingang des Antrags bei Gericht ein erster Teilschaden in Form von Anwaltskosten entstanden sein. Die 1,0-Gebühr nach VV-RVG Nr. 3305, welche der Anwalt für einen Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids erhält, entsteht mit dem unbedingten Auftrag (vgl. jetzt Vorbemerkung 3 Abs. 1 VV-RVG), spätestens aber gemäß Vorbemerkung 3 Abs. 2 VV-RVG mit dem Betreiben des Geschäfts, hier also der Erstellung des Antrags am 14.12.2004.

2. Hinsichtlich beider Ansprüche wird zu prüfen sein, ob der am 29.12.2010 beantragte, am 30.12.2010 erlassene und am 4.1.2011 zugestellte Mahnbescheid geeignet war, die Verjährung des jeweiligen Anspruchs zu hemmen (§ 204 Abs. 1 Nr. 3 BGB). Ein **Mahnbescheid** hemmt die Verjährung des geltend gemachten Anspruchs nur, wenn dieser Anspruch nach § 690 Abs. 1 Nr. 3 ZPO **hinreichend individualisiert** ist. Er muss in der Weise bezeichnet sein, dass er Grundlage eines der materiellen Rechtskraft fähigen Vollstreckungstitels sein und der Schuldner erkennen kann, welcher Anspruch oder welche Ansprüche gegen ihn geltend gemacht werden (BGH, Urt. v. 12.4.2007 – VII ZR 236/05, BGHZ 172, 42 Rdnr. 39).

Mangelt es hieran und wird die Individualisierung erst im anschließenden Streitverfahren nachgeholt, wird die Verjährung nicht durch den Mahnbescheid gehemmt. Das gilt auch dann, wenn der Mahnbescheid trotz der fehlenden Individualisierung des Anspruchs erlassen worden ist (BGH, Urt. v. 10.7.2008 – IX ZR 160/07, WM 2008, 1935 Rdnr. 16; v. 21.10.2008 – XI ZR 466/07, WM 2009, 420 Rdnr. 20; Beschl. v. 3.12.2015 – IX ZR 11/14, ZInsO 2016, 656 Rdnr. 14). ■

Anwaltshaftung

- Verjährungshemmung
 - Verhandlungen
 - Rückwirkung der Hemmung
- (BGH, Urt. v. 15.12.2016 – IX ZR 58/16)

Leitsatz:

Die Wiederaufnahme abgebrochener Verhandlungen führt nicht zu einer auf den Beginn der Verhandlungen rückwirkenden Hemmung der Verjährung. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger ist Architekt und hatte bei der G. Versicherung AG (im Folgenden: Haftpflichtversicherer) eine Berufshaftpflichtversicherung. Er erbrachte für zwei Bauherren Architektenleistungen einschließlich Bauüberwachung, Objektbetreuung und Dokumentation für den Neubau eines Einfamilienhauses. Im Jahr 2008 leiteten die Bauherren gegen ihn ein selbständiges Beweisverfahren ein. Er beauftragte deswegen am 18.6.2008 den – ihm hierzu nach der Schadenmeldung von dem Haftpflichtversicherer empfohlenen – beklagten Rechtsanwalt, ihn in diesem Verfahren zu vertreten. Der Beklagte nahm seinerseits wegen des selbständigen Beweisverfahrens im Juli 2008 Kontakt zu dem Haftpflichtversicherer auf.

Der im selbständigen Beweisverfahren beauftragte Sachverständige stellte im Gutachten vom 18.12.2008 zahlreiche Mängel des Baus fest, die zumindest auch im Zuständigkeitsbereich des Klägers lagen. Am 26.5.2009 erhoben die Bauherren wegen dieser Mängel Klage gegen den Kläger auf Feststellung, dass dieser verpflichtet sei, ihnen sämtlichen Aufwand zur Behebung der Mängel zu erstatten. Der Beklagte, vom Kläger beauftragt, bestellte sich auch in diesem Verfahren. Der Prozess ging für den Kläger im Frühjahr 2010 verloren.

Der Kläger fragte am 26.11.2009 bei seinem Haftpflichtversicherer nach dem Stand der Dinge. Dieser entzog ihm daraufhin mit Schreiben vom 30.11.2009 unter Berufung auf die Allgemeinen Versicherungsbedingungen wegen vorsätzlicher Verletzung der Obliegenheiten den Versicherungsschutz. Zur Begründung führte er aus, er sei seit Juli 2008 nicht mehr angeschrieben oder in sonstiger Weise informiert worden. Insbesondere sei ihm keine Klageschrift übersandt worden. Auch in Folge lehnte er die Erbringung von Zahlungen gegenüber dem Kläger ab.

Im Jahr 2010 erwirkten die Bauherren gegen den Kläger wegen der Baumängel einen Zahlungstitel über 36.430 EUR nebst Zinsen und Kosten. Nunmehr nimmt der Kläger den Beklagten, soweit in der Revisionsinstanz noch von Interesse, wegen des Verlusts seines Versicherungsschutzes hinsichtlich der Schadenersatzforderungen der Bauherren in Anspruch. Er wirft ihm vor, den Haftpflichtversicherer nicht, wie geboten, vom Gang des selbständigen Beweisverfahrens und von der Feststellungsklage der Bauherren unterrichtet zu haben.

In den Vorinstanzen hatte die Klage keinen Erfolg. Mit seiner vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt der Kläger den Antrag auf Zahlung von 59.602,67 EUR weiter. ■

Aus den Gründen:

Die Revision hat keinen Erfolg.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Zwar habe der Beklagte die ihn treffende Pflicht aus dem Anwaltsvertrag verletzt, den Versicherungsschutz des Klägers bei dem Haftpflichtversicherer nicht zu gefährden. Wegen dieser Pflichtverletzung habe der Kläger den Versicherungsschutz verloren und sei ihm in Höhe der von ihm zu tragenden Mängelbeseitigungskosten (nebst Zinsen und Kosten) ein Schaden entstanden. Doch seien die dem Kläger hieraus erwachsenen Schadenersatzansprüche verjährt.

Der Lauf der dreijährigen Verjährungsfrist nach § 195 BGB habe spätestens am 31.12.2010 nach § 199 Abs. 1 BGB begonnen. Erstmals gehemmt worden sei die Verjährung durch Aufnahme von telefonischen Verhandlungen am 19.6.2012. Im Anschluss an das Telefonat seien diese jedoch eingeschlafen. Insgesamt sei deswegen die Verjährung nur für die Zeit vom 19.6.2012 bis zum 19.9.2012 gehemmt gewesen. Eine Rückwirkung der Hemmung auf den 1.2.2010, als die Parteien ein erstes Mal verhandelt hätten, komme nicht in Betracht. Die Verjährungsfrist sei deswegen am 31.3.2014 verstrichen. Zwar seien die Verhandlungen im Mai 2014 wieder aufgenommen worden, sie hätten aber wegen des Ablaufs der Verjährungsfrist nicht zu einer weiteren Hemmung der Verjährung geführt.

Dem Beklagten sei nicht nach Treu und Glauben (§ 242 BGB) verwehrt, sich auf die Einrede der Verjährung zu berufen. Der Beklagte habe gegenüber dem Kläger niemals seine grundsätzliche Bereitschaft zur Schadenregulierung mitgeteilt, sondern er habe nur zu erkennen gegeben, bereit zu sein, das Bestehen der Ansprüche zu prüfen.

II. Diese Ausführungen halten rechtlicher Prüfung stand. Zutreffend hat das Berufungsgericht erkannt, dass der von ihm angenommene Schadenersatzanspruch des Klägers wegen Schlechterfüllung des Anwaltsvertrages verjährt und dem Beklagten die Erhebung der Verjährungseinrede nach Treu und Glauben nicht verwehrt ist.

1. **Ansprüche gegen Rechtsanwälte** verjähren seit Aufhebung des § 51b BRAO durch Gesetz vom 9.12.2004 (BGBl. I, S. 3214) mit Wirkung vom 15.12.2004 nach den allgemeinen Verjährungsvorschriften der §§ 194 ff. BGB. Danach **verjährt der Regressanspruch des Klägers nach § 195 BGB in drei Jahren mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist (§ 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB) und der Mandant von der Person des Schuldners und von den – den Anspruch begründenden – Umständen Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB; vgl. BGH, Urt. v. 6.2.2014 – IX ZR 245/12, BGHZ 200, 172 Rdnr. 8 f.).**

a) Dem Kläger ist nach den nicht von der Revision angefochtenen Feststellungen des Berufungsgerichts der **Schaden**

spätestens mit dem Erlass des zweiten Versäumnisurteils in dem Bauvertragsprozess zwischen den Bauherren und dem Kläger Anfang des Jahres 2010 entstanden. Aufgrund dieses wenig später rechtskräftig gewordenen Urteils stand fest, dass er den Bauherren dem Grunde nach Ersatz der Mängelbeseitigungskosten schuldet. Weiter soll zugunsten des Klägers unterstellt werden, dass der Haftpflichtversicherer gegenüber dem Kläger nach § 5 AHB 2002 wegen einer vorsätzlichen Obliegenheitsverletzung schon im Jahr 2009 leistungsfrei geworden ist.

Dann aber stand mit der **Rechtskraft des zweiten Versäumnisurteils** noch im Jahr 2010 fest, dass sich die Vermögenslage des Klägers durch die hier ebenfalls unterstellte Pflichtverletzung des Beklagten im Vergleich zu seinem früheren Vermögensstand objektiv verschlechtert hat. Denn er musste den Bauherren die diesen entstehenden Mängelbeseitigungskosten auf eigene Kosten erstatten. **Dass es sich bei dem Titel um ein Feststellungsurteil handelt, ist dabei unerheblich. Für die Entstehung des Schadens genügt es, dass der Schaden wenigstens dem Grunde nach erwachsen ist, mag auch seine Höhe noch nicht beziffert werden können** (vgl. BGH, Urt. v. 25.4.2013 – IX ZR 65/12, WM 2013, 1081 Rdnr. 10).

b) Weiter hat das Berufungsgericht rechtsfehlerfrei festgestellt, dass der Kläger spätestens im Jahr 2010 auch Kenntnis von der Person des Schuldners und den anspruchsbegründenden Tatsachen besaß. Nach den nicht angegriffenen Feststellungen wusste der Kläger seit Herbst 2009 um den Verlust seines Versicherungsschutzes. Seit Anfang des Jahres 2010 wusste er infolge des zweiten Versäumnisurteils, dass er den Bauherren die Kosten für die Behebung der Baumängel somit selbst würde erstatten müssen. Dieses Wissen allein genügt allerdings nicht.

Eine Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der den Anspruch begründenden Umstände im Sinne des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB liegen im Fall der Anwaltschaftung nicht schon dann vor, wenn dem Mandanten Umstände bekannt werden, nach denen zu seinen Lasten ein Rechtsverlust eingetreten ist. Vielmehr muss er Kenntnis von solchen Tatsachen erlangen, aus denen sich für ihn – zumal wenn er juristischer Laie ist – ergibt, dass der Rechtsberater von dem üblichen rechtlichen Vorgehen abgewichen oder Maßnahmen nicht eingeleitet hat, die aus rechtlicher Sicht zur Vermeidung eines Schadens erforderlich waren.

Nicht die anwaltliche Beratung, sondern erst der Pflichtenverstoß des Rechtsberaters begründet den gegen ihn gerichteten Regressanspruch (BGH, Urt. v. 6.2.2014 – IX ZR 245/12, BGHZ 200, 172 Rdnr. 15). Doch hat das Berufungsgericht verfahrensfehlerfrei festgestellt, dass der Kläger auch von der Pflichtwidrigkeit des Beklagten spätestens im Februar 2010 wusste, weil er – nunmehr anderweitig anwaltlich beraten – gegenüber dem Beklagten wegen des Anwaltsfehlers die klageweise Inanspruchnahme ankündigte. Mithin begann die dreijährige Verjährung gemäß §§ 195, 199 BGB mit Ablauf des 31.12.2010 und endete – vorbehaltlich einer Hemmung – am 31.12.2013.

2. Zutreffend ist auch die Ansicht des Berufungsgerichts, dass die nach **§ 203 Satz 1 BGB wegen schwebender Verhandlungen eingetretene Hemmung die Verjährung** der klägerischen Forderung nach den getroffenen Feststellungen nicht verhindert hat.

a) **Der Begriff von Verhandlungen** im Sinne des § 203 Satz 1 BGB ist verwirklicht, wenn der Gläubiger klarstellt, dass er einen Anspruch geltend machen und worauf er ihn stützen will. Anschließend genügt **jeder ernsthafte Meinungs-austausch über den Anspruch oder seine tatsächlichen Grundlagen, sofern der Schuldner nicht sofort und erkennbar Leistung ablehnt. Verhandlungen schweben schon dann, wenn eine der Parteien Erklärungen abgibt, die der jeweils anderen Seite die Annahme gestatten, der Erklärende lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung des Anspruchs oder dessen Umfang ein** (BGH, Beschl. v. 7.7.2011 – IX ZR 100/08, Gl aktuell 2012, 96 m.w.N.).

Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts haben die Parteien vom 1.2. bis zum 15.7.2010, vom 19.6. bis zum 19.9.2012 und wieder ab dem 21.5.2014 in diesem Sinne verhandelt. Mit Schreiben vom 1.2.2010 hat der Kläger gegenüber dem Beklagten die Regressforderung geltend gemacht, der Beklagte hat hierauf seine Vorgehensweise erläutert und den Kläger gebeten, ihm die Deckungsablehnungen des Haftpflichtversicherers zur Verfügung zu stellen, weil er sich mit diesem in Verbindung setzen wolle.

Mithin durfte der Kläger annehmen, der Beklagte lasse sich auf Erörterungen über die Berechtigung des Anspruchs ein. Ein weiteres Gespräch über den von dem Kläger geltend gemachten Regressanspruch haben die Parteien in einem Telefonat am 19.6.2012 geführt. Der Beklagte hat dem Kläger mitgeteilt, seinen eigenen Haftpflichtversicherer eingeschaltet zu haben. Weiter hat er den Kläger gebeten, den gesamten Schriftverkehr mit seinem Haftpflichtversicherer vorzulegen. Er wolle sodann Kontakt mit diesem aufnehmen und danach sich mit seinem eigenen Haftpflichtversicherer in Verbindung setzen.

Die Wertung des Berufungsgerichts, auch hier hätten die Parteien im Sinne von § 203 Satz 1 BGB verhandelt, greift die Revision mit Recht nicht an. Ab dem 21.5.2014 tauschten die Parteien erneut Schriftsätze über die Frage aus, ob Haftungsansprüche des Klägers gegen den Beklagten bestehen, und verhandelten erneut über den geltend gemachten Anspruch.

b) Nach § 203 Satz 1 BGB ist die Verjährung im Fall schwebender Verhandlungen über den Anspruch oder die den Anspruch begründenden Umstände gehemmt, bis der eine oder andere Teil die Fortsetzung der Verhandlung verweigert. Eine ausdrückliche Verweigerung der Fortsetzung der Verhandlungen und eine endgültige Ablehnung der Leistung durch den Beklagten sind in den genannten Zeiträumen nicht erfolgt. **Doch reicht es – entgegen der Ansicht der Revision – für eine Beendigung der Hemmung aus, wenn die Verhandlungen beidseits nicht fortgesetzt werden, sie – bildlich gesprochen – einschlafen.** Dies hat der BGH in ständiger

Rechtsprechung zu § 852 Abs. 2 BGB a.F. entschieden (BGH, Urt. v. 6.3.1990 – VI ZR 44/89, VersR 1990, 755, 756; v. 5.11.2002 – VI ZR 416/01, BGHZ 152, 298, 303; v. 1.3.2005 – VI ZR 101/04, NJW-RR 2005, 1044, 1047). Diese Grundsätze haben auch im Anwendungsbereich des § 203 Satz 1 BGB Geltung. Dies war nicht nur der eindeutige Wille des Gesetzgebers, sondern diese Auslegung entspricht Sinn und Zweck der Verjährungsvorschriften, innerhalb angemessener Fristen für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu sorgen (BGH, Urt. v. 6.11.2008 – IX ZR 158/07, NJW 2009, 1806 Rdnr. 12). **Die Verhandlungen sind in diesem Sinne zu dem Zeitpunkt „eingeschlafen“, in dem spätestens eine Erklärung der anderen Seite zu erwarten gewesen wäre** (BGH, Urt. v. 6.11.2008 – IX ZR 158/07, NJW 2009, 1806 Rdnr. 11; v. 5.6.2014 – VII ZR 285/12, WM 2014, 1925 Rdnr. 16).

Gemessen hieran ist gegen die Wertung des Berufungsgerichts, die Verhandlungen zwischen den Parteien im Jahr 2010 seien am 15.7.2010 eingeschlafen, revisionsrechtlich nichts zu erinnern. Der Kläger hatte dem Beklagten unter Androhung der Streitverkündung eine Frist bis zu diesem Datum gesetzt, sich zur Haftungsfrage zu erklären. Dieses Datum konnte mithin als der Zeitpunkt angesehen werden, in dem spätestens eine Erklärung des Beklagten zu erwarten gewesen wäre, zumal eine Antwort des Beklagten weder innerhalb der ihm gesetzten Frist noch im nahen zeitlichen Zusammenhang mit der ihm gesetzten Frist erfolgt ist. Da somit die Verhandlungen zwischen den Parteien eingeschlafen sind, bevor der Lauf der Verjährung begann, konnten sie nicht zu einer Hemmung der Verjährung führen.

Nach den Verhandlungen am 19.6.2012 kam es nach den Feststellungen des Berufungsgerichts bis zum 21.5.2014 zu keinen weiteren Kontakten zwischen den Parteien. Soweit deswegen das Berufungsgericht angenommen hat, die Verhandlungen seien mit dem Ablauf von drei Monaten, mithin am 19.9.2012, eingeschlafen, ist dies revisionsrechtlich nicht zu beanstanden. **Denn es unterliegt grundsätzlich tatrichterlichem und im Revisionsrechtszug daher nur beschränkt nachprüfbarem Ermessen, die Zeitspanne zu bestimmen, innerhalb derer auf die Erklärung eines der Verhandlungsführer eine Antwort des anderen vernünftigerweise zu erwarten war** (BGH, Urt. v. 28.3.1985 – III ZR 20/84, VersR 1985, 642, 644).

Feste Fristen, wann Verhandlungen einschlafen, bestehen nicht. **Der Zeitraum, den man dem einen Teil zur Reaktion auf die Äußerung des anderen Teils einräumen muss, hängt von dem Gegenstand der Verhandlung und der Verhandlungssituation ab** (vgl. Erman/Schmidt-Räntsch, BGB, 14. Aufl., § 203 Rdnr. 6). Das Berufungsgericht hat diesen Zeitraum mit drei Monaten großzügig bemessen.

Die Verhandlungen zwischen den Parteien waren kurz und spielten sich an einem Tag ab. Der Beklagte hatte vom Kläger Unterlagen angefordert, die einfach zu beschaffen waren und in wenigen Tagen hätten zusammengestellt und ihm überlassen werden können. Vorher wollte er, wie er gegenüber dem Kläger deutlich erklärt hat, nicht tätig werden. Soweit der Kläger auf die Komplexität der Angelegenheit

und die Beteiligung von zwei Versicherungen verweist, kam es deswegen – worauf das Berufungsgericht mit Recht verwiesen hat – nicht an. Infolgedessen war die Verjährung 93 Tage gehemmt.

Die Verhandlungen ab dem 21.5.2014 hatten auf die Verjährung keinen Einfluss mehr. Denn unter Beachtung der festgestellten Hemmung war die Schadenersatzforderung des Klägers spätestens ab dem 4.4.2014 verjährt. **§ 203 BGB gilt nur für Ansprüche, die nicht bereits vor Aufnahme der Verhandlungen verjährt waren** (vgl. OLGR Celle 2005, 489, 490). **Selbst wenn die Parteien im Mai 2014 in Unkenntnis der Verjährung verhandelt haben, sind diese Verhandlungen verjährungsrechtlich unerheblich** (vgl. jurisPK-BGB/Lakkis, 7. Aufl., § 203 Rdnr. 19).

c) Die **Wiederaufnahme** der im Jahr 2010 und im Jahr 2012 abgebrochenen Verhandlungen am 19.6.2012 und am 21.5.2014 hat **nicht eine Hemmung rückwirkend** ab dem 1.2.2010 und/oder 19.6.2012 zur Folge.

aa) Der vom Kläger für seine Ansicht, dass bei Wiederaufnahme durch „Einschlafenlassen“ abgebrochener Verhandlungen die Hemmung rückwirkend auf den Zeitpunkt wirke, zu dem die Verhandlungen erstmalig aufgenommen worden seien, in Bezug genommene **Beschluss des BGH vom 19.12.2013** (IX ZR 120/11, ZinsO 2014, 164 Rdnr. 2) betrifft einen anderen Sachverhalt. **Dort hat der BGH entschieden, bei schwebenden Verhandlungen wirke die Hemmung grundsätzlich auf den Zeitpunkt zurück, in dem der Gläubiger seinen Anspruch gegenüber dem Schuldner geltend gemacht habe. Voraussetzung sei, dass der Verpflichtete auf die Mitteilung des Berechtigten alsbald, also zeitnah, antworte** (vgl. jurisPK-BGB/Lakkis, a.a.O., Rdnr. 10).

Der Beschluss befasst sich also nur mit der Frage, ob bei einer Verhandlung die Hemmung mit dem Zugang des Anforderungsschreibens des Berechtigten eintritt oder erst mit dem Antwortschreiben des Verpflichteten. Wie die Zeit zwischen wiederaufgenommenen Verhandlungen verjährungsrechtlich zu werten ist, ist damit nicht beantwortet.

bb) Mit Recht hat das Berufungsgericht gesehen, dass mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 19.6.2012 und am 21.5.2014 die Hemmung nicht auf den Beginn der Verhandlungen im Jahr 2010 und/oder 2012 zurückwirkt.

(1) In **Literatur** (Staudinger/Peters/Jacoby, BGB, 2014, § 203 Rdnr. 12; MünchKomm-BGB/Grothe, 7. Aufl., § 203 Rdnr. 8; BeckOGK-BGB/Meller-Hannich, 2016, § 203 Rdnr. 54; BeckOK-BGB/Spindler, 2016, § 203 Rdnr. 5) und **Rechtsprechung** (OLG Köln, Beschl. v. 1.7.2013 – 5 U 44/13, n.v.) wird erwogen, dass dann, wenn über einen Anspruch mehrfach verhandelt wird, die dazwischen liegenden Zeiträume insgesamt als hemmend zu behandeln sind. **Voraussetzung ist, dass entweder bei wertender Betrachtungsweise die späteren Verhandlungen letztlich nur die früheren fortführen oder dass zwischen den einzelnen Verhandlungsabschnitten ein enger zeitlicher Zusammenhang besteht.** Als Beispielsfall wird genannt, dass frühere Verhandlungen eingeschlafen sind und

mit Verspätung wieder aufgenommen werden. Andere stellen sich auf den Standpunkt, neue Verhandlungen setzten stets eine neue Hemmung in Gang (BGH, Urt. v. 28.3.1985 – III ZR 20/84, VersR 1985, 642, 644; Erman/Schmidt-Räntsch, BGB, 14. Aufl., § 203 Rdnr. 6; jurisPK-BGB/Lakkis, 7. Aufl., § 203 Rdnr. 17; vgl. BGH, Urt. v. 5.11.2002 – VI ZR 416/01, BGHZ 152, 298, 302 a.E.; OLG Hamm, VersR 1997, 1112; OLG Frankfurt, MDR 2010, 326).

(2) Werden beidseits nicht fortgesetzte und deswegen als abgebrochen anzusehende Verhandlungen wieder aufgenommen, kommt eine rückwirkende Hemmung durch die neuen Verhandlungen auf den Zeitpunkt der ersten Verhandlung nicht in Betracht. Für eine Rückwirkung der Hemmung unter wertenden Gesichtspunkten oder bei einem engen zeitlichen Zusammenhang besteht schon kein Bedarf, weil bei Vorliegen besonderer Umstände auch bei längeren Zeiträumen zwischen den Kontakten zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten nicht von einem das Verhandlungsende bewirkenden Einschlafen auszugehen ist (vgl. BeckOGK-BGB/Meller-Hannich, 2016, § 203 Rdnr. 54).

Im Übrigen muss die Frage, wie die Zeiträume zwischen beendeten und wiederaufgenommenen Verhandlungen verjährungsrechtlich zu bewerten sind, in beiden Fällen des Verhandlungsendes aus systematischen Gründen gleich beantwortet werden, also sowohl in dem Fall, dass Verhandlungen endgültig abgelehnt werden, als auch in dem Fall, dass sie einschlafen. **Ein nachvollziehbarer Grund, eingeschlafene und ausdrücklich abgebrochene Verhandlungen bei der Bewertung ihrer Wiederaufnahme unterschiedlich zu behandeln, ist nicht ersichtlich. Der Gesetzgeber wollte eingeschlafene und abgelehnte Vergleichsverhandlungen im Rahmen des § 203 BGB gleichbehandeln.** Dies ergibt sich aus dem Gesetzgebungsverfahren (vgl. BT-Drucks. 14/6857 S. 43; BGH, Urt. v. 6.11.2008 – IX ZR 158/07, NJW 2009, 1806 Rdnr. 12).

Hat aber der Verpflichtete die Fortsetzung der Verhandlungen ausdrücklich abgelehnt, würde es ihn unzumutbar belasten, wenn die Hemmung nur deshalb zurückwirkte, weil er später wieder gesprächsbereit ist (vgl. OLG Köln, Beschl. v. 1.7.2013 – 5 U 44/13, n.v.; Staudinger/Peters/Jacoby, BGB, 2014, § 203 Rdnr. 12; BeckOGK-BGB/Meller-Hannich, 2016, § 203 Rdnr. 56). Entsprechendes gilt aber auch, wenn der Berechtigte die Verhandlungen einschlafen lässt.

Auch ist eine Rückwirkung der Hemmung mit Sinn und Zweck der Verjährungsvorschriften, innerhalb angemessener Fristen für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden zu sorgen, nicht zu vereinbaren. Wollte man nämlich eine solche annehmen, könnte die Frage der Begründetheit des Anspruchs auf unabsehbare Zeit in der Schwebe gelassen werden, indem die Verhandlungen zunächst nicht weitergeführt und zwischendurch immer wieder aufgenommen werden (vgl. BGH, Urt. v. 6.11.2008 – IX ZR 158/07, a.a.O.).

3. Mit Recht hat das Berufungsgericht auch gesehen, dass dem Beklagten die Erhebung der Verjährungseinrede nach § 214 Abs. 1 BGB nicht gemäß § 242 BGB verwehrt ist. Danach kann der Einrede der Verjährung der **Arglistenwand**

aus § 242 BGB nicht nur dann entgegengesetzt werden, wenn der Schuldner den Gläubiger absichtlich von der Erhebung der Klage abgehalten hat. Vielmehr reicht aus, dass der Schuldner durch sein Verhalten objektiv – sei es auch unabsichtlich – bewirkt, dass die Klage nicht rechtzeitig erhoben wird, und die spätere Verjährungseinrede unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls mit dem Gebot von Treu und Glauben unvereinbar wäre, wobei insoweit ein strenger Maßstab anzulegen ist (BGH, Beschl. v. 5.11.2014 – XII ZB 186/13, FamRZ 2015, 248 Rdnr. 15 m.w.N.).

Nach den Feststellungen des Berufungsgerichts hat der Kläger einen entsprechenden Sachvortrag nicht gehalten. Der Beklagte hat ihn weder vorsätzlich noch unbeabsichtigt von der Erhebung der Regressklage abgehalten. In seinen Antwortschreiben hat er immer nur seine Bereitschaft bekundet, die geltend gemachten Ansprüche zu prüfen, nicht aber in Aussicht gestellt, die Einrede der Verjährung nicht zu erheben. Ein schutzwürdiges Vertrauen des Klägers, der Beklagte werde die Einrede der Verjährung nicht erheben, wurde dadurch nicht geschaffen.

III. Das Berufungsgericht ist auch nicht verfahrensfehlerhaft zu der Feststellung gelangt, zwischen dem 19.6.2012 und dem 21.5.2014 sei es zu keinem weiteren Kontakt zwischen den Beteiligten gekommen. Ebenso wenig beruht die Wertung des Berufungsgerichts, der Kläger habe nicht erwarten dürfen, dass der Beklagte, ohne die erbetenen Unterlagen (gegebenenfalls erneut) zu erhalten, an die Versicherer herantreten würde, auf einem Verfahrensfehler. Die Verfahrensrügen, mit denen sich die Revision gegen diese Wertungen wendet, hat der Senat geprüft, aber nicht für durchgreifend erachtet. Insoweit wird gemäß § 564 ZPO von einer Begründung abgesehen. ■

Steuerberaterhaftung

- Differenzhypothese
- Gesamtvermögensvergleich
- Konsolidierte Schadenbetrachtung (BGH, Urt. v. 10.12.2015 – IX ZR 56/15)

Leitsatz:

Hat die steuerliche Beratung nach dem Inhalt des Vertrages die Interessen mehrerer verbundener Unternehmen zum Gegenstand, ist im Falle der Pflichtverletzung die Schadenberechnung unter Einbeziehung der Vermögenslage dieser Unternehmen vorzunehmen. ■

Zum Sachverhalt:

In den Jahren 1999 und 2000 beauftragte die Unternehmerin EB (nachfolgend: EB) die beklagte Steuerberatungskanzlei mit der steuerrechtlichen Optimierung ihrer Vermögensverhältnisse. Zu diesem Zeitpunkt war EB Alleingesellschafterin der Klägerin, einer GmbH, und hielt überdies Anteile an der C. BV (Cu. ...; nachfolgend: C.).

Auf der Grundlage des im Januar 2001 durch die Beklagte zu 1) vorgelegten steuerlichen Gesamtkonzeptes gründete EB die (eigennützige) E. Stiftung (nachfolgend: Stiftung) in Liechtenstein und übertrug in Vollzug der am 15.5.2001 und 23.5.2001 geschlossenen Kaufverträge ihre Anteile an der Klägerin und der C. auf die Stiftung. Den vereinbarten Kaufpreis stundete EB der Stiftung, indem sie ein zinsloses Darlehen gewährte.

Das von der Beklagten zu 1) erarbeitete Konzept, das EB beratungskonform umsetzte, umfasste die Rückzahlung eines verzinsten Darlehens, welches die Klägerin am 3.4.2000 von der C. erhalten hatte. Hierfür gewährte die Stiftung der Klägerin ein Darlehen in Höhe von 23.570.000 DM. Der von der Beklagten zu 1) vorgelegte Entwurf des zwischen der Klägerin und der Stiftung abzuschließenden Darlehensvertrags, der schließlich am 15.5.2001 unterzeichnet wurde, sah – wie bereits im Gesamtkonzept vom 13.1.2001 angelegt – vor, dass die Darlehensforderung unverzinslich sein sollte. Die Beklagte zu 1) rechnete ihre Beratungsleistungen im Zeitraum vom 29.3.2000 bis 27.1.2001 gegenüber der Klägerin und mit Rechnung vom 6.7.2001 und 14.1.2003 gegenüber der Stiftung ab.

Im Rahmen einer steuerlichen Außenprüfung für den Veranlagungszeitraum 2004 bis 2008 beanstandete das FA, dass die Klägerin die unverzinsliche Darlehensverbindlichkeit nicht nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 EStG abgezinst habe. Gestützt auf eine tatsächliche Verständigung mit der Klägerin, wonach eine fiktive Laufzeit des Darlehens von sechseinhalb Jahren angenommen wurde, erließ das FA für die Jahre 2004 bis 2008 korrigierte Steuerbescheide.

Die Klägerin macht die ihr dadurch entstandenen steuerlichen Mehrbelastungen und Nachforderungszinsen in Höhe von insgesamt 1.675.587,87 EUR gegenüber der Beklagten zu 1) und deren Partnern, den Beklagten zu 2) bis 4), geltend. Hilfsweise beantragt sie die Feststellung, dass ihr Schadenersatzansprüche gegen die Beklagten aus abgetretenem Recht der Stiftung zustehen. Die gegen das klagabweisende Urteil des LG gerichtete Berufung der Klägerin hat das Berufungsgericht zurückgewiesen. Hiergegen wendet sich die Klägerin mit ihrer vom Berufungsgericht zugelassenen Revision. ■

Aus den Gründen:

Die in vollem Umfang zulässige Revision hat Erfolg. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Ein Anspruch der Klägerin scheide mangels Darlegung eines ersatzfähigen Schadens aus. Im Rahmen einer Schadenberechnung nach der Differenzmethode sei zu berücksichtigen, dass der aufgrund der Steuernachforderung verschlechterten Vermögenssituation der Klägerin die hypothetische Belastung mit Zinsverbindlichkeiten entgegenzuhalten sei. Hierbei habe das LG nach Beweiserhebung die Höhe des fiktiven Zinssatzes in nicht zu beanstandender Weise auf Zwei vom Hundert festgesetzt.

Gemessen an der Darlehensvaluta übersteige demnach die hypothetische Zinsbelastung den tatsächlich eingetretenen Steuerschaden deutlich, so dass ein unmittelbarer Schaden der Klägerin zu verneinen sei.

Eine spiegelbildlich eintretende, fiktive Vermögensmehrung der Stiftung in Höhe der hypothetischen Zinseinnahmen sei im Rahmen der Differenzmethode nicht zu berücksichtigen, weil es sich bei der Stiftung um eine von der Klägerin verschiedene Rechtsperson handele. Die Abweichung von dem subjektbezogenen Zuschnitt des Gesamtvermögensvergleichs im Rahmen der Differenzmethode komme auch nicht unter Berücksichtigung der sogenannten konsolidierten Schadenberechnung in Betracht. Die vorliegende Fallgestaltung unterscheide sich in grundsätzlicher Weise von den bisher höchst-richterlich anerkannten Konstellationen einer konsolidierten Schadenberechnung, denen eine endgültige Vermögensverschiebung zwischen familiär verbundenen natürlichen Personen oder aber die Verschmelzung von zwei Gesellschaften zugrunde gelegen hätten.

Mangels Wahrscheinlichkeit eines Schadeneintritts sei auch das für die hilfsweise erhobene Feststellungsklage erforderliche Feststellungsinteresse nicht gegeben. Da der Klägerin nach der Differenzmethode kein Schaden entstanden sei, könne auch der Wert der Beteiligung der Stiftung an der Klägerin nicht als gemindert angesehen werden. Soweit der Stiftung Betriebseinnahmen in Form von Zinszahlungen der Klägerin entgangen seien, falle diese fiktive Schadensposition nicht unter den Schutzzweck des Beratungs- und Gestaltungsmandats der Beklagten.

II. Diese Erwägungen halten der rechtlichen Nachprüfung nicht stand. Ein der Klägerin entstandener Schaden kann mit der Begründung des Berufungsurteils nicht verneint werden.

Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts ist nach dem revisionsrechtlich zugrunde zu legenden Sachverhalt – eine Haftung dem Grunde nach unterstellt – für die Schadenbetrachtung nicht ausschließlich die Vermögenslage der Klägerin entscheidend. Vielmehr sind aufgrund der konkreten Ausgestaltung des der Beklagten zu 1) erteilten Mandats im Rahmen einer konsolidierten Schadenberechnung die der Stiftung (hypothetisch) entgangenen Vorteile in Form von Zinszahlungen durch die Klägerin zu berücksichtigen.

1. Ausgangspunkt der Schadenberechnung ist die **Differenzhypothese**. Ob und inwieweit ein nach §§ 249 ff. BGB zu ersetzender Vermögensschaden vorliegt, beurteilt sich regelmäßig nach einem Vergleich der infolge des haftungsbe gründenden Ereignisses eingetretenen Vermögenslage mit derjenigen, die ohne jenes Ereignis eingetreten wäre (*BGH, Urt. v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rdnr. 42; v. 6.6.2013 – IX ZR 204/12, WM 2013, 1323 Rdnr. 20; v. 5.2.2015 – IX ZR 167/13, WM 2015, 790 Rdnr. 7*).

Erforderlich ist ein Gesamtvermögensvergleich, der alle von dem haftungsbegründenden Ereignis betroffenen finanziellen Positionen umfasst (*vgl. BGH, Urt. v. 20.11.1997 – IX ZR 286/96, WM 1998, 142 f.; v. 20.1.2005 – IX ZR 416/00,*

WM 2005, 999, 1000; v. 7.2.2008 – IX ZR 149/04, WM 2008, 946 Rdnr. 24; v. 5.2.2015, a.a.O.). Dieser erfordert hierbei nicht lediglich eine Berücksichtigung von Einzelpositionen, sondern eine **Gegenüberstellung der hypothetischen und der tatsächlichen Vermögenslage** (vgl. BGH, Urt. v. 7.2.2008, a.a.O.; v. 5.2.2015, a.a.O.).

2. Grundsätzlich ist Bezugspunkt des Gesamtvermögensvergleichs das Vermögen des Geschädigten, nicht aber dasjenige Dritter (vgl. BGH, Urt. v. 5.2.2015, a.a.O. Rdnr. 8). Daher kann auf Grund eines Vertrages nur derjenige Schadenersatz verlangen, bei dem der Schaden tatsächlich eingetreten ist und dem er rechtlich zur Last fällt (vgl. BGH, Urt. v. 26.11.1968 – VI ZR 212/66, BGHZ 51, 91, 93). Dies führt im Rahmen der Beraterhaftung dazu, dass der haftpflichtige Steuerberater grundsätzlich nur für den Schaden seines Mandanten einzustehen hat; eine Ausnahme bilden die Drittschadensliquidation und der Vertrag zugunsten Dritter sowie mit Schutzwirkung für Dritte (vgl. G. Fischer in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltshaftung, 4. Aufl., § 5 Rdnr. 138).

3. Die hiernach grundsätzlich gebotene **formale Betrachtungsweise** führt dazu, dass **streng zwischen den Vermögensmassen unterschiedlicher Beteiligter zu unterscheiden** ist. Ist der Steuerberater – wie hier – von einem Gesellschafter mandatiert worden, ist daher zunächst festzustellen, in wessen Person ein Schaden eingetreten ist (vgl. G. Fischer, a.a.O.). Gesellschaft und Gesellschafter sind hierbei regelmäßig als im Rahmen der schadensrechtlichen Beurteilung selbständige Zuordnungsobjekte zu behandeln (vgl. BGH, Urt. v. 13.11.1973 – VI ZR 53/72, BGHZ 61, 380, 383; v. 7.11.1991 – IX ZR 3/91, WM 1992, 308, 310; G. Fischer, a.a.O.). Weder führt die Annahme eines den Gesellschaftern entstandenen Schadens ohne das Hinzutreten weiterer Umstände zu einem vermögensrechtlichen Nachteil der Gesellschaft (BGH, Urt. v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rdnr. 12 ff.; G. Fischer, a.a.O.), noch kann ein Steuernachteil der Gesellschaft mit einem Anrechnungsvorteil des Gesellschafters saldiert werden (BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96, NJW 1998, 1486, 1487; G. Fischer, a.a.O.).

4. Abweichend von diesen Grundsätzen kann aber bei der Bestimmung des jeweils eigenen Schadens die **Einbeziehung der Vermögensinteressen eines Dritten** nach dem Inhalt des Beratungsvertrags geschuldet sein mit der Folge, dass eine konsolidierte Schadenbetrachtung geboten ist (vgl. BGH, Urt. v. 5.2.2015 – IX ZR 167/13, WM 2015, 790 Rdnr. 10). Entscheidend ist hierbei der konkrete Auftrag, den der Mandant dem Berater ausdrücklich oder den Umständen nach erteilt hat: Wenn der Mandant im Rahmen einer Gestaltungsberatung die Berücksichtigung der Interessen eines Dritten zum Gegenstand der Beratungsleistung gemacht hat, ist die Schadensberechnung auch unter Einbeziehung dieser Drittinteressen vorzunehmen (vgl. BGH, Urt. v. 5.2.2015, a.a.O., Rdnr. 11 f.).

a) In ständiger Rechtsprechung ist daher anerkannt, dass in einer – etwa im Interesse der Steuerersparnis – gewollten und gewünschten **Vermögensübertragung zugunsten von**

Familienangehörigen ohne gleichwertige Gegenleistung kein Schaden im Rechtssinn und in ihrem Unterbleiben kein mit dem Steuerschaden verrechenbarer Vermögensvorteil gesehen werden kann (vgl. BGH, Urt. v. 20.3.2008 – IX ZR 104/05, WM 2008, 1042 Rdnr. 15, 18 m.w.N.; v. 5.2.2015, a.a.O. Rdnr. 10). Auch im Fall der **Verschmelzung von zwei Gesellschaften**, ist – sofern es sich wirtschaftlich um dieselbe Vermögensmasse handelt, deren Bestand durch zutreffende Gestaltung der Verschmelzung gerade gesichert werden sollte – eine einheitliche Schadenbetrachtung vorzunehmen, unbeschadet der Tatsache, dass es sich um zwei voneinander zu unterscheidende Rechtsträger handelt (vgl. BGH, Urt. v. 5.12.1996 – IX ZR 61/96, WM 1997, 333).

b) Die Grundsätze der **konsolidierten Schadenbetrachtung** sind auch auf die vorliegende Fallgestaltung anzuwenden. Für die Feststellung, ob die tatsächliche von der bei pflichtgemäßer Beratung eingetretenen hypothetischen Vermögenslage nachteilig abweicht und somit ein Schaden der in den Schutzbereich des Beratungsvertrages einbezogenen Klägerin vorliegt, sind nach dem im Gesamtsteuerkonzept zum Ausdruck kommenden Willen der EB als Mandantin auch die Vermögensmassen der Klägerin und der Stiftung in die Schadensbetrachtung einzubeziehen.

aa) Neben den Vermögensinteressen der EB als wirtschaftlicher Initiatorin des Konzepts waren auch diejenigen der Klägerin und der Stiftung nach dem Beratungsvertrag zu beachten. Die Gründung der Stiftung und die Ausreichung des Darlehens von der Stiftung an die Klägerin waren wesentliche Bestandteile des von der Beklagten zu 1) erstellten Steuerkonzeptes; das Ergebnis der Beratung hatte folglich auch unmittelbaren Einfluss auf den Vermögensstand der Stiftung (vgl. BGH, Urt. v. 10.10.1985 – IX ZR 153/84, NJW 1986, 581, 582) und mithin auch auf das Vermögen der Mandantin EB als Stifterin. Diese Tatsache war für die Beklagte zu 1), die ihre Beratungsleistungen gegenüber der Klägerin und der Stiftung abrechnete, offensichtlich.

bb) Schon die **geschuldete Einbeziehung der Vermögensinteressen** sowohl der Klägerin als auch der Stiftung zeigen den **nach außen getretenen Willen der Unternehmerin EB** als Mandantin, dass die von ihr zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses beherrschten Gesellschaften und deren Vermögensmassen als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden sollten. **Diese Tatsache, die eine Gesamtbetrachtung der Vermögensverhältnisse über die Grenzen der beteiligten juristischen Personen als grundsätzlich schadensrechtlich selbständige Zuordnungsobjekte hinaus erfordert, zeigt sich auch in der festgestellten Bereitschaft der EB, Zinszahlungen an die von ihr kontrollierte Stiftung durch die Klägerin zu veranlassen.** Folglich sind den hypothetischen Zinszahlungen der Klägerin, die diese erspart hat, die entsprechenden fehlenden Zahlungseingänge bei der Stiftung gegenzurechnen, soweit ihr diese verblieben wären.

III. Das Urteil erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 561 ZPO). Insbesondere ist nach dem revisionsrechtlich zugrunde zu legenden Sachverhalt der klägerische Anspruch nicht als verjährt anzusehen.

1. Der Beklagte zu 2), der den verfahrensgegenständlichen Darlehensvertrag erstellte und der Klägerin übersandte, war **nicht ausschließlich rechtsberatend** tätig. Bereits das im Januar 2001 von der Beklagten zu 1) erarbeitete **steuerliche Gesamtkonzept** sah die Auskehrung eines zinslosen Darlehens durch die Stiftung an die Klägerin vor. Mithin unterfiel die Erstellung des Darlehensvertrages nicht als rechtsberatende Tätigkeit der Verjährungsregel des § 51b BRAO a.F. Vielmehr liegt eine einheitlich zu betrachtende, steuerberatende Tätigkeit der Beklagten zu 1) vor.

2. Das steuerrechtliche Beratungsmandat wurde in den Jahren 1999 und 2000 erteilt. Nach Art. 229 § 12 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 EGBGB ist auf die durch das Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften an das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3214) geänderten Vorschriften des Steuerberatungsgesetzes Art. 229 § 6 EGBGB entsprechend anzuwenden.

Demnach richtet sich der Beginn der Verjährung für den Zeitraum vor dem 15.12.2004 nach § 68 StBerG a.F. Da die den Verjährungsbeginn auslösende Schadenentstehung regelmäßig die Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheides gemäß § 122 Abs. 1, § 155 Abs. 1 Satz 2 AO voraussetzte (BGH, Urt. v. 2.7.1992 – IX ZR 268/91, BGHZ 119, 69, 70 ff.; v. 12.11.2009 – IX ZR 218/08, WM 2010, 138 Rdnr. 10) und eine anderweitige Verschlechterung der Vermögenslage des Mandanten vor Bekanntgabe der Steuerbescheide im Dezember 2011 nicht eingetreten war (vgl. für diesen Fall BGH, Urt. v. 23.4.2015 – IX ZR 176/12, NJW 2015, 2190, Rdnr. 14; Chab, a.a.O. § 7 Rdnr. 97), ist der Schaden erst nach dem 14.12.2004 entstanden

Für den Verjährungsbeginn ist folglich das neue Recht maßgebend. Danach ist entscheidend, wann der Schaden entstanden ist und die Klägerin von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erhielt oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen (§ 199 Abs. 1 BGB). Dies gilt auch für denjenigen, der seine Ansprüche als Begünstigter aus einem Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter ableitet (BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334 Rdnr. 23).

Für die Frage des Zeitpunkts der Entstehung des Schadens ist auch nach neuem Recht die zuvor entwickelte Risiko-Schaden-Formel maßgebend (Chab, a.a.O., § 7 Rdnr. 200). Danach ist auch jetzt ein Steuerschaden noch nicht entstanden, solange es an der Bekanntgabe des belastenden Steuerbescheides fehlt (BGH, Urt. v. 23.4.2015, a.a.O., Rdnr. 11), es sei denn, zuvor wäre ein anderer Schaden als der Steuerschaden bereits eingetreten (BGH, a.a.O., Rdnr. 14). Da letzteres nicht der Fall war und die Steuerbescheide der Klägerin erst im Dezember 2011 zugegangen sind, ist der bereits im März 2013 gerichtlich geltend gemachte Klageanspruch nicht verjährt.

IV. Das angefochtene Urteil kann folglich keinen Bestand haben. Es ist aufzuheben (§ 562 Abs. 1 ZPO). Die Sache ist zur neuen Verhandlung und Entscheidung, auch über die Kosten des Revisionsverfahrens, an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 563 Abs. 1 ZPO).

Für das weitere Verfahren weist der Senat auf Folgendes hin:

1. Grundlage des von der Klägerin geltend gemachten Schadenersatzanspruchs ist eine schuldhaft Verletzung der Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag durch die Beklagte zu 1). Sofern dieser Beratungsvertrag nicht auch mit der Klägerin zustande gekommen ist – wofür sprechen könnte, dass diese die ihr diesbezüglich von der Beklagten gestellten Rechnungen bezahlt hat – oder einen **echten Vertrag zugunsten der Klägerin** gemäß § 328 BGB darstellte, war die Klägerin zumindest in den **Schutzbereich des Beratungsvertrages** zwischen EB und der Beklagten zu 1) einbezogen. Deshalb kann sie den ihr durch eine etwaige Pflichtverletzung der Beklagten zu 1) entstandenen Schaden ersetzt verlangen.

a) Soweit der zwischen Steuerberater und Mandant geschlossene Vertrag keine ausdrücklichen Regelungen über eine mögliche Einbeziehung Dritter enthält, bedarf es der maßgeblich durch das Prinzip von Treu und Glauben geprägten **ergänzenden Auslegung des Beratervertrages, um eine Schutzwirkung zugunsten eines nicht am Vertragsschluss Beteiligten feststellen zu können** (vgl. BGH, Urt. v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rdnr. 14; D. Fischer, a.a.O., § 10 Rdnr. 16). Lässt sich aus dem Willen der Vertragspartner eine Einbeziehung des Dritten in den Schutzbereich der Vertragsleistung des Beraters ableiten, kann der einbezogene Dritte im Fall der Schädigung einen eigenen Ersatzanspruch als sekundären vertraglichen Anspruch gegen den Berater geltend machen (vgl. BGH, Urt. v. 20.4.2004 – X ZR 250/02, BGHZ 159, 1, 4; v. 14.6.2012, a.a.O.).

Um die Haftung des Beraters nicht unbegrenzt auszudehnen, ist jedoch erforderlich, dass der Dritte mit der Hauptleistung des Steuerberaters als schutzwürdiger bestimmungsgemäß in Berührung kommt (vgl. BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334 Rdnr. 6). Zu dieser Voraussetzung der Leistungsnähe muss ein **schutzwürdiges Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten in den vertraglichen Schutzbereich** hinzutreten (vgl. BGH, Urt. v. 7.5.2009 – III ZR 277/08, BGHZ 181, 12 Rdnr. 19 ff.; v. 24.4.2014 – III ZR 156/13, WM 2014, 935 Rdnr. 11).

Des Weiteren muss, um das Haftungsrisiko berechenbar halten zu können, die **Einbeziehung Dritter** dem schutzwürdigen Steuerberater **bekannt** oder für ihn zumindest **erkennbar** sein (vgl. BGH, Urt. v. 13.10.2011, a.a.O.; v. 7.3.2013 – IX ZR 64/12, WM 2013, 802 Rdnr. 25). Ausgeschlossen ist ein zusätzlicher Drittschutz regelmäßig dann, wenn der Dritte wegen des verfahrensgegenständlichen Sachverhalts bereits über einen inhaltsgleichen vertraglichen Anspruch verfügt (vgl. BGH, Urt. v. 13.10.2011, a.a.O., Rdnr. 6; v. 7.3.2013, a.a.O., Rdnr. 25; Gräfe in: Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung, 5. Aufl. Rdnr. 437).

b) Nach dem revisionsrechtlich zugrunde zu legenden Sachverhalt ist die Klägerin in den Schutzbereich des Mandatsverhältnisses zwischen der Beklagten zu 1) und EB einbezogen. Das von der Beklagten zu 1) erarbeitete und am 13.1.2001 vorgelegte Konzept verfolgte die steuerrechtliche Optimierung der (gesamten) Vermögensverhältnisse der Unterneh-

merin EB. Durch die Beratung und die hierauf aufbauende Vertragsgestaltung sollte bewirkt werden, dass auf EB eine möglichst geringe Steuerlast, unabhängig von dem von ihr gewählten Wohnort, entfällt. Um dieses Ziel erreichen zu können, musste das von der Beklagten zu 1) erarbeitete Konzept notwendigerweise nicht nur das Privatvermögen der EB, sondern auch die von ihr zum Zeitpunkt der Mandatierung kontrollierten Gesellschaften, namentlich die Klägerin, einbeziehen.

Dementsprechend enthielt der von der Beklagten zu 1) erarbeitete Gestaltungsvorschlag die Übertragung der von der EB gehaltenen Anteile an der Klägerin auf die neu zu gründende Stiftung sowie die Rückzahlung der gegenüber der C. bestehenden Darlehensverbindlichkeit mit aus dem Abschluss eines Darlehensvertrages mit der Stiftung zu gewinnenden Geldmitteln. Mithin war bereits mit der Erstellung des Gesamtkonzeptes vorgezeichnet, dass nicht nur die EB, sondern auch die Klägerin und die neu zu gründende Stiftung bestimmungsgemäß mit der Beratungsleistung in Berührung kommen würden. Hierbei bestand ein besonderes Interesse der EB, auch die wirtschaftlichen Belange der – zunächst von ihr selbst und sodann von der Stiftung kontrollierten – Klägerin, deren Geschäftsführerin sie zudem selbst weiterhin ist, im Rahmen der Neustrukturierung ihrer Vermögensverhältnisse gewahrt zu wissen, um mögliche Schäden von sich selbst und damit auch der Stiftung abzuwenden.

Diese Drittbezogenheit ihrer Leistung war für die Beklagte zu 1) bei Abschluss des Beratungsvertrages und während seiner Durchführung offensichtlich. Durch die Übersendung des vorbereiteten Darlehensvertrages unmittelbar an die Klägerin, die Befassung mit der Neugründung der Stiftung und die Abrechnung sowohl gegenüber der Klägerin als auch der Stiftung selbst, zeigt sich, dass der Beklagten zu 1) eine Verwendung ihrer Beratungsleistung gegenüber der Klägerin und der Stiftung nicht nur bewusst war, sondern dass sie diese selbst steuerte. Inhaltsgleiche vertragliche Ansprüche stehen der Klägerin nach dem revisionsrechtlich zugrunde zu legenden Sachverhalt nicht zu. Soweit ein vertraglicher Anspruch der Klägerin gegen die mit der Erstellung der Buchhaltung beauftragte Streithelferin in Betracht kommen könnte, fehlt es an diesbezüglichen Feststellungen.

2. Das Berufungsgericht hat bisher offen gelassen, ob eine Pflichtverletzung der Beklagten zu 1) vorliegt. Die entsprechenden Feststellungen werden nachzuholen sein. ■

Steuerberaterhaftung

- Treuhandkommanditist
 - Hinweispflicht
 - Regelwidrige Auffälligkeiten
 - Zurechnung des Verschuldens der Komplementärin des Fonds
 - Fehlerhafte Prospektangaben
 - Haftungsfreizeichnung durch AGB
- (OLG München, Urt. v. 20.4.2016 – 20 U 3917/15)

Leitsätze:

1. Ungeachtet einer Stellung als Kommanditistin zum Zeitpunkt des Beitritts eines Anlegers oder gar als Gründungskommanditistin folgt schon aus der Stellung als Vertragspartnerin des Treuhandvertrages die Pflicht, die künftigen Treugeber über alle wesentlichen Punkte aufzuklären, die für die zu übernehmende mittelbare Beteiligung von Bedeutung sind. Diese Aufklärungspflicht erstreckt sich insbesondere auf regelwidrige Auffälligkeiten, beschränkt sich aber nicht darauf.

2. Die Regelung im Treuhandvertrag, wonach die Treuhänderin das Beteiligungsangebot und insbesondere den Prospekt nicht überprüft und die Anlageberatung oder die Information über die Vor- und Nachteile einer Beteiligung an der Gesellschaft nicht vertragliche Pflicht der Treuhänderin sei, ist dahingehend zu verstehen, dass die Treuhänderin von einer Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluss infolge Verletzung der Aufklärungspflicht über falsche oder irreführende Angaben im Prospekt freigezeichnet werden soll. Derartige formularmäßige Freizeichnungsklauseln sind wegen der grundlegenden Bedeutung der Aufklärungspflicht für den Schutz der Investoren nach § 307 Abs. 1 BGB nichtig. Sie benachteiligen die Anleger entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen. ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist begründet. Der Kläger hat Anspruch auf Ersatz des Schadens, der ihm durch die Beteiligung an der E. P. M. GmbH & Co. KG IV entstanden ist.

1. Entgegen der Auffassung des LG haftet die Beklagte schon als Vertragspartnerin des Treuhandvertrages für fehlerhafte Angaben im Prospekt. Es kommt weder darauf an, ob sie Gründungskommanditistin war, noch darauf, ob sie eigene Anteile gehalten hat. Unerheblich ist auch, dass sie weder den Vermittler noch die mit dem Vertrieb betraute Gesellschaft selbst beauftragt hat.

a. Ungeachtet einer etwaigen Stellung als Kommanditistin zum Zeitpunkt des klägerischen Beitritts oder gar als Gründungskommanditistin trifft die **Beklagte schon als Vertragspartnerin des Treuhandvertrages die Pflicht, die künftigen Treugeber über alle wesentlichen Punkte aufzuklären, die für die zu übernehmende mittelbare Beteiligung von Bedeutung sind** (vgl. BGH, Beschl. v. 26.11.2015 – III ZR 78/15, BeckRS 2015, 20464, Rdnr. 16 a.E. m.w.N.).

Entgegen der Auffassung der Beklagten beschränkt sich ihre Aufklärungspflicht als Vertragspartnerin des Treuhandvertrages nicht auf regelwidrige Auffälligkeiten. Eine solche Einschränkung lässt sich den einschlägigen Entscheidungen des BGH zur Aufklärungspflicht des Treuhandkommanditisten nicht entnehmen. Danach trifft einen Treuhandkommanditisten, der die Interessen der Anleger als seiner Treugeber wahrzunehmen hat, die Pflicht, die Treugeber über alle wesentlichen Punkte aufzuklären, die ihm bekannt

waren oder bei gehöriger Prüfung bekannt sein mussten und die für die zu übernehmende mittelbare Beteiligung von Bedeutung sind. **Diese Pflicht erstreckt sich insbesondere auch auf regelwidrige Auffälligkeiten** (vgl. BGH, NJW 2002, 1711; NJW-RR 2008, 1129/1130 Rdnr. 8; NJW-RR 2009, 613 m.w.N.), **beschränkt sich aber nicht darauf.**

Fehl geht auch der Einwand der Beklagten, ein Treuhandvertrag mit dem Kläger sei nicht vor ihrem eigenen Beitritt zur Gesellschaft zustande gekommen. Es lässt sich weder der Beitrittserklärung des Klägers vom 4.5.2005 noch der Annahmeerklärung vom 10.5.2005, die die Komplementärin der Fondsgesellschaft in Vertretung für die Beklagte abgegeben hat, auch nur andeutungsweise entnehmen, dass der Treuhandvertrag aufschiebend bedingt abgeschlossen werden sollte. Vielmehr ist in der Beitrittserklärung festgehalten:

„Ich gebe hiermit gegenüber der TBG Treuberatungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft GmbH, B. (nachfolgend „TBG“) ein verbindliches Angebot auf Abschluss des im Beteiligungsprospekt abgedruckten Treuhandvertrages ab, der durch die Annahme meines Beteiligungsangebotes durch die E. P. M. GmbH, G., (nachstehend „Komplementärin“ genannt) im Namen der TBG zustande kommt. ... Ich bin damit einverstanden, dass das Treuhandverhältnis mit Annahme meines Beteiligungsangebotes durch die Komplementärin im Namen der TBG rechtsverbindlich begründet ist. Die Annahme meines Beteiligungsangebotes wird mir durch die Komplementärin im Namen und in Vollmacht der TBG bestätigt werden. Auf den Zugang der Annahmeerklärung meines Beteiligungsangebotes als Voraussetzung für die Wirksamkeit des Vertragsschlusses verzichte ich hiermit ausdrücklich.“

Die Komplementärin hat mit Schreiben vom 10.5.2005 die Annahme der Beitrittserklärung des Klägers bestätigt und zugleich an die Zahlung des ersten Teilbetrags erinnert, der nach den Bestimmungen in der Beitrittserklärung spätestens fünf Tage nach Zugang der Annahme der Beitrittserklärung zu bezahlen war; der Kläger hat am 23.5.2005 die Zahlung geleistet.

Abgesehen davon hätte auch ein – hier nicht vereinbarter – aufschiebend bedingter Abschluss des Treuhandvertrags die vorvertraglichen Aufklärungspflichten der Beklagten als Vertragspartnerin des Treuhandvertrages nicht entfallen lassen.

b. Für eine **Zurechnung des Verschuldens eines Verhandlungsgehilfen** nach § 278 S. 1 BGB reicht es aus, dass der spätere Verhandlungspartner die Vertragsverhandlungen nicht selbst führt und dabei auch nicht selbst die etwaigen Aufklärungspflichten erfüllt, sondern sich dazu der Hilfe eines anderen bedient. **Der Verhandlungsgehilfe muss keine Abschlussvollmacht haben. Entscheidend ist allein, dass er nach den tatsächlichen Gegebenheiten des Falles mit dem Wissen des Schuldners bei der Erfüllung einer diesem obliegenden Verbindlichkeit als dessen Hilfsperson tätig wird.** Das **Verschulden von Untervermittlern** ist schon dann zuzurechnen, wenn mit ihrem Einsatz gerechnet werden musste.

Wenn ein Vermittler mit Wissen und Wollen einer Vertragspartei Aufgaben übernimmt, die typischerweise ihr obliegen, steht der Vermittler unabhängig von seiner etwaigen Selbstständigkeit und einer Tätigkeit auch für den Vertragspartner in ihrem Lager, wird in ihrem Pflichtenkreis tätig und ist als ihre Hilfsperson zu betrachten; sie kann der Verantwortung für die Vertragsverhandlungen eines selbstständigen Vermittlers nicht entgehen (vgl. BGH, Urt. v. 9.7.2013 – II ZR 9/12 NJW-RR 2013, 1255/1257; Urt. v. 14.5.2012 – II ZR 69/12 NJW-RR 2012, 1316/1317; Urt. v. 11.7.2012 – IV ZR 151/11 zitiert nach Juris, Rdnr. 48; Urt. v. 9.7.1998 – III ZR 158/97 NJW 1998, 2898 juris Rdnr. 15; Urt. v. 24.5.1982 – II ZR 124/81 NJW 1982, 2493 juris Rdnr. 8).

Hier war von vornherein vorgesehen, dass der **Vertrieb der Beteiligung durch die von der Fondsgesellschaft (vertreten durch die Komplementärin)** zu beauftragende E. P. Vertriebs GmbH erfolgen sollte und eine mittelbare Beteiligung über die Beklagte als Treuhandkommanditistin möglich sein sollte.

Der Beklagten musste deshalb bekannt sein, dass die künftigen Anleger, die sich über sie als Treuhänderin beteiligen würden, durch die **E. P. Vertriebs GmbH bzw. die von dieser beauftragten Untervermittler** für den Beitritt und damit für den Abschluss des Treuhandvertrages gewonnen werden würden. Überdies war die Komplementärin der Fondsgesellschaft zugleich damit betraut, das vom Anleger in der Beitrittserklärung abgegebene Angebot auf Abschluss eines Treuhandvertrages mit der Beklagten in deren Namen anzunehmen.

Die Komplementärin der Fondsgesellschaft hat folglich sowohl die Vertriebsgesellschaft beauftragt (als gesetzliche Vertreterin der Fondsgesellschaft) als auch den Treuhandvertrag mit dem Anleger abgeschlossen (in Vertretung für die Beklagte). Die Einschaltung der E. P. Vertriebs GmbH als Vermittlerin erfolgte somit auch für den Abschluss des Treuhandvertrages mit Wissen und Wollen der Beklagten.

2. **Der Kläger wurde unstreitig auf der Grundlage des Prospekts beraten, so dass mangels abweichenden Vortrags davon auszugehen ist, dass sich fehlerhafte Prospektangaben in das Beratungsgespräch fortsetzen** (BGH, Urt. v. 3.11.2015 – II ZR 270/14, juris Rdnr. 13 m.w.N.).

3. Nach den von der Rechtsprechung entwickelten Prospekthaftungsgrundsätzen hat der Prospekt über ein Beteiligungsangebot, der für einen Beitrittsinteressenten im Allgemeinen die einzige Unterrichtungsmöglichkeit darstellt, den Anleger über alle Umstände, die für seine Entscheidung von wesentlicher Bedeutung sind oder sein können, sachlich richtig und vollständig zu unterrichten. Dazu gehört eine Aufklärung über Umstände, die den Vertragszweck vereiteln oder den vom Anleger verfolgten Zweck gefährden können.

Ob ein Prospekt unrichtig oder unvollständig ist, ist daher nicht allein anhand der wiedergegebenen Einzeltatsachen, sondern nach dem Gesamtbild zu beurteilen, das er von den Verhältnissen des Unternehmens zeichnet. Dabei dürfen die Prospektverantwortlichen allerdings eine sorgfältige und

eingehende Lektüre des Prospekts bei den Anlegern voraussetzen (BGH, Beschl. v. 24.2.2015 – II ZR 104/13 juris Rdnr. 8 m.w.N.).

4. Der Prospekt informiert den Anleger nicht ausreichend über die Risiken, die durch das Finanzierungskonzept entstehen.

a. Das Finanzierungskonzept wird insbesondere auf den Seiten 45, 56 und 95 des Prospekts (Stand 11.3.2005) dahingehend erläutert, dass jeder Treugeber eine Inhaberschuldverschreibung unterzeichnet, die er zum Zwecke der teilweisen Fremdfinanzierung seiner Beteiligung an die E. P. A. GmbH verkauft, die das dafür fällige Entgelt im Namen und auf Anweisung der Anleger auf ein Mittelverwendungskontrollkonto der Fondsgesellschaft überweist. Der Begebungs- und Rahmenvertrag zur teilweisen Anteilsfremdfinanzierung ist auf Seite 119 des Prospekts abgedruckt.

Daraus ergibt sich die Verpflichtung des Anlegers, den Nennbetrag zzgl. Zinsen am 31.12.2012 zu bezahlen, wobei der Anleger die Gesellschaft beauftragt und bevollmächtigt, die zu den Zahlungsterminen fälligen Leistungen im Namen und für Rechnung des Anlegers aus seiner Beteiligung an der Gesellschaft zustehenden Entnahmeansprüchen, Auseinandersetzungsguthaben oder Liquidationserlösen zu erbringen.

b. Nicht ausreichend hingewiesen wird auf das Risiko, dass die Inhaberschuldverschreibungen nicht vollständig aus den anteiligen Ausschüttungsbeträgen bezahlt werden können. Dieses Risiko besteht ausweislich des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom 25.7.2012, wenn die dafür vorgesehenen Distributionsgaranzialzahlungen nicht vollständig bei der Gesellschaft eingehen („wenn Schuldner der Distributionszahlungen ausfallen“) oder der Wechselkurs des USD sinkt.

Auf Seite 56 des Prospekts wird vielmehr ausgeführt, die Bedienung und Rückführung des fremdfinanzierten Beteiligungsanteils erfolge ausschließlich durch die im Wege der Sicherungsabtretung abgesicherten Zahlungsströme aus der Beteiligung. Es seien keine weiteren Barmittel seitens des Anlegers zur Bedienung der Beteiligungsfinanzierung erforderlich. Es bestehe grundsätzlich keine Nachschusspflicht. Dadurch wird die Aussage auf Seite 46 des Prospekts – nicht Seite 36, wie die Beklagte auf Seite 9 des Schriftsatzes vom 4.4.2016 ausführt –, Währungsschwankungen könnten sich negativ auf die Erlöse der Gesellschaft auswirken und die Fondsgesellschaft und damit letztlich die Anleger trügen ein entsprechendes Fremdwährungs- und Wechselkursrisiko, relativiert.

c. Auf dem Blatt "Besondere Informationen nach § 312c Abs. 1 und 2 BGB i.V.m. § 1 der BGB-InfoV zur teilweisen Fremdfinanzierung der mittelbaren Beteiligungen der E. P. M. GmbH & Co. KG IV" wird unter II. 2. u.a. darauf hingewiesen, es bestehe das Risiko, dass der Anleger die Rückzahlung und den Zins aus der von ihm begebenen Inhaberschuldverschreibung erbringen müsse, obwohl die von ihm mit dem Kaufpreis für die Inhaberschuldverschreibung finan-

zierte mittelbare Beteiligung an der Gesellschaft keine gleich hohe Rendite erwirtschaftete.

Dieser Hinweis ist – isoliert betrachtet – an sich eindeutig. Für die Beurteilung, ob ein Prospekt unrichtig oder unvollständig ist, ist jedoch nicht isoliert auf eine bestimmte Formulierung, sondern auf das Gesamtbild abzustellen, das der Anleger unter Berücksichtigung der von ihm zu fordernden sorgfältigen und eingehenden Lektüre vermittelt (BGH, Urt. v. 5.3.2013 – II ZR 252/11, juris Rdnr. 14 m.w.N.).

Dieser Hinweis unter II. 2 widerspricht den Ausführungen auf Seite 56 des Prospekts, die Rückführung des fremdfinanzierten Beteiligungsanteils erfolge ausschließlich durch die im Wege der Sicherungsabtretung abgesicherten Zahlungsströme aus der Beteiligung, es seien keine weiteren Barmittel seitens des Anlegers zur Bedienung der Beteiligungsfinanzierung erforderlich.

d. Nicht explizit hingewiesen wird im Übrigen auf das Risiko, dass die Inhaberschuldverschreibungen aufgrund des Wechselkursrisikos nicht vollständig aus den anteiligen Ausschüttungsbeträgen bezahlt werden können. Dies ergibt sich weder aus den Ausführungen auf Seite 45 unter der Überschrift „Fremdfinanzierungsrisiko“, noch aus den Ausführungen auf Seite 46 unter der Überschrift „Währungs- und Wechselkursrisiko“. Gemessen an den oben zitierten Prospekthaftungsgrundsätzen ist der Prospekt bezüglich des die Fremdfinanzierung betreffenden Risikos, einschließlich des Währungsrisikos, zumindest widersprüchlich.

5. Auf die Frage, ob der Prospekt auf die Rechtsfolgen der §§ 793 ff. BGB hätte hinweisen müssen, kommt es nicht mehr entscheidend an. Dasselbe gilt für die Darstellung des Risikos des Totalverlustes.

6. Die Haftung der Beklagten für diesen Prospektfehler wird nicht durch **§ 13 des Treuhandvertrages** ausgeschlossen, denn der darin enthaltene Haftungsausschluss ist nach **§ 307 Abs. 1, § 309 Nr. 7b BGB** nichtig.

a. Die **Klauseln des formularmäßigen Treuhandvertrages** unterliegen als **Allgemeine Geschäftsbedingungen** einer objektiven Auslegung. (vgl. BGH, Urt. v. 22.9.2015 – II ZR 341/14, juris Rdnr. 24 m.w.N.).

§ 13 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Treuhandvertrages, wonach unter der Überschrift „Haftung der Treuhänderin“ geregelt wird, die Treuhänderin habe das Beteiligungsangebot und insbesondere den Prospekt nicht überprüft und sich bei der Entwicklung der Fondstruktur nicht beteiligt, die Anlageberatung oder Information über die Vor- und Nachteile einer Beteiligung an der Gesellschaft sei nicht vertragliche Pflicht der Treuhänderin, sind – ausgehend von den Interessen, Vorstellungen und Verständnismöglichkeiten eines rechtlich nicht vorgebildeten Durchschnittskunden – **dahingehend zu verstehen, dass die Beklagte von einer Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluss infolge Verletzung der Aufklärungspflicht über falsche oder irreführende Angaben im Prospekt freigezeichnet werden soll.**

Derartige formularmäßige Freizeichnungsklauseln sind wegen der grundlegenden Bedeutung der Aufklärungspflicht für den Schutz der Investoren nach § 307 Abs. 1 BGB nichtig. Sie benachteiligen die Anleger entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen. Dies gilt hinsichtlich der Haftung für vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten (§ 309 Nr. 7b BGB) ebenso wie hinsichtlich der Haftung für leichte Fahrlässigkeit (BGH, Urt. v. 9.7.2013 – II ZR 193/11, juris Rdnr. 35 m.w.N.). Jedenfalls soweit – wie hier – der Prospektfehler darin besteht, dass der Prospekt in sich widersprüchlich ist und die Treuhänderin nicht ausschließlich Anlageinteressen verfolgt, sondern für ihre Tätigkeit nach § 14 des Treuhandvertrages (Seite 116 des Prospekts) eine Vergütung erhält, trifft die Treuhänderin eine Aufklärungspflicht.

§ 14 des Treuhandvertrages stellt keine gesellschaftsvertragliche Regelung dar, so dass die Bereichsausnahme des § 310 Abs. 4 BGB nicht einschlägig ist (vgl. BGH, Urt. v. 9.7.2013 – II ZR 193/11, juris Rdnr. 34).

b. Unzutreffend ist die Auffassung der Beklagten, die Klausel sei **AGB-rechtlich** unbedenklich, weil bloße **Leistungsbeschreibungen**, die Art, Umfang und Güte der geschuldeten Leistungen festlegten, einer Inhaltskontrolle entzogen seien. § 13 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Treuhandvertrages stellen eine Abweichung von der gesetzlichen Haftung für Verschulden bei Vertragsschluss dar (§ 280 Abs. 1, 3, §§ 282, 241 Abs. 2, § 311 Abs. 2 BGB) und keine „bloße Leistungsbeschreibung“ im Sinne der höchstrichterlichen Rechtsprechung, nach der für die der Überprüfung entzogene Leistungsbeschreibung nur der enge Bereich der Leistungsbezeichnungen bleibt, ohne deren Vorliegen mangels Bestimmtheit oder Bestimmbarkeit des wesentlichen Vertragsinhalts ein wirksamer Vertrag nicht mehr angenommen werden kann (BGH, Urt. v. 12.3.2014 – IV ZR 295/13, juris Rdnr. 27).

7. Der Kläger hat nach § 249 Abs. 1 BGB Anspruch auf Erstattung des eingezahlten Betrages in Höhe von 7.500 EUR sowie des für den Rückkauf der Inhaberschuldverschreibung aufgewandten Betrages in Höhe von 1.115,49 EUR. Der Kläger hat belegt, dass er diese Zahlungen erbracht hat. Das pauschale Bestreiten der Schadenshöhe durch die Beklagte ist unsubstantiiert, desgleichen der nicht näher ausgeführte Hinweis auf steuerliche Verlustzuweisungen. Im Übrigen sind steuerliche Vorteile grundsätzlich nicht anzurechnen; für eine Ausnahme hiervon fehlt konkreter Sachvortrag.

Der Kläger hat ferner Anspruch auf Freistellung von den vorgerichtlichen Anwaltskosten sowie von sämtlichen Verpflichtungen und steuerlichen Nachteilen aus der Zeichnung vom 4.5.2005.

Der Zinsanspruch ist allerdings nur insoweit begründet, als Zinsen ab Rechtshängigkeit zuzusprechen sind (§ 291, § 288 Abs. 1 Satz 2 BGB). Das Schreiben der Verfahrensbevollmächtigten des Klägers vom 2.4.2014 betrifft ebenso wie das Schreiben der Beklagten vom 15.4.2014 ein Auskunftsbegleichen des Klägers und enthält keine Mahnung hinsichtlich des streitgegenständlichen Betrages. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Steuerliches Einlagenkonto § 27 KStG
 - Grundlagenbescheid
 - Verjährung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 8.4.2014 – I-23 U 59/13)

Leitsätze (d. Red.):

1. Setzt der Steuerberater im Einlagenkonto in der Steuererklärung fehlerhaft 0 EUR für das Einlagenkonto an, erleidet der Gesellschafter einen Schaden dadurch, dass bei einer Rückzahlung der Einlage auf die ausgeschütteten Beträge in vollem Umfang Einkommensteuer zu entrichten ist. Ein Schaden der GmbH ist in solchen Konstellationen nicht ersichtlich.

2. Allein die Erteilung eines unzutreffenden Rates und der Zugang des Grundlagenbescheides über das steuerliche Einlagenkonto begründet für einen steuerlichen Laien noch nicht die erforderliche Kenntnis eines Schadenersatzanspruchs im Sinne des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB. ■

Zum Sachverhalt:

Die Kläger, beide Gesellschafter und Geschäftsführer der M. S. GmbH, begehren vom Beklagten Schadenersatz wegen einer angeblich fehlerhaften steuerlichen Beratung. Der Beklagte war von 1998 bis 2009 der steuerliche Berater der GmbH. Für das Jahr 2005 stellte das FA Remscheid mit inzwischen bestandskräftigem Grundlagenbescheid vom 27.3.2007 das steuerliche Einlagenkonto der GmbH mit 0 EUR fest. Das beruhte auf der vorangegangenen Abgabe einer entsprechenden Erklärung zur gesonderten Feststellung des steuerlichen Einlagenkontos, die der Beklagte vorbereitet und die beide Kläger unterschrieben hatten und die ebenfalls das steuerliche Einlagenkonto mit 0 EUR ansetzte.

Die Kläger meinen, richtigerweise hätte das Einlagenkonto einen Betrag von 150.000 EUR ausweisen müssen, hierdurch sei ihnen und der GmbH ein Schaden entstanden, der derzeit indes noch nicht beziffert werden könne. Die Kläger begehren die Feststellung der Schadenersatzpflicht des Beklagten ihnen gegenüber und – aufgrund abgetretenen Rechts – gegenüber der GmbH. Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands erster Instanz wird auf die tatsächlichen Feststellungen im angefochtenen Urteil Bezug genommen.

Das LG hat die Klage mit der Begründung abgewiesen, ein Anspruch der Kläger sei – seine Entstehung unterstellt – jedenfalls verjährt. Hiergegen wenden die Kläger sich mit der Berufung, mit der sie unter Wiederholung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vortrags weiterhin die Feststellung der Schadenersatzpflicht des Beklagten begehren. Sie vertreten insbesondere die Ansicht, die Verjährung habe erst im Laufe des Jahres 2011 begonnen, weil sie erst in diesem Jahr durch einen anderen Steuerberater auf die Unrichtigkeit der Fest-

stellung des steuerlichen Einlagenkontos mit 0 EUR hingewiesen worden seien. Die am 14.11.2012 zugestellte Klage habe deshalb die Verjährung rechtzeitig gehemmt. In der Sache sei das steuerliche Einlagenkonto richtigerweise nicht mit 0 EUR, sondern mit 150.000 EUR anzusetzen gewesen, weil in dieser Höhe beide Kläger mit Wirkung für das Jahr 2005 auf Darlehensforderungen gegenüber der GmbH verzichtet hätten. Die durch den Verzicht bewirkte Einlage der Kläger als Gesellschafter sei auch nicht deshalb mit 0 EUR zu bewerten gewesen, weil sie wirtschaftlich wertlos gewesen sei. Die GmbH sei im Jahre 2005 nämlich weder überschuldet noch zahlungsunfähig gewesen, was sich auch darin zeige, dass die GmbH inzwischen wieder Gewinne erwirtschaftete.

(Anträge: ...)

Der Beklagte wiederholt und vertieft ebenfalls seinen erstinstanzlichen Vortrag und meint weiter, es sei Verjährung eingetreten, weil die Verjährung mit dem Zugang des Grundlagenbescheides vom 27.3.2007 begonnen habe. In diesem Zeitpunkt hätten die Kläger auch – was ausreichend sei – von den den Anspruch begründenden Tatsachen, nämlich dem Verzicht auf die Darlehensforderung und der gleichwohl erfolgten Steuererklärung zur Feststellung des Einlagenkontos mit 0 EUR, Kenntnis gehabt.

Dabei sei besonders zu berücksichtigen, dass sowohl die Steuererklärung als auch der Grundlagenbescheid lediglich diese Feststellung zum Gegenstand gehabt hätten, weshalb dies auch den Klägern als steuerrechtlichen Laien hätte auffallen müssen. Zudem liege auch eine Pflichtverletzung des Beklagten nicht vor, weil es sich bei der GmbH im Jahre 2005 um eine „Krisengesellschaft“ mit einem nicht durch das Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 150.000 EUR gehandelt habe. So habe es sich bei dem Forderungsverzicht um einen „Sanierungsverzicht“ gehandelt, was den Ansatz von 0 EUR rechtfertige. Zudem sei ein Schaden der GmbH nicht ersichtlich. ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Kläger hat in der Sache überwiegend Erfolg. Den Klägern steht im Umfang der beantragten Feststellung ein unverjährter Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB auf Ersatz des Schadens, der ihnen durch die Pflichtverletzung des Beklagten entstanden ist, zu. Lediglich ein auf abgetretenes Recht der GmbH gestützter Anspruch auf Ersatz eines der GmbH entstandenen Schadens besteht nicht.

I. Den Klägern steht ein unverjährter Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB dem Grunde nach zu.

1. Der Beklagte hat eine Pflicht aus dem zwischen ihm und der GmbH seinerzeit bestehenden Steuerberatervertrag verletzt, indem er den Klägern kommentarlos und ohne weitere Beratung die Erklärung für 2005 über ein steuerliches Einlagenkonto von 0 EUR zur Unterschrift vorlegte und eine Beratung hierüber auch nach Zugang des antragsgemäß ergangenen **Grundlagenbescheids** unterließ. Gemäß § 27 Abs. 1 Satz 1 KStG hat – wie hier die GmbH – die unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaft die nicht in das Nenn-

kapital geleisteten Einlagen am Schluss jedes Wirtschaftsjahrs auf einem besonderen Konto, nämlich dem steuerlichen Einlagenkonto, auszuweisen. Eine derartige Einlage kann seit jeher nicht durch die Zuführung von Wirtschaftsgütern, sondern auch durch den Verzicht auf Forderungen gegenüber der Gesellschaft bewirkt werden (vgl. nur BFHE 183, 187 = NJW 1997, 2837 – Großer Senat, m.w.N.).

Demgemäß führte der Verzicht der Kläger auf ihre Darlehensforderungen in Höhe von jeweils 75.000 EUR an sich ohne weiteres zu einer verdeckten Einlage in dieser Höhe, insgesamt also in Höhe von 150.000 EUR, die gemäß § 27 Abs. 1 Satz 1 KStG in dem steuerlichen Einlagenkonto auszuweisen gewesen wäre. Bereits dadurch, dass der Beklagte jegliche Beratung zu seinem hiervon abweichenden Ansatz des Kontos mit 0 EUR unterlassen hat, hat der Beklagte seine Pflichten aus dem Steuerberatervertrag verletzt. Dabei geht der Senat davon aus, dass der Beklagte sein anfängliches Bestreiten, von dem Forderungsverzicht Kenntnis gehabt zu haben, nicht aufrechterhalten möchte. Abweichendes wäre unverständlich, weil der Beklagte in den Jahresabschluss selbst eine Rücklage in entsprechender Höhe aufgenommen hatte.

Die Feststellung des Einlagenkontos mit 0 EUR war entgegen der Auffassung des Beklagten auch nicht deshalb gerechtfertigt, weil die Forderungen, auf die die Kläger verzichtet hatten, angesichts der damaligen wirtschaftlichen Lage der GmbH nicht mehr werthaltig gewesen wären. Abgesehen davon, dass Zweifel insoweit in besonderem Maße Anlass zu einer – hier unterbliebenen – eingehenden Beratung hätten geben müssen, trifft die jetzt im Prozess geäußerte Auffassung des Beklagten nicht zu. Er verweist zwar zunächst zutreffend auf den bereits zitierten Beschluss des Großen Senats des BFH aus dem Jahre 1997.

Danach ist als Wert der Einlage in Fällen wie dem vorliegenden der tatsächliche Wert der Forderung und nicht der Nennbetrag anzusetzen. Dieser Wert kann bei Gesellschaften in einer wirtschaftlichen Krise durchaus Null betragen (vgl. z.B. nur BFH, Urt. v. 15.10.1997 – I R 103/93, juris). Allerdings kann entgegen der Auffassung des Beklagten nicht bereits aus der Höhe des Schuldenstands, wie er sich aus dem vorliegenden Jahresabschluss für 2005 ergibt, auf einen auf Null reduzierten Wert der Einlage geschlossen werden.

Der **Teilwert einer Forderung** wird nämlich durch die Zahlungsunfähigkeit und die Zahlungswilligkeit des Schuldners sowie durch ihre Verzinslichkeit beeinflusst (FG München, Urt. v. 4.2.2004 – 7 K 337/99, juris, m.w.N.). Aus einer bilanziellen Überschuldung des Schuldners allein kann noch nicht auf die Wertlosigkeit einer gegen diesen gerichteten Forderung geschlossen werden. Hieraus kann lediglich eine mangelnde Realisierbarkeit am Bewertungsstichtag abgeleitet werden. Eine Darlehensforderung kann im Zeitpunkt des **Forderungsverzichts** durchaus werthaltig sein, auch wenn sie nicht sofort in vollem Umfang, sondern erst ratenweise in der Folgezeit verwirklicht werden kann (FG München, a.a.O., m.w.N.).

Ist die Erfüllung der Forderung nach den am Bewertungsstichtag vorliegenden Umständen (Vermögensverhältnisse, Zahlungsfähigkeit des Schuldners) zweifelhaft, bestimmt sich ihr Teilwert danach, in welchem Umfang der Ausfall der Forderung mit einiger Wahrscheinlichkeit droht (*FG München, a.a.O.; ebenso FG Berlin-Brandenburg, DStRE 2013, 1494*). Soweit der BFH in der oben bereits angeführten Entscheidung (*Urt. v. 15.10.1997 – I R 103/93*) von einer völligen Wertlosigkeit bei Überschuldung der Kapitalgesellschaft ausgeht, betraf dies eine im Zeitpunkt des Forderungsverzichts gegebene wirtschaftliche Überschuldung (*FG München, a.a.O.*).

Die **bilanzielle Überschuldung** allein reicht nicht aus, um von einem drohenden Konkurs zu sprechen. Ob eine (wirtschaftliche) Überschuldung gegeben ist, die zur Konkurs- bzw. Insolvenzantragstellung führt, bestimmt sich nach dem Überschuldungsstatus, bei dem die tatsächlichen (Verkehrs-)Werte anzusetzen sind. Dazu kann auch der Geschäfts- oder Firmenwert gehören, wenn Anhaltspunkte gegeben sind, dass eine Verwertung des Unternehmens als Ganzes in Betracht kommt (*FG München, a.a.O.*).

Ohnehin ist für die Verbindlichkeiten eines fortgeführten Unternehmens zu unterstellen, dass sie im Rahmen der künftigen Geschäftstätigkeit erfüllt werden (*FG München, a.a.O.*). Die Rechtfertigung einer derartigen Unterstellung zeigt nicht zuletzt der vorliegende Fall, in dem sich die wirtschaftliche Lage der GmbH, die bis zum heutigen Tage fortgeführt wird, in den Folgejahren gebessert hat und sie seit 2009 Gewinne erzielt.

Dass unter diesen Umständen mit Bezug auf die Verhältnisse des Jahres 2005 der Wert der Einlagenforderung mit 0 EUR anzusetzen gewesen sein könnte, behauptet der Beklagte selbst nicht. Die vorliegenden Angaben zur Bilanz, aus denen der Beklagte dies allein folgert, reichen hierfür nach der finanzgerichtlichen Rechtsprechung wie dargelegt jedenfalls nicht aus, weshalb davon auszugehen ist, dass auch das FA seinerzeit eine die Einlage mit einem höheren Wert als 0 EUR ansetzende Steuererklärung akzeptiert hätte.

Dabei kann dahinstehen, mit welchem Wert die Einlage tatsächlich anzusetzen gewesen wäre. Für die Zwecke des im vorliegenden Verfahren allein gestellten Antrags genügt die Feststellung, dass der Wert richtigerweise jedenfalls nicht 0 EUR betrug, sondern darüber lag. Allerdings spricht nach dem Vortrag der Parteien im vorliegenden Verfahren nichts dafür, einen niedrigeren Wert als den Nennbetrag der Forderungen, auf die die Kläger verzichteten, von zusammen 150.000 EUR anzusetzen. Ob mit Blick auf die seinerzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse der GmbH gleichwohl nur ein 0 EUR übersteigender Teilwert hiervon anzusetzen gewesen wäre, braucht im vorliegenden Verfahren nicht entschieden zu werden.

2. Der Schaden der Kläger besteht darin, dass die in dem Einlagenkonto ausgewiesene Einlage unter den Voraussetzungen des § 20 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 EStG im Falle einer Ausschüttung steuerlich begünstigt gewesen wäre, während die Kläger bei einer Rückzahlung der Einlage auf die ausgeschütteten Be-

träge in vollem Umfang Einkommensteuer zu entrichten hätten. Nach dem Vortrag der Kläger stehen Gewinnausschüttungen, auf die sich dies auswirken könnte, unmittelbar bevor; sie sind spätestens bei einer Liquidation der GmbH zu erwarten.

3. Dem Anspruch der Kläger aus § 280 Abs. 1 BGB steht nicht entgegen, dass der **Vertrag über die steuerliche Beratung** nicht zwischen den Klägern und dem Beklagten, sondern zwischen letzterem und der GmbH bestand. **Die Kläger als Gesellschafter und Geschäftsführer der GmbH sind nämlich in den Schutzbereich dieses Vertrages mit einbezogen.**

Sie kamen mit der steuerlichen Beratung, die der Beklagte gegenüber der GmbH schuldete, typischerweise in Berührung, weil das steuerliche Einlagenkonto bei der GmbH den ausschließlichen Zweck verfolgt, ihre – der Kläger – Einlagen auszuweisen mit den zugunsten der Kläger bestehenden, bereits angesprochenen einkommensteuerrechtlichen Vorteilen im Falle einer Rückzahlung der Einlage. Ein aus einer pflichtwidrigen Beratung des Beklagten folgender Schaden musste sich daher bei ihnen auswirken.

4. Die **Ansprüche** der Kläger sind **nicht verjährt**. Sie unterliegen, wie das LG im Ausgangspunkt zutreffend angenommen hat, der **regelmäßigen Verjährung** und **verjähren** in drei Jahren (§ 195 BGB), beginnend gemäß § 199 Abs. 1 BGB mit dem Schluss des Jahres, in dem die Ansprüche entstanden und die Kläger von den den Anspruch begründenden Umständen Kenntnis erlangten oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen mussten. **Die Entstehung des Anspruchs hat das LG zutreffend auf der Grundlage der Rechtsprechung des BGH (vgl. etwa BGH, NJW-RR 2013, 113 m.w.N.) mit der Bekanntgabe des Grundlagenbescheides vom 27.3.2007 im weiteren Verlauf dieses Jahres angenommen.**

Allerdings hatten die Kläger damit noch **keine Kenntnis** von den den Anspruch begründenden Umständen und befanden sich auch **nicht in grob fahrlässiger Unkenntnis** hiervon. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Kläger die Kenntnis nicht vor dem 8.12.2011 – dem Zeitpunkt einer entsprechenden Beratung durch den Nachfolgesteuerberater B. – erlangten. Jedenfalls sind dem Vortrag des Beklagten keine Umstände zu entnehmen, die den Klägern eine frühere Kenntnis hätten vermitteln oder zumindest dazu hätten führen können, ihre Unkenntnis als grob fahrlässig erscheinen zu lassen. Die am 25.10.2012 eingereichte und am 14.11.2012 zugestellte Klage hat die Verjährung deshalb gehemmt.

Für die Frage der Kenntnis kann in Fällen wie dem vorliegenden, in dem es um eine **fehlerhafte rechtliche Beratung** geht, eine Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der den Anspruch begründenden Umstände im Sinne des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB entgegen der Auffassung des LG nicht schon in dem Zeitpunkt angenommen werden, in dem der unzutreffend rechtlich Beratene den falschen Rat entgegennimmt und ihm damit (stets) Umstände bekannt werden, nach denen zu seinen Lasten ein Rechtsverlust eingetreten ist.

Dass nach dem Inhalt der Steuererklärung der Kläger das steuerliche Einlagenkonto mit 0 EUR festgestellt werden sollte und dass das FA anschließend eine antragsgemäße Feststellung traf, war den Klägern freilich schon mit Stellung des Antrags bzw. Zugang des Grundlagenbescheids bewusst. Damit war indes noch keine Erkenntnis zur Pflichtwidrigkeit des zugrundeliegenden Rats des Beklagten und zur Möglichkeit eines folgenden Schadens verbunden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kläger nicht fachkundig sind. Sie haben ihre steuerrechtlichen Belange dem Beklagten als dem dazu berufenen Fachmann anvertraut und können daher dessen etwaige Fehlleistungen – eben wegen ihrer Rechtsunkenntnis – nicht erkennen (vgl. BGH, Urt. v. 6.2.2014 – IX ZR 245/12, WM 2014, 575 = DB 2014, 655 = ZIP 2014, 624). Die Fachkunde des rechtlichen Beraters und das Vertrauen seines Auftraggebers begründen typischerweise im Rahmen eines Anwaltsvertrages eine Überlegenheit des Anwalts gegenüber seinem regelmäßig rechtsunkundigen Mandanten (BGH, a.a.O.).

Nichts anderes gilt für den steuerlichen Berater. Deshalb kann allein die Erteilung des unzutreffenden Rates und der Zugang des Grundlagenbescheids über das steuerliche Einlagenkonto, dessen Bedeutung und Nachteiligkeit sich dem Laien zudem nicht ohne weiteres erschließt, noch nicht die erforderliche Kenntnis im Sinne des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB vermitteln.

Vielmehr muss der Mandant in Fällen wie dem vorliegenden nicht nur die wesentlichen tatsächlichen Umstände kennen, sondern auch Kenntnis von solchen Tatsachen erlangen, aus denen sich für ihn – zumal wenn er juristischer Laie ist – ergibt, dass der rechtliche Berater von dem üblichen rechtlichen Vorgehen abgewichen oder Maßnahmen nicht eingeleitet hat, die aus rechtlicher Sicht zur Vermeidung eines Schadens erforderlich waren (BGH, a.a.O.). Nicht die rechtliche Beratung, sondern erst der Pflichtenverstoß des rechtlichen Beraters begründet den gegen ihn gerichteten Regressanspruch (BGH, a.a.O.).

Entgegen der Auffassung des Beklagten ist von einer **grob fahrlässigen Unkenntnis** der Kläger im Jahre 2007 auch nicht deshalb auszugehen, weil sie sich – etwa vor Unterzeichnung der Steuererklärung – beim Beklagten nicht näher nach der **Bedeutung des steuerlichen Einlagenkontos** erkundigten oder den Beklagten gar auf Unstimmigkeiten zwischen der Angabe des Einlagenkontos mit 0 EUR und dem Forderungsverzicht bzw. der Aufnahme einer Kapitalrücklage in die Bilanz hinwiesen. Eine entsprechende Obliegenheit der Kläger bestand nicht. Die steuerrechtliche Bearbeitung war nämlich allein Sache des Beklagten als dem damit beauftragten Steuerberater.

Die Kläger als Mandanten mussten sich darauf verlassen können, dass der Beklagte als der beauftragte Steuerberater die anstehenden Rechtsfragen fehlerfrei beantwortet und der erteilte Rechtsrat (Ansatz des Einlagenkontos mit 0 EUR) zutreffend ist. Den Klägern oblag es nicht, den Beklagten zu überwachen oder dessen Rechtsansichten durch einen weiteren Rechtsberater überprüfen zu lassen (vgl. BGH, a.a.O., m.w.N.).

Es kommt hinzu, dass ein entsprechender Hinweis den Klägern ohnehin voraussichtlich nicht die Erkenntnis der Pflichtwidrigkeit vermittelt hätte. Der Beklagte hätte dann aller Voraussicht nach – ebenso wie im vorliegenden Rechtsstreit – den (unzutreffenden) Ansatz mit 0 EUR verteidigt und ihn in ähnlicher Weise wie hier erläutert; hierauf hätten die Beklagten als steuerrechtliche Laien sich wiederum verlassen dürfen, ohne dass von ihnen zu erwarten gewesen wäre, hierzu einen weiteren Steuerberater zu befragen.

II. Ein Schadenersatzanspruch der GmbH aus § 280 Abs. 1 BGB, den die Kläger aus abgetretenem Recht neben ihren eigenen Ansprüchen verfolgen, ist allerdings nicht gegeben, weil **nicht ersichtlich ist, dass der GmbH ein Schaden entstanden sein könnte**. Aus ihrer Sicht brachte der Ansatz des steuerlichen Einlagenkontos keine erkennbaren, zu einem ersatzfähigen Schaden führenden Nachteile. Abweichendes haben auch die Kläger trotz des entsprechenden, mehrfach geäußerten schriftsätzlichen Hinweises des Beklagten und einer Nachfrage seitens des Senats in der mündlichen Verhandlung nicht dargelegt. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Atypischer Kalkulationsschaden
- Betriebswirtschaftliche Kalkulation
(OLG Koblenz, Beschl. v. 28.10.2013 – 2 U 844/12)

Leitsatz:

War für die Auswahl eines anzuschaffenden Fahrzeugtyps keine konkrete betriebswirtschaftliche Kalkulation maßgeblich, sondern standen andere Erwägungen wie z.B. der Aspekt des Patientenkomforts im Vordergrund, besteht kein Schadenersatzanspruch gegen den Steuerberater wegen behaupteter fehlerhafter Steuerberatung hinsichtlich der Anschaffung eines günstigeren Fahrzeugtyps. ■

Aus den Gründen:

Die Kläger nehmen den Beklagten auf Schadenersatz wegen behaupteter fehlerhafter Steuerberatung von zuletzt bezüglich der Klägerin zu 4) in Höhe von 139.853 EUR sowie auf Feststellung der Ersatzpflicht für die Steuerjahre 2009 und 2010, bezüglich der Klägerin zu 2) in Höhe von 15.673 EUR sowie bezüglich des Klägers zu 3) in Höhe von 12.673 EUR jeweils zuzüglich Nebenforderungen in Anspruch.

Hinsichtlich der Darstellung des Sach- und Streitstandes einschließlich der Antragstellung wird auf den Tatbestand im angefochtenen Urteil des LG Mainz vom 12.7.2012 in seiner Fassung unter Berücksichtigung des Berichtigungsbeschlusses vom 3.9.2012 sowie die Darstellung im Hinweisbeschluss des Senats vom 11.9.2013 Bezug genommen. Ebenso nimmt der Senat Bezug auf die weiteren tatsächlichen Feststellungen der Kammer im angegriffenen Urteil.

Die Berufung gegen das Urteil des *LG Mainz vom 12.7.2012 – 1 O 170/11*, ist gemäß § 522 Abs. 2 ZPO zurückzuweisen, weil nach einstimmiger Auffassung des Senats das Rechtsmittel offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg hat, der Rechtsache auch keine grundsätzliche Bedeutung zukommt und weder die Fortbildung des Rechts noch die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Berufungsgerichts erfordern. Auch die Durchführung einer mündlichen Verhandlung über die Berufung ist nicht geboten.

Zur Begründung wird auf den vorausgegangenen Hinweisbeschluss des Senats Bezug genommen.

Die Ausführungen in der Gegenerklärung geben zu einer Änderung keinen Anlass.

Soweit die Kläger dort darauf hinweisen, ihre ursprüngliche Entscheidung sei jedenfalls auch durch betriebswirtschaftliche Überlegungen geprägt gewesen, steht dies der im Hinweisbeschluss geäußerten rechtlichen und tatsächlichen Beurteilung des Senats nicht entgegen.

Mit dem LG ist der Senat, wie ausgeführt, der Überzeugung, dass maßgeblich für die Auswahl des anzuschaffenden Fahrzeugtyps ursprünglich keine **konkrete betriebswirtschaftliche Kalkulation** war, sondern vielmehr andere Erwägungen im Vordergrund standen, wie sie der Zeuge Dr. ... in seiner Vernehmung bestätigt hat. Dass der klägerseitigen Disposition bei der Fahrzeuganschaffung (auch) betriebswirtschaftliche Erwägungen insoweit zugrunde lagen, als der maßgeblich unter dem Aspekt des Patientenkomforts ausgewählte und angeschaffte Fahrzeugtyp Sharan auch unter dem Kostenaspekt und der internen Vorgabe, jedenfalls keine Verluste und möglichst einen „kleinen Gewinn“ zu erwirtschaften, tragbar sein musste, was der Zeuge Dr. ... ebenfalls ausdrücklich bestätigt hat, hat der Senat so in seine Erwägungen auch ausdrücklich einbezogen (wie vor).

Diese betriebswirtschaftlichen Vorgaben konnten aber unstrittig unabhängig von der Wahl des Typ Sharan oder des Typs Caddy eingehalten werden, sodass nach wie vor davon auszugehen ist, dass das maßgebliche Entscheidungskriterium zugunsten oder zulasten des einen oder anderen Fahrzeugtyps nicht in einer konkreten betriebswirtschaftlichen Erwägung lag.

Der Senat hat in seinem Hinweisbeschluss auch deutlich gemacht, dass selbst dann, wenn man den klägerischen Vortrag zu Grunde legt, wonach das klägerische Unternehmen nach Kenntnis der tatsächlichen Steuerlast den Fuhrpark auf Caddy-Fahrzeuge umgestellt hat, dies gleichwohl letztlich **nur die allgemeine unternehmerische Entscheidung darstellt, von der Möglichkeit, die Kosten entsprechend zu senken, nunmehr Gebrauch zu machen.**

Diese Möglichkeit bestand als solche unstrittig aber bereits zuvor und unabhängig von der behaupteten Falschberatung, wurde von Klägerseite aber nicht genutzt, weil eine wesentliche, konkret definierte Gewinnerzielungsabsicht jedenfalls bis dato nicht bestand. Damit erweist sich die Behauptung

in der Gegenerklärung als unzutreffend, wonach sich aus dieser späteren Entscheidung ohne Weiteres ergebe, dass die (falschen) Auskünfte des Beklagten ursächlich für die unternehmerischen Entscheidungen der Kläger insoweit gewesen seien.

Soweit die Gegenerklärung schließlich rügt, der Einwand des Senats zu dem von dem Zeugen Dr. ... so bezeichneten „Kostenblock“ sei nicht recht nachvollziehbar, hat sie ersichtlich die Erwägungen des Senats zu diesem Gesichtspunkt nicht zutreffend erfasst. Diese betreffen die hypothetische Betrachtungsweise der Klägerseite auf Grundlage ihrer eigenen Argumentation unter weiterer Berücksichtigung der Angaben des Zeugen Dr. ... Dieser hat in seiner Vernehmung anschaulich dargestellt, dass sich das klägerische Unternehmen nach der durchgeführten Außenprüfung des FA im Jahr 2006 plötzlich einem erheblichen „Kostenblock“ in Höhe von etwa 200.000 EUR ausgesetzt gesehen habe.

Diese Kosten wären jedoch infolge des Umstands, dass es dem klägerischen Unternehmen ohnehin nicht möglich gewesen wäre, die höhere Mehrwertsteuerlast an die Krankenkassen als Kostenträger weiterzureichen, als solche auch bei richtiger steuerrechtlicher Beratung angefallen unabhängig von der Frage der eingesetzten Fahrzeuge. Diesen „klassischen“ Schaden bei umsatzsteuerrechtlicher Falschberatung machen die Kläger dementsprechend auch nicht geltend.

Maßgeblich für die hier vorzunehmende hypothetische Betrachtung ist damit allein die Frage, ob die Kläger sich auf Grundlage zutreffender Beratung bereits von Beginn an für die Verringerung der Kostenseite durch Anschaffung des Fahrzeugtyps Caddy entschieden hätten. Dass hiervon aber deshalb jedenfalls so lange nicht ausgegangen werden kann, wie sich die Kosten für die Fahrzeuge vom Typ „Sharan“ aus Sicht des Unternehmens – so der Zeuge Dr. ... – noch als tragbar darstellten, weil andere, nicht betriebswirtschaftliche Erwägungen (Komfort) entgegenstanden, hat der Senat bereits wiederholt dargelegt.

Nach den von Klägerseite unwidersprochenen Angaben des Zeugen war es letztlich aber der Umstand, dass diese nicht sukzessive, sondern infolge der Betriebsprüfung plötzlich „en bloc“ wirtschaftlich zu bewältigen waren, der (erst) dazu führte, dass die Kosten nun nicht mehr tragbar waren, und der Veranlassung dafür war, von der von Beginn an bestehenden Möglichkeit der Entlastung auf der Kostenseite nunmehr unter Verzicht auf den höheren Komfort erstmals Gebrauch zu machen.

Damit wird aber nicht die Kausalität zwischen dem dem Beklagten vorgeworfenen Beratungsfehler und den höheren Betriebskosten durch die Sharan-Fahrzeuge dargetan und bestätigt, sondern allein zwischen dem behaupteten Beratungsfehler und dem Umstand, dass Kosten, die bei hypothetischer Betrachtung auch unabhängig von der möglichen Falschberatung entstanden wären, nicht „peu à peu“ und damit wirtschaftlich für das klägerische Unternehmen verkraftbar angefallen sind, sondern plötzlich als großer „Block“ auf einmal und unerwartet zu finanzieren waren. Etwaige,

sich hieraus ergebende (Finanzierungs-)Schäden machen die Kläger aber ebenfalls vorliegend gerade nicht geltend.

Diese gesamte Frage kann letztlich aber auch dahinstehen, da sich bereits aus der entsprechenden Formulierung im Hinweisbeschluss des Senats („im Übrigen“) ergibt, dass es sich insoweit lediglich um eine zusätzliche, die Entscheidung des Senats letztlich nicht tragende Erwägung handelt. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Atypischer Kalkulationsschaden
- Betriebswirtschaftliche Kalkulation
(OLG Koblenz, Beschl. v. 11.9.2013 – 2 U 844/12)

Leitsatz:

In Fällen der Inanspruchnahme eines Steuerberaters auf Schadenersatz wegen eines sog. „atypischen Kalkulationsschadens“ obliegt dem Mandanten die Offenlegung einer konkreten betriebswirtschaftlichen Kalkulation, die die tatsächlichen Anschaffungen bzw. tatsächlich getätigten Ausgaben berücksichtigt. ■

Aus den Gründen: (...)

I. Die Kläger nehmen den Beklagten auf Schadenersatz wegen behaupteter fehlerhafter Steuerberatung von zuletzt bezüglich der Klägerin zu 4) in Höhe von 139.853 EUR sowie auf Feststellung der Ersatzpflicht für die Steuerjahre 2009 und 2010, bezüglich der Klägerin zu 2) in Höhe von 15.673 EUR sowie bezüglich des Klägers zu 3) in Höhe von 12.673 EUR jeweils zuzüglich Nebenforderungen in Anspruch.

Zu Grunde liegt die steuerliche Beratung des nach Umwandlung der vormaligen Klägerin zu 1) als GbR nunmehr von der Klägerin zu 4) als GmbH betriebenen Transportunternehmens mit den Klägern zu 2) und 3) als dessen Gesellschaftern. Das Unternehmen hat hauptsächlich den Transport von Patienten des Nierenzentrums ... zum Gegenstand, dessen leitender Oberarzt der Ehemann der Klägerin zu 2) ist. Zudem verfügt das Unternehmen über eine Taxi-Lizenz.

Mit Schreiben vom 9.5.2000 teilte die ... (C) GmbH Treuhandgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, deren Geschäftsführer der Beklagte war, der vormaligen Klägerin zu 1) mit, bei Patientenbeförderung innerhalb einer Gemeinde bzw. einer Beförderungsstrecke von weniger als 50 km betrage der Umsatzsteuersatz nicht, wie bis dahin von der Klägerin zu 1) in Rechnung gestellt, 16 %, sondern lediglich 7 %.

In der Folgezeit berechnete die Klägerin zu 1) den ermäßigten Steuersatz, bis es im Jahr 2006 zu einer Außenprüfung des FA ... kam. Diese kam zu dem Ergebnis, dass insoweit eine Steuerverkürzung vorliege und der ermäßigte Steuersatz entgegen der von der Steuerberatungsgesellschaft erteilten

Auskunft nicht anzuwenden sei. Infolgedessen mussten entsprechende Steuernachzahlungen geleistet werden, wobei für 2009 und 2010 noch keine geänderten Umsatzsteuerbescheide ergangen sind.

Die Kläger haben erstinstanzlich geltend gemacht, der Gesellschaft wie auch ihnen als Gesellschaftern sei durch die Falschberatung ein Schaden entstanden. Hierfür habe der Beklagte einzustehen, da er alle steuerlichen Belange der früheren GbR und der jetzigen GmbH betreut habe. Bei Kenntnis der tatsächlichen höheren Steuerschuld hätte das Unternehmen die Betriebskosten reduziert, indem es statt der teureren Fahrzeuge vom Typ VW Sharan günstigere Fahrzeuge vom Typ VW Caddy angeschafft und eingesetzt hätte.

Dabei machen die Kläger nach eigenen Angaben insoweit einen atypischen Kalkulationsschaden geltend. Dies vor dem Hintergrund, dass nach ihrem Vortrag bei den Krankentransporten von den Krankenkassen lediglich Pauschalbeträge erstattet werden, ungeachtet der Höhe des Mehrwertsteuersatzes.

Der Beklagte hat Klageabweisung beantragt und vorgebracht, es fehle bereits an einer Pflichtverletzung. Er selbst habe die steuerliche Beratung erst ab dem 1.7.2006 übernommen. Es liege auch kein Dauermandat vor. Ein konkreter Prüfungsauftrag hinsichtlich der Höhe des gewählten Umsatzsteuersatzes sei nicht erteilt worden. Im Übrigen fehle es auch an der Kausalität zwischen der behaupteten Pflichtverletzung und dem behaupteten Schaden. Hinsichtlich des behaupteten Kalkulationsschadens fehle es zudem an einer substantiierten Darlegung. (...)

Nach Klagerücknahme seitens der Klägerin zu 1) hat das LG die Klage im Übrigen durch das angegriffene Urteil abgewiesen.

Es hat zur Begründung ausgeführt, dass es bereits zweifelhaft sei, ob überhaupt eine Pflichtverletzung des Beklagten vorliege.

Dies könne aber dahinstehen. Selbst bei Unterstellung einer entsprechenden Prüfungs- und Beratungspflicht des Beklagten fehle nämlich der Beweis dafür, dass die fehlende Aufklärung über den tatsächlich in Ansatz zu bringenden Umsatzsteuersatz zu dem von den Klägern geltend gemachten Schaden geführt habe.

Insoweit fehle es bereits an einer schlüssigen Darlegung des Schadens. Die Kläger hätten keine betriebswirtschaftliche Kalkulation dargelegt, die der Anschaffung der Fahrzeuge vom Typ Sharan zugrunde gelegen habe. Nach Angaben des Zeugen Dr. ..., des Ehemanns der Klägerin zu 2), habe bei der Fahrzeugwahl vielmehr der Komfort für die Patienten im Vordergrund gestanden. Ausschlaggebend sei insoweit gewesen, ein vernünftiges und kostenmäßig tragbares Fahrzeug auszuwählen. Dies sei nach Angaben des Zeugen mit dem VW Sharan der Fall gewesen. Dies lässt nach Auffassung der Kammer erkennen, dass der Auswahl des Fahrzeugtyps keine konkrete betriebswirtschaftliche Kalkulation zu

Grunde gelegen hat, insbesondere auch nicht unter Einbeziehung steuerlicher Fragen. (...)

Gegen die Abweisung der Klage wenden sich die Kläger zu 2)–4) mit ihrer form- und fristgerecht eingelegten Berufung, mit der sie ihre erstinstanzlich zuletzt gestellten Anträge vollumfänglich weiter verfolgen. Dazu nehmen sie Bezug auf ihr gesamtes erstinstanzliches Vorbringen nebst dortigem Beweisanerbieten.

Zunächst halten sie weiterhin an ihrer Auffassung fest, dass mit der falschen Auskunft über den Mehrwertsteuersatz eine Pflichtverletzung des Beklagten vorliege, dem ein umfassendes Beratungsmandat übertragen gewesen sei. Allein der Umstand, dass das Mandat in unterschiedlicher Rechtsträgerschaft betreut worden sei, könne sich nicht zulasten der Kläger auswirken. Auch sei es nicht entscheidend, dass die betreffende Auskunft nicht durch ihn selbst erteilt worden sei. In jedem Fall aber sei er im Rahmen der von ihm seit dem 1.1.2006 erstellten Umsatzsteuervoranmeldungen und Jahresumsatzsteuererklärungen gehalten gewesen, wegen des nur ermäßigt in Ansatz gebrachten Umsatzsteuersatzes in den Rechnungen nachzufragen.

Nach Auffassung der Berufung war die Pflichtverletzung des Beklagten auch ursächlich für den eingetretenen Schaden. Dies folge bereits aus dem Umstand, dass die erhöhte Umsatzsteuerbelastung Ursache für die unternehmerische Entscheidung gewesen sei, nunmehr Fahrzeuge vom Typ Caddy anzuschaffen. Dies werde auch durch den Jahresabschluss 2006 untermauert. Dieser habe, entsprechend der unternehmerischen Zielsetzung, einen leichten Gewinn ausgewiesen, entsprechend einer Umsatzrendite von 5,29%. Unter Berücksichtigung der erhöhten Umsatzsteuerlast hätte die Umsatzrendite lediglich bei 1,5% gelegen. Wenngleich die Gewinnerzielungsabsicht der Kläger nur dahin gegangen sei, einen „leichten“ Gewinn zu erzielen, müssten sie jedenfalls schon aus Gründen kaufmännischer Vernunft zumindest bestrebt sein, eine angemessene Umsatzrendite zu erzielen. Dies sei bei einer Marge von 5–6% der Fall.

Das LG beanstandete auch zu Unrecht, dass die Kläger keine betriebswirtschaftliche Kalkulation für die Fahrzeuganschaffung vorgelegt hätten. Insoweit habe der Ehemann der Klägerin zu 2) als Zeuge bekundet, dass man nach einer Testphase ein Fahrzeug angeschafft habe, das vernünftig und kostenmäßig tragbar gewesen sei. Dass diese unternehmerische Entscheidung betriebswirtschaftlich jedenfalls auf Grundlage der im Jahr 2000 erteilten umsatzsteuerrechtlichen Beratung zutreffend gewesen sei, ergebe sich aus den Jahresabschlüssen, die tatsächlich den angestrebten leichten Gewinn auswiesen. Dass die Kläger bei Kenntnis des Umsatzsteuersatzes von 16% von Anfang an ausschließlich Fahrzeuge des Typs Caddy angeschafft hätten, ergebe sich bereits daraus, dass die Klägerin zu 4) nach Bekanntwerden der umsatzsteuerlichen Gegebenheiten nur noch derartige Fahrzeuge angeschafft habe. Der Wechsel des Fahrzeugtyps sei die einzige Möglichkeit gewesen, Kosten zu senken. Es sei wirklichkeitsfremd, wenn das LG davon ausgehe, die Kläger hätten durch ihren Taxibetrieb mehr Einnahmen erzielen

können, da sich Umsatzerlöse nicht nach Belieben generieren ließen.

Der Beklagte ist dem insgesamt unter Aufrechterhaltung seines erstinstanzlichen Rechts- und Tatsachenstandpunkts entgegengetreten und trägt auf Zurückweisung der Berufung an. (...)

II. Der Senat beabsichtigt nach Beratung, die Berufung der Kläger gemäß § 522 Abs. 2 ZPO zurückzuweisen. Der Senat ist nach eingehender Prüfung der Sach- und Rechtslage einstimmig davon überzeugt, dass die Berufung offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg bietet, der Rechtssache keine grundsätzliche Bedeutung zukommt und eine mündliche Verhandlung nicht geboten ist.

Das LG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Dabei kann es, was das LG im Ergebnis ebenfalls zutreffend gesehen hat, letztlich dahinstehen, ob hier im Hinblick auf eine dem Beklagten zuzurechnende Pflichtverletzung aus dem Steuerberatungsmandat dem Grunde nach ein Schadenersatzanspruch der Kläger in Betracht kommen könnte.

Den Klägern ist es nämlich nicht gelungen, schlüssig darzutun und zu beweisen, dass die behauptete Falschberatung ursächlich zu dem behaupteten Schaden geführt hat. Mit dem LG ist auch der Senat der Überzeugung, dass maßgeblich für die Auswahl des anzuschaffenden Fahrzeugtyps ursprünglich **keine konkrete betriebswirtschaftliche Kalkulation** war, sondern vielmehr andere, auch vom Zeugen Dr. ... in seiner Vernehmung angegebene Gründe.

Bereits in der Klageschrift haben die Kläger selbst ausführen lassen, dass bei der Fahrzeuganschaffung großer Wert darauf gelegt worden sei, dass solche Fahrzeuge angeschafft werden, die in Ansehung der Krankheit der Patienten einen angenehmen Transport garantierten. Dass dies bei Fahrzeugen des Typs Caddy – anders als beim Typ Sharan – allenfalls eingeschränkt der Fall ist, hat der Zeuge Dr. ... in seiner Vernehmung entsprechend bestätigt. Ihm wäre es grundsätzlich lieber gewesen, die Patienten (auch weiterhin) in qualitativ hochwertigeren Fahrzeugen transportieren zu können.

Der Zeuge hat weiter bekundet, dass es zu der Anschaffung des Fahrzeugs VW Sharan deshalb gekommen sei, weil man ein vernünftiges und kostenmäßig auch tragbares Fahrzeug habe anschaffen müssen. Es habe auch ein Angebot einer Niederlassung in der unmittelbaren Nähe des Dialysezentrums gegeben. Letztlich sei man dann bei diesem Wagen geblieben, weil er im Hinblick auf den Verbrauch und von den Kosten her so darstellbar gewesen sei, dass dieser Fahrzeugtyp eigentlich auch gar nicht mehr zur Diskussion gestanden habe. Es habe (bis zur Betriebsprüfung) keinen Druck gegeben, hinsichtlich des Fahrzeugtyps oder der Marke etwas zu ändern.

Angesichts dessen begegnet die Beurteilung des LG keinen Bedenken, wonach maßgeblich für die Entscheidung für den Sharan jedenfalls keine konkrete betriebswirtschaftliche Kalkulation war.

Soweit die Kläger nunmehr in der Berufung erstmals vorbringen, unter kaufmännischen Aspekten sei jedenfalls eine Umsatzrendite in einer Größenordnung von 5–6% angestrebt gewesen, ist dieses bestrittene Vorbringen zum einen neu und prozessual grundsätzlich nicht mehr berücksichtigungsfähig, § 531 Abs. 2 ZPO. Ungeachtet der Frage der Verspätung setzt sich die Klägerseite damit aber auch in Widerspruch zu ihrem erstinstanzlichen Vortrag. Maßgeblich für die Aufnahme und den Betrieb des klägerischen Unternehmens war danach nämlich, die unbefriedigende Situation vor Ort im Hinblick auf den Patiententransport von und zum Dialysezentrum zu verbessern und hierdurch eine Renommée-steigerung des Dialysezentrums zu erreichen. Das Unternehmen habe damit das ausschließliche Ziel logistischer Unterstützungsprozesse für das Dialysezentrum gehabt, dies unter der Vorgabe einer optimalen Patiententransportversorgung und unter der weiteren Vorgabe, dass keine Defizite entstehen (wie vor).

Selbst unter Berücksichtigung der weiteren Vorgabe, dass möglichst noch ein „kleiner“ Gewinn erwirtschaftet werden sollte, wurde dies nach dem eigenen klägerischen Vortrag sowohl unter Berücksichtigung der sich bei Ansatz des ermäßigten Steuersatzes ergebenden Kosten, als auch bei Berücksichtigung des Regelumsatzsteuersatzes erreicht. Auch nach dem eigenen klägerischen Vortrag ergibt sich etwa für 2006 weiterhin ein „kleiner“ Gewinn auch bei Berücksichtigung des Umsatzsteuersatzes von 16%; die eigenen internen Vorgaben werden somit auch unter der neuen steuerlichen Situation weiterhin eingehalten.

Daraus folgt jedoch, dass selbst dann, wenn man den klägerischen Vortrag insoweit zugrunde legt, wonach das klägerische Unternehmen nach Kenntnis der tatsächlichen Steuerlast den Fuhrpark auf Caddy-Fahrzeuge umgestellt hat, dies letztlich die **allgemeine unternehmerische Entscheidung** darstellt, von einer Möglichkeit zur Senkung der Betriebskosten nunmehr Gebrauch zu machen. **Die Möglichkeit, die Kosten entsprechend zu senken, bestand als solche unstreitig aber bereits durchgängig auch zuvor und unabhängig von der behaupteten Falschberatung**, wurde aber von Klägerseite nicht genutzt, weil eine wesentliche, konkret definierte Gewinnerzielungsabsicht jedenfalls bis dato nicht bestand.

Im Übrigen erweist sich die eigene hypothetische Betrachtungsweise der Klägerseite als in sich nicht tragfähig. Sie beruft sich nämlich – insoweit auch bestätigt durch die Angaben des Zeugen Dr. ... in seiner Vernehmung – darauf, dass sich das klägerische Unternehmen nach der durchgeführten Außenprüfung im Jahr 2006 plötzlich einem erheblichen „Kostenblock“ i.H.v. etwa 200.000 EUR ausgesetzt gesehen habe. Dieser sei letztlich der Grund für die Suche nach Einsparpotential gewesen.

Im klägerischen Unternehmen sind nach Angaben des Zeugen die Fahrzeuge aber grundsätzlich sukzessive in einer Größenordnung von etwa 3 Fahrzeugen pro Jahr ausgetauscht worden (wie vor). Damit wäre es aber nach der eigenen Argumentation der Klägerseite unter weiterer Berücksichtigung ihres erstinstanzlichen Vorbringens sowie der

Angaben des Zeugen Dr. ... bei von Anfang an zutreffender Information hinsichtlich der Umsatzsteuer mutmaßlich überhaupt nicht zum Auflaufen dieses „Kostenblocks“ gekommen. Es wäre vielmehr von Beginn an deutlich gewesen, dass der „kleine“ Gewinn geringer ausgefallen, aber gleichwohl noch erzielt worden wäre. Entsprechende Gewinnentnahmen wären ebenfalls mutmaßlich geringer ausgefallen. Damit hätte sich dann aber – auch bei korrekter Beratung der Beklagtenseite – kein derart gravierender, auf einmal wirksam werdender, wirtschaftlicher Druck ergeben, von den eigentlich favorisierten und komfortableren Fahrzeugen vom Typ Sharan, die dem Unternehmenszweck eher entsprachen, auf das einfachere Modell Caddy umzusteigen. Mithin wäre es unter hypothetischer Betrachtung auch bei korrekter Beratung gerade nicht zu der nunmehr erst nachträglich im Hinblick auf den „Kostenblock“ getroffenen unternehmerischen Entscheidung zur Umstellung des Fuhrparks gekommen. **Die fehlerhafte Beratung hätte sich damit allein dahingehend ausgewirkt, dass bei im Übrigen gleichen unternehmerischen Parametern dieselben Kosten nicht sukzessive, sondern als „Block“ entstanden sind.**

Dabei ist an dieser Stelle erneut daran zu erinnern, dass sich die Klägerseite hier im Hinblick auf den **festen Erstattungs-betrag seitens der Krankenkassen** daran gehindert sieht, den „klassischen“ Schaden in Fällen der Falschberatung im Bereich der Umsatzsteuer geltend zu machen, der darin liegt, dass die nicht in Rechnung gestellte Umsatzsteuer von den Endkunden nicht mehr erlangt werden kann, der Unternehmer gleichwohl die Steuer nachträglich en bloc nachentrichten muss. Die Kausalität für den von ihr stattdessen behaupteten „**atypischen Kalkulationsschaden**“ vermag sie aber auf Grundlage ihres eigenen Vorbringens aus den vorgenannten Erwägungen letztlich nicht schlüssig darzutun.

Da die Berufung aus den aufgezeigten Gründen offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg hat, legt das Gericht aus Kostengründen die Rücknahme des Rechtsmittels nahe. (...) ■

Haftung des Treuhandkommanditisten

- Gründungsgesellschafter
 - Halten eigener Anteile
 - Einfluss auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages
 - Entgegennahme einer Vergütung
- (LG Berlin, Urt. v. 29.7.2016 – 31 O 100/16)

Leitsätze:

1. Hält der nach Gründung der Fondsgesellschaft beigetretene Treuhandkommanditist keine Anteile auf eigene Rechnung, ist eine Haftung „wie ein Gründungsgesellschafter“ jedenfalls dann nicht gerechtfertigt, wenn sich seine Aufgabe auf das Halten der Gesellschaftsanteile der Treugeber beschränkt und er keinen Einfluss auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages und die Konzeption des Investitionsvorhabens hatte.

2. Der Umstand, dass der Treuhandkommanditist für seine Tätigkeit eine Vergütung erhält, ist für sich genommen kein hinreichender Grund, um eine Haftung des Treuhandkommanditisten „wie ein Gründungsgesellschafter“ zu statuieren. ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger (im Folgenden: „Klagepartei“) nimmt die Beklagte wegen einer Beteiligung an der E. P. M. GmbH & Co. KG IV (im Folgenden: „Fondsgesellschaft“) auf Schadensersatz in Anspruch.

Geschäftszweck der Fondsgesellschaft waren Filmgeschäfte, insbesondere die Entwicklung, Finanzierung, Herstellung, Vermarktung und Verwertung von Filmwerken. Gründungsgesellschafter der Fondsgesellschaft waren nach § 4 Ziff. 1. und Ziff. 2. ihres Gesellschaftsvertrages die E. P. M. GmbH als Komplementärin und die E. P. AG als Gründungskommanditistin. § 4 Ziff. 3. und Ziff. 4. des Gesellschaftsvertrages bestimmen, dass sich die – zum damaligen Zeitpunkt noch unter T. firmierende – Beklagte als weitere Kommanditistin an der Fondsgesellschaft beteiligen kann und dass die Beteiligung der Anleger an der Fondsgesellschaft sowohl unmittelbar (als „Direktkommanditisten“) als auch mittelbar (als „Treugeber“) möglich ist.

Wie vorgesehen, übernahm die Beklagte die Funktion der Treuhandkommanditistin und der Mittelverwendungskontrolleurin der Fondsgesellschaft. Sie wurde am 2.11.2005 als Kommanditistin der Fondsgesellschaft mit einer Haftsumme in Höhe von 8 Mio. EUR in das Handelsregister eingetragen.

In § 13 des im Beteiligungsprospekt abgedruckten Treuhandvertrages heißt es unter anderem:

„1. Die Treuhänderin [die Beklagte] hat ihre Pflichten mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nach pflichtgemäßem Ermessen zu erfüllen. Sie haftet dem Treugeber nur für grob fahrlässige oder vorsätzliche Verletzung der ihr obliegenden Verpflichtungen, im Falle einer Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit nur für fahrlässige und vorsätzliche Handlungen.

2. Die Treuhänderin haftet nicht für das Ausbleiben prognostizierter bzw. vom Treugeber erwarteter Erträge der Gesellschaft oder für das Ausbleiben steuerlicher oder sonstiger Effekte. Ebenso wenig übernimmt sie eine Haftung für die Bonität der Vertragsparteien der Gesellschaft oder eine ordnungsgemäße Vertragserfüllung derselben. Die Treuhänderin hat das Beteiligungsangebot und insbesondere den Prospekt nicht überprüft und sich bei der Entwicklung der Fondsstruktur nicht beteiligt. Die Anlageberatung oder die Information über die Vor- und Nachteile einer Beteiligung an der Gesellschaft ist nicht vertragliche Pflicht der Treuhänderin. [...]“

Die Konzeption der Beteiligung der Treugeber an der Fondsgesellschaft sah vor, dass die Hälfte des von dem jeweiligen

Treugeber gezeichneten Beteiligungsbetrages durch die E. P. A. GmbH (im Folgenden: „Kapitalgeberin“) fremdfinanziert und von dieser an die Fondsgesellschaft gezahlt wird. Zu diesem Zweck sollten die Treugeber den „Begebungs- und Rahmenvertrag“ abschließen und die Inhaberschuldverschreibung unterzeichnen.

Die Klagepartei beteiligte sich auf Empfehlung eines für die F. GmbH handelnden Herrn P. mit Beitrittserklärung vom 10.11.2005 als Treugeberin mit einem Beteiligungsbetrag von 50.000 EUR zzgl. 3% Agio (insgesamt: 51.500 EUR) an der Fondsgesellschaft. In der Beitrittserklärung heißt es unter anderem:

„Meine Beteiligung erfolgt auf Grund und unter Anerkennung des im Beteiligungsprospekt [...] abgedruckten Gesellschaftsvertrages, des Treuhandvertrages und des Inhalts des Beteiligungsprospektes nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen dieses Zeichnungsscheins.“

Zum Zwecke der teilweisen Fremdfinanzierung ihrer Beteiligung unterzeichnete die Klagepartei den „Begebungs- und Rahmenvertrag“ und eine Inhaberschuldverschreibung über einen Nennbetrag von 26.500 EUR.

Aufgrund ihrer Beteiligung zahlte die Klagepartei 25.000 EUR an die Fondsgesellschaft. Weiter leistete die Klagepartei eine „Liquiditätsreserve“ in Höhe von 2.250 EUR und kaufte die Inhaberschuldverschreibung für einen Betrag von 3.718,29 EUR zurück. Ferner zahlte die Klagepartei an die Finanzverwaltung wegen nicht anerkannter Steuervorteile im Zusammenhang mit der Beteiligung Verzugszinsen in Höhe von 6.597 EUR. Die Klagepartei kündigte die Beteiligung zum 31.12.2014 und glich ihr negatives Auseinandersetzungsguthaben in Höhe von 8.793,50 EUR aus.

Die Klagepartei behauptet, Herr P. bzw. die F. GmbH habe sie nicht über die Risiken der Beteiligung aufgeklärt. Herr P. habe geäußert, dass das Fondskonzept aufgrund der hohen Mindestlösabsicherung in Höhe von 80% der Produktionskosten, der hervorragenden und sicheren Rendite von mindestens 6 bis 8% und der kurzen Laufzeit sehr zu empfehlen sei. Es handele sich um eine sichere und praktisch risikolose Kapitalanlage, für die ein ausgeklügeltes Sicherheitskonzept kennzeichnend sei.

Die Klagepartei behauptet weiter, die Beklagte habe sich nicht nur fremdnützig, sondern auch auf eigene Rechnung als Kommanditistin an der Fondsgesellschaft beteiligt. Ferner sei durch die Installierung der von der Beklagten wahrzunehmenden Mittelverwendungskontrolle nicht sichergestellt gewesen, dass die Fondsgesellschaft lediglich nach Prüfung und Zustimmung des Mittelverwendungskontrolleurs über Anlegergelder verfügen konnte; dies ergebe sich daraus, dass bei einem Vorgängerfonds die – gleichfalls von der Beklagten ausgeübte – Mittelverwendungskontrolle bezüglich des Projektes „Elvis has left the building“ nicht funktioniert habe.

(...) ■

Aus den Gründen:

I. Die – auch im Hinblick auf die Feststellungsanträge (vgl. § 256 Abs. 1 ZPO) – zulässige Klage ist unbegründet.

1. Die Beklagte ist der Klagepartei gegenüber nicht aufgrund ihrer Stellung als Vertragspartnerin des Treuhandvertrages gemäß §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB zum Schadenersatz verpflichtet.

a) Allerdings gehört es zu den Aufgaben und Pflichten eines **Treuhandkommanditisten**, die Interessen der Treugeber (Anleger) sachverständig wahrzunehmen und alles Erforderliche zu tun, um deren Beteiligung und ihren wirtschaftlichen Wert zu erhalten und zu mehren. Der Treuhandkommanditist muss alles unterlassen, was die Werthaltigkeit der Anlage gefährden könnte. **Er ist deshalb grundsätzlich gehalten, sich Kenntnisse über die rechtlichen und wirtschaftlichen, insbesondere finanziellen Grundlagen der Fondsgesellschaft zu verschaffen. Nur mit diesen Kenntnissen ist er in der Lage, seine Treuhänderpflichten zu erfüllen, vor allem die für die Anleger besonderes wichtigen Mitwirkungs-, Kontroll- und Überwachungsrechte auszuüben** (vgl. BGH, Urt. v. 24.5.1982 – II ZR 124/81, Rdnr. 11 – zitiert nach juris).

Aufgrund dieser **Kenntnisverschaffungspflicht** – deren konkreter Umfang sich nach den Umständen des Einzelfalls, insbesondere der durch den Treuhänder für sich in Anspruch genommenen Kompetenz richtet (vgl. BGH, Urt. v. 10.02.2015 – VI ZR 569/13, Rdnr. 21 f. – zitiert nach juris) – bestehen bei einer mittelbaren Beteiligung an einer Fondsgesellschaft auch vorvertragliche Aufklärungspflichten des Treuhandkommanditisten gegenüber den (künftigen) Treugebern. Gemäß **§§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB** ist der Treuhandkommanditist **vor Abschluss des Treuhandvertrages** verpflichtet, die (künftigen) Treugeber über alle ihm bekannten und gegebenenfalls auch bloß erkennbaren Umstände aufzuklären, die für die Beteiligung von wesentlicher Bedeutung sind. Insbesondere muss der Treuhandkommanditist die (künftigen) Treugeber über ihm bekannte **regelwidrige Auffälligkeiten** informieren (vgl. BGH, Beschl. v. 26.11.2015 – III ZR 78/15, Rdnr. 16 – zitiert nach juris; Urt. v. 15.7.2010 – III ZR 322/08, Rdnr. 9 – zitiert nach juris).

b) Es kann nicht festgestellt werden, dass die Beklagte die sie nach diesen Maßgaben gegenüber der Klagepartei treffende Aufklärungspflicht verletzt hat. Daher kann offen bleiben, ob eine Haftung der Beklagten aufgrund des in § 13 Abs. 1 und Abs. 2 des Treuhandvertrages geregelten Haftungsausschlusses und der dort enthaltenen tatsächlichen Mitteilung, dass die Beklagte das Beteiligungsangebot und insbesondere den Prospekt nicht überprüft habe, von vornherein ausgeschlossen ist (vgl. zur Unwirksamkeit vergleichbarer Klauseln BGH, Urt. v. 9.7.2013 – II ZR 9/12, Rdnr. 40 ff. – zitiert nach juris; v. 22.9.2015 – II ZR 340/14, Rdnr. 23 ff. – zitiert nach juris).

aa) Nach der Erklärung der Klagepartei im Zeichnungsschein hat sie ihr Angebot auf Abschluss des Treuhandvertrages mit der Beklagten auf Grundlage des Inhalts des Beteiligungsprospektes abgegeben. Die Beklagte, die vor Abschluss des Treuhandvertrages keinen persönlichen Kontakt zu der

Klagepartei hatte und der das Verhalten des Vermittlers P. bzw. der F. GmbH nicht gemäß § 278 BGB zuzurechnen ist (hierzu nachfolgend unter bb)), konnte und durfte daher davon ausgehen, dass die Klagepartei den Inhalt des Beteiligungsprospektes vor Unterzeichnung der Beitrittserklärung zur Kenntnis genommen hatte. Da die Klagepartei nicht aufgezeigt hat, dass der Beteiligungsprospekt fehlerhaft ist und (damit) zur Erfüllung der Aufklärungspflicht der Beklagten unzureichend war, war die Beklagte nicht gehalten, die Klagepartei weitergehend über die Chancen und Risiken der Beteiligung aufzuklären.

(1) Nach den für Fälle der **Prospekthaftung** geltenden Grundsätzen hat ein Beteiligungsprospekt die Anleger über alle Umstände, die für ihre Beteiligungsentscheidung von wesentlicher Bedeutung sind, sachlich richtig und vollständig zu unterrichten. Dazu gehört insbesondere eine Aufklärung über Umstände, die den Vertragszweck vereiteln oder die von den Anlegern verfolgten Zwecke gefährden können. Für die Beurteilung, ob ein Prospekt unrichtig oder unvollständig ist, ist auf das Gesamtbild abzustellen, das er den Anlegern unter Berücksichtigung der von ihnen zu fordernden sorgfältigen und eingehenden Lektüre vermittelt (vgl. BGH, Urt. v. 24.4.2014 – III ZR 389/12, Rdnr. 12 – zitiert nach juris).

(2) Die Klagepartei hat nicht aufgezeigt, dass der vorgelegte Beteiligungsprospekt diesen Anforderungen nicht genügt. Im Einzelnen: (...)

bb) Eine Haftung der Beklagten aus dem vorvertraglichen Schuldverhältnis des Treuhandvertrages für eine fehlerhafte Aufklärung durch den für die F. GmbH handelnden **Vermittler P.** besteht nicht. Die Beklagte muss sich das Verhalten des Herrn P. bzw. der F. GmbH nicht gemäß **§ 278 BGB** zurechnen lassen.

(1) Gemäß § 278 BGB haftet derjenige, der sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten einer anderen Person bedient, für deren Pflichtverletzungen wie für eigenes Verschulden. Erfüllungsgehilfe ist, wer nach den tatsächlichen Verhältnissen des gegebenen Falles mit dem Willen des Schuldners bei der Erfüllung der diesem obliegenden Verbindlichkeit als seine Hilfsperson tätig wird (vgl. BGH, Urt. v. 25.10.2006 – VIII ZR 102/06, Rdnr. 22 – zitiert nach juris).

(2) Weder die F. GmbH noch Herr P. waren Erfüllungsgehilfen der Beklagten. Ausweislich des Beteiligungsprospektes hat die Fondsgesellschaft die E. P. V. GmbH mit der Vermittlung der Beteiligungen an der Fondsgesellschaft beauftragt. Die E. P. V. GmbH bzw. die von dieser beauftragten Untervermittler handelten bei der Vermittlung der Beteiligungen daher für die Fondsgesellschaft und waren hierbei zugleich im Pflichtenkreis der Gründungsgesellschafter bei der Erfüllung der diesen gegenüber den Anlegern als (künftige) Vertragspartner treffenden Aufklärungspflichten tätig (vgl. hierzu nachfolgend unter 2. a)).

Dass darüber hinaus die Beklagte als Treuhandkommanditistin die E. P. V. GmbH bzw. die Untervermittler beauftragt hat und diese in ihrem Pflichtenkreis tätig waren, hat

die Klagepartei nicht dargelegt, und dies ergibt sich auch nicht aus den Umständen. **Für eine solche Beauftragung bestand für die Beklagte als Treuhandkommanditistin kein Anlass, da die Vermittler bereits durch die Gründungsgesellschafter bzw. die Fondsgesellschaft beauftragt waren, neue Anleger zu gewinnen und diese im Rahmen der Vermittlung der Beteiligungen über die wesentlichen Umstände der Beteiligung aufzuklären.**

2. Die Beklagte ist der Klagepartei gegenüber nicht gemäß §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB aufgrund ihrer Stellung als Gesellschafterin der Fondsgesellschaft nach den Grundsätzen der Prospekthaftung im weiteren Sinne zum Schadenersatz verpflichtet. Sie haftet **nicht „wie ein Gründungsgesellschafter“** für Prospektfehler und für Aufklärungspflichtverletzungen der in den Vertrieb eingeschalteten Vermittler.

a) Die **Prospekthaftung im weiteren Sinne** ist ein Anwendungsfall der Haftung für Verschulden bei Vertragsschluss nach §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB. Nach ihr obliegen demjenigen, der selbst oder durch einen Verhandlungsgehilfen einen Vertragsschluss anbahnt, gewisse **Schutz- und Aufklärungspflichten gegenüber seinem (künftigen) Vertragspartner**, bei deren Verletzung er auf Schadenersatz haftet. Abgesehen von dem Sonderfall des § 311 Abs. 3 BGB trifft die Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluss denjenigen, der den Vertrag im eigenen Namen abschließen will. Bei einem Beitritt zu einer Personengesellschaft sind das grundsätzlich die schon beigetretenen Gesellschafter.

Ist die Personengesellschaft eine **Publikumsgesellschaft**, ist eine Haftung wegen Verschuldens bei Vertragsschluss indes insoweit ausgeschlossen, als der Anspruch sich gegen Gesellschafter richten würde, die der Gesellschaft nach ihrer Gründung **rein kapitalistisch beigetreten** sind und **auf die Vertragsgestaltung und die Beitrittsverhandlungen und -abschlüsse erkennbar keinerlei Einfluss** hatten. Ein **Treuhandkommanditist** wiederum, der zwar **nicht Gründungsgesellschafter** ist, aber an der Publikumsgesellschaft nicht nur fremdnützig beteiligt ist, sondern auch **Gesellschaftsanteile auf eigene Rechnung hält, haftet „wie ein Gründungsgesellschafter“**.

Ob und unter welchen Voraussetzungen dies auch für den allein fremdnützig, nicht (auch) auf eigene Rechnung beteiligten und der Fondsgesellschaft erst nach deren Gründung beigetretenen Treuhandkommanditisten gilt, hat der BGH bisher offen gelassen, hierbei jedoch deutlich gemacht, dass der Möglichkeit einer Einflussnahme auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrags wesentliche Bedeutung zuzumessen ist (vgl. zum Ganzen BGH, Urt. v. 9.7.2013 – II ZR 9/12, Rdnr. 26 ff. – zitiert nach juris).

b) Nach diesen Maßgaben ist zwischen der Beklagten und der Klagepartei kein Schuldverhältnis gemäß §§ 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB aufgrund der spätestens am 2.11.2005 wirksam gewordenen Rechtsstellung der Beklagten als Gesellschafterin der Fondsgesellschaft entstanden.

aa) **Hält der nach Gründung der Fondsgesellschaft beigetretene Treuhandkommanditist keine Anteile auf eigene Rechnung, ist eine Haftung „wie ein Gründungsgesellschafter“ jedenfalls dann nicht gerechtfertigt, wenn sich seine Aufgabe auf das Halten der Gesellschaftsanteile der Treugeber beschränkt und er keinen Einfluss auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages und die Konzeption des Investitionsvorhabens hatte.** In diesem Fall müssen ihm in Bezug auf seine Gesellschafterstellung die **Haftungserleichterungen für rein kapitalistisch beteiligte Anleger** zugute kommen, deren Anteile er treuhänderisch hält.

Der Beitritt des als Geschäftsbesorger ausschließlich im Interesse der Anleger tätigen Treuhandkommanditisten zu der Fondsgesellschaft ist allein dem Umstand geschuldet, dass seine formale Stellung als Gesellschafter für die Abwicklung der mittelbaren Beteiligungen der Anleger notwendig ist. Von näheren Kenntnissen des Treuhandkommanditisten von den – nicht aus dem Prospekt hervorgehenden – tatsächlichen Rahmenbedingungen und Hintergründen des geplanten Investitionsvorhabens der Fondsgesellschaft, die einen Wissensvorsprung gegenüber den Anlegern begründen könnten, kann unter diesen Umständen nicht ausgegangen werden.

Damit fehlt es an einem Anknüpfungspunkt für die Annahme einer umfassenden Aufklärungspflicht „wie ein Gründungsgesellschafter“, d.h. für eine Gleichstellung des Treuhandkommanditisten mit einer Person, die die Fondsgesellschaft konzipiert hat und damit über umfassende Kenntnisse hinsichtlich des Investitionsvorhabens verfügt bzw. verfügen muss. **Der Umstand, dass der Treuhandkommanditist für seine Tätigkeit eine Vergütung erhält, ist für sich genommen kein hinreichender Grund, um eine Haftung des Treuhandkommanditisten „wie ein Gründungsgesellschafter“ zu statuieren.** Der Erhalt einer Vergütung ist darauf zurückzuführen, dass der Treuhandkommanditist mit den Treugebern einen entgeltlichen Treuhandvertrag abschließt, und wird in vorvertraglichen Aufklärungspflichten des Treuhandkommanditisten aus dem Treuhandvertrag (vgl. hierzu oben unter 1.) reflektiert.

bb) Die Kammer ist davon überzeugt, dass die Beklagte der Fondsgesellschaft erst nach ihrer Gründung beigetreten ist, keine Anteile auf eigene Rechnung hielt und keinen Einfluss auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages und die Konzeption des Investitionsvorhabens hatte. Nach den schriftlichen Aussagen der Zeugen T. und L. vom 14.4.2016 bzw. 27.4.2016 ist die Beklagte erst am 2.11.2005 Kommanditistin der Fondsgesellschaft geworden und hat zu keinem Zeitpunkt eine eigennützige Kommanditeinlage getätigt. Diese Aussagen haben die Parteien nicht angegriffen.

Ist die Beklagte danach erst nach der Gründung der Fondsgesellschaft Gesellschafterin geworden, kann sie auf die Gestaltung des Gesellschaftsvertrages und damit erst recht auch auf die Konzeption des Investitionsvorhabens keinen Einfluss gehabt haben. Dies ergibt sich – für die Anleger erkennbar – auch aus § 13 Ziff. 2 Satz 3 des im Beteiligungsprospekt abgedruckten Treuhandvertrages, in dem mitgeteilt wird, dass die Beklagte das Beteiligungsangebot und insbe-

sondere den Prospekt nicht überprüft und sich bei der Entwicklung der Fondsstruktur nicht beteiligt hat.

3. Die Beklagte ist der Klagepartei schließlich nicht aufgrund ihrer Rechtsstellung als **Mittelverwendungskontrolleurin** gemäß § 280 Abs. 1 BGB zum Schadenersatz verpflichtet.

a) Zwar kann sich nach der Rechtsprechung des BGH zugunsten der Anleger und Gesellschafter einer Fondsgesellschaft ein Schadenersatzanspruch gegen den für die Gesellschaft tätigen Mittelverwendungskontrolleur ergeben, wenn dieser die ihm aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag obliegenden Pflichten verletzt und der Mittelverwendungskontrollvertrag auch zu Gunsten der Anleger (§ 328 BGB) geschlossen wurde.

Der Mittelverwendungskontrolleur kann insbesondere zur Prüfung verpflichtet sein, ob die Konditionen des Einlagenkontos mit den in dem Mittelverwendungskontrollvertrag bestimmten Anforderungen übereinstimmen. Sieht der Mittelverwendungskontrollvertrag vor, dass die Fondsgesellschaft nur gemeinsam mit dem Mittelverwendungskontrolleur über die Gelder der Gesellschaft verfügen darf, muss dieser sich vergewissern, ob diese Vorgabe tatsächlich eingehalten worden ist. Stellt der Mittelverwendungskontrolleur Abweichungen fest, genügt er seinen Pflichten gegenüber den Beitrittsinteressenten nicht schon dadurch, dass er für eine ordnungsgemäße Mittelverwendungskontrolle in der Zukunft Sorge trägt. Vielmehr ist er gehalten, die Beitrittsinteressenten schon vor deren Beitritt zur Fondsgesellschaft auf eine nicht vertragsgemäße Mittelverwendungskontrolle hinzuweisen (vgl. BGH, Urt. v. 19.11.2009 – III ZR 109/08, Rdnr. 16 ff. – zitiert nach juris).

b) Die Klagepartei hat nicht dargetan, dass die Beklagte gegen diese Pflicht verstoßen hat. Auf die Ausführungen unter I. 1. b) (aa) (2) („Mittelverwendungskontrolle“) wird insofern Bezug genommen. (...) ■

Mittelverwendungskontrolle

- Vertrag zugunsten der Anleger
- Vortrag ins Blaue hinein
- Vorlagepflicht bezüglich Kontoeröffnungsunterlagen (LG Berlin, Urt. v. 21.4.2016 – 31 O 333/15)

Leitsätze:

1. Zugunsten der Anleger und Gesellschafter einer Fondsgesellschaft kann grundsätzlich ein Schadenersatzanspruch gegen den für die Gesellschaft tätigen Mittelverwendungskontrolleur gegeben sein, wenn dieser die ihm aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag obliegenden Pflichten verletzt hat und der Vertrag auch zu Gunsten der Anleger (§ 328 BGB) geschlossen wurde (Anschluss BGH, 19.11.2009 – III ZR 109/08, NZG 2010, 188).

2. Es kann aber dahingestellt bleiben, ob der zwischen der Fondsgesellschaft und einem Anleger geschlossene Mittelverwendungskontrollvertrag Schutzwirkungen zugunsten des Anlegers entfaltet oder gar als echter Vertrag zugunsten des Anlegers zu qualifizieren ist, wenn der Anleger bereits haftungsrelevante Pflichtverletzungen der Fondsgesellschaft nicht in prozessual erheblicher Weise dargetan hat, da er lediglich Behauptungen „aufs Geratewohl“ oder „ins Blaue hinein“ aufgestellt hat.

3. Die darlegungsbelastete Partei ist zwar grundsätzlich nicht gehindert, Tatsachen zu behaupten, über die sie keine genauen Kenntnisse hat, die sie aber nach Lage der Dinge für wahrscheinlich hält. Unzulässig wird ein solches prozessuales Vorgehen aber dort, wo die Partei ohne greifbare Anhaltspunkte für das Vorliegen eines bestimmten Sachverhalts willkürlich Behauptungen „aufs Geratewohl“ oder „ins Blaue hinein“ aufstellt. In diesem Sinne ist ein von Willkür getragener Sachvortrag bei Fehlen jeglicher tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen (Anschluss BGH, 12.5.2015 – VI ZR 119/14, ZAP EN-Nr. 577/2015). ■

Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagte mit der Behauptung auf Schadenersatz in Anspruch, diese habe ihn im Vorfeld seiner Beteiligung an dem Energiefonds „B.E. GmbH & Co. Zweite Beteiligungs KG“ (im Folgenden: Fondsgesellschaft) nicht über Unzulänglichkeiten bei der Mittelverwendungskontrolle der auf dem Eigenkapitalkonto der Fondsgesellschaft eingezahlten Gelder aufgeklärt.

Der Kläger beteiligte sich aufgrund einer entsprechenden Erklärung vom 9.11.2005 mit einem Beteiligungsbetrag in Höhe von 35.000 EUR zzgl. Agio an der Fondsgesellschaft.

Über das Vermögen der Fondsgesellschaft ist mit Beschluss des AG Charlottenburg vom 26.8.2013 das Insolvenzverfahren eröffnet worden.

Die Beklagte war die Mittelverwendungskontrolleurin der Fondsgesellschaft, der die Wahrnehmung von Kontrollaufgaben sowohl in der Investitions- als auch während der Betriebsphase der Fondsgesellschaft oblag. Der Mittelverwendungskontrollvertrag (im Folgenden: MVKV), der Bestandteil des Emissionsprospektes der Fondsgesellschaft vom 26.10.2005 ist, sah zu diesem Zweck vor, dass alle Einzahlungen der Anleger auf das Eigenkapitalkonto der Fondsgesellschaft zu leisten waren und nur die Mittelverwendungskontrolleurin zusammen mit dem Geschäftsführer der Fondsgesellschaft zur Verfügung über dieses Konto berechtigt war (§ 2 Nr. 2 MVKV).

Der Kläger trägt vor, die Beklagte habe die ihr aus dem MVKV obliegenden Pflichten verletzt und sei ihm deshalb zum Schadenersatz verpflichtet. Das Eigenkapitalkonto sei nicht entsprechend den Kriterien des MVKV errichtet wor-

den. Die Beklagte sei zur Prüfung verpflichtet gewesen, ob der Geschäftsführer der Fondsgesellschaft – wie vertraglich bestimmt – nur gemeinsam mit ihr zur Verfügung über das Konto berechtigt gewesen sei. Die Beklagte habe sich verweigern müssen, dass der kontoführenden Bank entsprechende Anweisungen erteilt würden und ein einseitiger Widerruf durch die Fondsgesellschaft ausgeschlossen sei. Diese Prüfung habe sie unterlassen.

Die Beklagte habe zudem die auf dem Eigenkapitalkonto eingezahlten Beiträge der Anleger freigegeben, ohne dass entsprechende Gegenleistungen an die Fondsgesellschaft erbracht worden seien. Es bestünden hinreichende Anhaltspunkte, dass die Beklagte bereits in dem Zeitraum vor dem Beitritt des Klägers zu der Fondsgesellschaft ihren Verpflichtungen aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag nicht nachgekommen sei.

(Anträge: ...) ■

Aus den Gründen:

Die – auch bezüglich des Feststellungsantrags – zulässige Klage ist unbegründet. Dem Kläger steht der auf **§ 280 Abs. 1 BGB** und der **Verletzung (vorvertraglicher) Pflichten aus dem MVKV** gestützte Anspruch auf Schadenersatz gegen die Beklagte nicht zu. Die Beklagte ist daher weder zur Erstattung des Anlagebetrages noch zur Zahlung vorgerichtlicher Rechtsverfolgungskosten noch dazu verpflichtet, den Kläger von etwaigen Verbindlichkeiten freizustellen, die ihm aufgrund seiner Beteiligung an der Fondsgesellschaft entstehen.

1. Nach der Rechtsprechung des BGH kann sich zugunsten der Anleger und Gesellschafter einer Fondsgesellschaft ein Schadenersatzanspruch gegen die für die Gesellschaft tätige Mittelverwendungskontrolleurin ergeben, wenn diese die ihr aus dem MVKV obliegenden Pflichten verletzt und der MVKV auch zu Gunsten der Anleger (§ 328 BGB) geschlossen wurde (BGH v. 19.11.2009 – III ZR 109/08, NZG 2010, 188, 189).

Aus einem MVKV kann die Mittelverwendungskontrolleurin insbesondere – auch den Anlegern gegenüber – zur Prüfung verpflichtet sein, ob die Konditionen des Einlagenkontos mit den in dem MVKV bestimmten Anforderungen übereinstimmen. Sieht der MVKV vor, dass die Fondsgesellschaft nur gemeinsam mit der Mittelverwendungskontrolleurin über die Gelder der Gesellschaft verfügen darf, muss sie sich vergewissern, ob diese Vorgaben tatsächlich eingehalten worden sind.

Stellt die Mittelverwendungskontrolleurin Abweichungen fest, genügt sie ihren vorvertraglichen Pflichten gegenüber den Beitrittsinteressenten nicht schon dadurch, dass sie für eine ordnungsgemäße Mittelverwendungskontrolle für die Zukunft Sorge trägt. Vielmehr ist sie gehalten, die Beitrittsinteressenten darauf hinzuweisen, dass bereits eine zweckwidrige Minderung des Gesellschaftsvermögens eingetreten sein könnte (BGH, a.a.O., 191).

2. Es kann im Ergebnis dahingestellt bleiben, ob der zwischen der Fondsgesellschaft und der Beklagten geschlossene MVKV

Schutzwirkungen zugunsten des Klägers entfaltet oder gar als echter Vertrag zugunsten der Anleger zu qualifizieren ist. Der Kläger hat bereits haftungsrelevante Pflichtverletzungen der Beklagten nicht in prozessual erheblicher Weise dargelegt. Sein **Vortrag**, die Beklagte habe deswegen Pflichten verletzt, weil sie zum einen nicht von Anfang an sichergestellt habe, dass die Geschäftsführer der Fondsgesellschaft nur zusammen mit ihr verfassungsberechtigt gewesen seien und sie zum anderen bereits vor seinem Beitritt den Verpflichtungen aus dem MVKV nicht ordnungsgemäß nachgekommen sei, **erfolgt „ins Blaue hinein“**.

a) Die darlegungsbelastete Partei ist zwar grundsätzlich nicht gehindert, Tatsachen zu behaupten, über die sie **keine genauen Kenntnisse** hat, die sie aber nach Lage der Dinge für wahrscheinlich hält. **Unzulässig wird ein solches prozessuales Vorgehen aber dort, wo die Partei ohne greifbare Anhaltspunkte für das Vorliegen eines bestimmten Sachverhalts willkürlich Behauptungen „aufs Geratewohl“ oder „ins Blaue hinein“ aufstellt. In diesem Sinne ist ein von Willkür getragener Sachvortrag bei Fehlen jeglicher tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen** (vgl. BGH, Urt. v. 12.5.2015 – VI ZR 119/14, RdNr. 40, zitiert nach juris).

b) Der Kläger hat vorgetragen, keine Kenntnisse von den behaupteten Pflichtverletzungen der Beklagten zu haben. Es bestehen indes für deren Vorliegen auch keine greifbaren Anhaltspunkte; der Kläger selbst trägt solche Anhaltspunkte auch nicht vor. Sofern er auf den **Bericht des Insolvenzverwalters** der Fondsgesellschaft Bezug nimmt, ergeben sich **aus diesem keinerlei Hinweise auf eine nicht ordnungsgemäß wahrgenommene Mittelverwendungskontrolle**. Auch der wirtschaftliche Misserfolg der Fondsgesellschaft für sich genommen stellt keinen Anhaltspunkt für Pflichtverletzungen der Beklagten dar.

3. Unabhängig von der bereits fehlenden Darlegung einer Pflichtverletzung ist dem auf **§ 425 ZPO** gestützten Antrag des Klägers, der Beklagten die **Vorlage des Kontoeröffnungsantrags** aufzugeben, nicht nachzukommen, weil die Voraussetzungen der Bestimmung nicht erfüllt sind.

Eine **Vorlagepflicht nach § 425 ZPO** besteht – abgesehen von dem hier nicht einschlägigen Fall des § 423 ZPO – nur, wenn die gegnerische Prozesspartei **nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts zur Vorlage verpflichtet** wäre (§ 422 ZPO). Die Beklagte ist aber nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts nicht zur Vorlage des Kontoeröffnungsantrages verpflichtet. Es ist weder vorgetragen noch sonst ersichtlich, dass die Beklagte an der Eröffnung dieses Kontos überhaupt mitgewirkt hat. Hierzu war sie nach den mit der Fondsgesellschaft getroffenen Absprachen auch nicht verpflichtet.

Bereits aus der Beitrittserklärung ist ersichtlich, dass es sich um ein (ausschließlich) im Namen der Fondsgesellschaft geführtes Konto handelt. Die Beklagte ist dort als (Mit-)Kontoinhaberin nicht aufgeführt. Der MVKV weist in seinem Teil III (Allgemeines) für den Fall eines Wechsels der Mittelverwendungskontrolleurin zudem allein dem Geschäftsführer der Fondsgesellschaft die Aufgabe zu, für die Herstellung der

Zeichnungsbefugnis des neu bestellten Mittelverwendungskontrolleurs auf dem Eigenkapitalkonto der Gesellschaft zeitgleich mit dem Erlöschen der Zeichnungsberechtigung der bisherigen Mittelverwendungskontrolleurin Sorge zu tragen.

Daraus lässt sich entnehmen, dass es die alleinige Aufgabe der Fondsgesellschaft war, die bankrechtlichen Voraussetzungen für eine effektive Mittelverwendungskontrolle zu schaffen. Allein ihr oblag es, das Konto einzurichten und die ihre Verfügungsmacht beschränkende Anweisung an die kontoführende Bank zu erteilen.

Dies steht nicht im Widerspruch zu einer **Entscheidung des Kammergerichts vom 30.4.2014 (28 U 17/13)**, in der eine **Vorlagepflicht bejaht** wurde. **Der dieser Entscheidung zugrunde liegende Sachverhalt weist einen entscheidungserheblichen Unterschied auf, denn die Mittelverwendungskontrolleurin war in dem vom Kammergericht entschiedenen Fall ausdrücklich dazu verpflichtet, an der Errichtung eines Mittelverwendungskontos der Fondsgesellschaft mitzuwirken.** Zudem sollte sie über das Konto – aufgrund einer von ihr mit der kontoführenden Bank herbeizuführenden Vereinbarung – nur zusammen mit der Gesellschaft verfügen dürfen. Entsprechende Verpflichtungen hat die Beklagte im Verhältnis zur Fondsgesellschaft in dem hier maßgeblichen MVKV indes gerade nicht übernommen.

4. Unabhängig von den Ausführungen unter I. 2. liegen zudem auch hinsichtlich des Antrags des Klägers, der Beklagten die Vorlage der Kontoauszüge aufzugeben, die Voraussetzungen des § 425 ZPO nicht vor. Ob insofern ein materiell-rechtlicher Anspruch im Sinne des § 422 ZPO besteht, kann offen bleiben. Aus dem Vortrag des Klägers, die Kontoverfügungen hätten nicht im vollen Umfang den Anforderungen aus dem MVKV entsprochen, ergibt sich nicht, welchen Verfügungen die Beklagte pflichtwidrig zugestimmt hat und aus welchen Gründen ein Verstoß gegen den MVKV anzunehmen sein soll.

Soweit die Prozessführung des Klägers insoweit von der Erwartung getragen sein sollte, er könne nach Vorlage der Kontoauszüge ggf. zu etwaigen Pflichtverletzungen näher vortragen, entspricht dies nicht den im Zivilprozess geltenden Beibringungsgrundsatz. Die Beweisaufnahme dient im Zivilprozess dazu, einen zwischen den Parteien streitigen Sachverhalt aufzuklären. Ihr Zweck ist es dagegen nicht, der Klagepartei erstmalig die zur Führung eines Rechtsstreits erforderlichen Informationen zu verschaffen. (...) ■

Anwaltshaftung

- Gründung einer GbR zur Rechtsverfolgung
 - Verstoß gegen Rechtsberatungsgesetz
 - Sicherster Weg
 - Risikobelehrung
 - Uneinheitliche Rechtsprechung
- (LG Düsseldorf, Urt. v. 12.1.2016 – 6 O 460/14)

Leitsätze:

1. Soweit der Rechtsanwalt die Ansprüche von Geschädigten nicht getrennt voneinander, sondern durch eine durch ihn gegründete Gesellschaft bürgerlichen Rechts geltend gemacht hat, hat er das Gebot, für seinen Mandanten den sichersten Weg zur Rechtsverfolgung zu wählen, verletzt. Denn die im Namen der Gesellschaft erhobene Klage ist wegen fehlender Parteifähigkeit auf der Aktivseite als unzulässig abgewiesen worden, was für den Rechtsanwalt absehbar gewesen ist. So hatte der BGH bereits zuvor entschieden, das Klagen von Geschädigten, die sich als Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammengeschlossen haben, unzulässig seien, weil der Gesellschaftszweck gegen das Rechtsberatungsgesetz verstoße und der Gesellschaftsvertrag daher unwirksam sei.

2. Die seitens des Rechtsanwalts gewählte Rechtsverfolgung ist auch nicht durch eine Einwilligung des Mandanten gerechtfertigt, wenn es an einer Aufklärung des Mandanten über die unklare Rechtslage und das damit verbundene Risiko der angebotenen Rechtsverfolgung fehlt. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin verlangt von dem Beklagten aus nach § 398 BGB abgetretenem Recht Schadenersatz wegen fehlerhafter Rechtsverfolgung.

Der Beklagte ist ein in B. niedergelassener Rechtsanwalt, der sich als Spezialkanzlei für Bank- und Bankhaftungsrecht, Kapitalanlagerecht, Sanierungsrecht und Insolvenzrecht bezeichnet. Zu seiner rechtsvertretenden Vorgehensweise gehörte es, Geschädigte in einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts zu bündeln und bei Bedarf im Namen der Gesellschaft den L-X3 zu bestreiten. Eine solche von ihm im Hinblick auf Geschädigte aus nicht börsenmäßig notierten Aktien der DSC PLC am 4.8.2010 vor dem LG Düsseldorf erhobene Klage wurde durch Urteil vom 21.7.2011 abgewiesen. Die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung wurde durch Urteil des OLG vom 27.11.2012 mit der Begründung als unzulässig zurückgewiesen, dass die Gesellschaft nicht parteifähig sei.

Die Parteifähigkeit von Geschädigten, die sich als Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammengeschlossen hatten, war seinerzeit nicht unumstritten. So hatte der Beklagte in dem Rechtsstreit 2a 362/03 vor dem LG Düsseldorf mit einer entsprechenden Prozessführung Erfolg. Auf der anderen Seite entschied der BGH in einem Urteil vom 12.4.2011 – II ZR 197/09, und einem Beschluss vom 19.7.2011 – II 86/11, dass eine solche Prozessführung unzulässig sei. Weil der Gesellschaftszweck gegen die Bestimmungen des Rechtsberatungsgesetzes verstoße, sei die Gründung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts unwirksam mit der Folge, dass sie auch nicht parteifähig sei. Nach dem unwidersprochen gebliebenen Vorbringen der Klägerin wurden die genannten Entscheidungen am 26.5.2011 bzw. 30.11.2011 in die Rechtsprechungs-Datenbank juris eingestellt.

Der Drittwiderbeklagte ist Geschädigter der später in Insolvenz geratenen S3 B3. Aus bei den Emittenten erworbenen Anteilen erlitt er zwischen 1999 und 2003 ein Schaden in Höhe von 53.137,67 EUR. Im Jahr 2007 trat der Beklagte an ihn heran und bot an, diesen Schaden von der E B3 zurückzuverlangen. Grundlage für dieses Verlangen sollte es sein, dass die Anlegergelder über Konten der Bank eingesammelt und dann an die Emittenten weitergegeben worden waren.

Auch für diese Rechtsverfolgung schloss der Beklagte die von ihm angeworbenen Geschädigten zu einer als Pool bezeichneten Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammen. Hierzu heißt es in § 4 eines von den Anlegern mit dem Beklagten abgeschlossenen Vertrages, dass der Beklagte zum anwaltlichen Vertreter des Pools bestimmt werde. Der Pool erteile dem Beklagten rechtsgeschäftliche Vollmacht zum Abschluss aller zur Realisierung der Schadenersatzforderungen erforderlichen Rechtsgeschäfte und Prozesshandlungen für alle Instanzen. § 7 sieht vor, dass die Haftung des Beklagten auf vorsätzlich und grob fahrlässig verursachte Schäden beschränkt sei. Sie bestehe ausdrücklich nicht gegenüber den einzelnen Mitgliedern des Pools, sondern ausschließlich gegenüber dem Pool.

Der Drittwiderbeklagte entschloss sich dazu, der Gesellschaft beizutreten. Auf eine Vergütungsvorschussrechnung des Beklagten vom 28.2.2007 zahlte er am 12.3.2007 6.037,47 EUR.

Die von dem Beklagten im Namen der Gesellschaft geführte Rechtsverfolgung blieb ohne Erfolg. Eine für die Gesellschaft am 24.9.2012 vor dem LG Düsseldorf erhobene Klage – 16 O 372/12, wurde durch Urteil vom 15.10.2013 abgewiesen. Zur Begründung führte das Gericht aus, dass die dortige Klägerin nicht parteifähig sei, weil der Gesellschaftsvertrag gegen § 3 und § 2 Abs. 2 S. 1 RBG verstoße. Für die Rechtsverfolgung entstanden dem Drittwiderbeklagten 1.088,34 EUR an anteiligen Gerichtskosten.

Mit schriftlicher Erklärung vom 4.11.2014 erklärte der Drittwiderbeklagte die Abtretung seiner ihm gegenüber dem Beklagten zustehenden Ansprüche an die Klägerin. Die Klägerin nahm diese Verfügung an.

Die Klägerin und der Drittwiderbeklagte meinen, der Beklagte habe die Rechte des Drittwiderbeklagten nicht im Verbund mit anderen Geschädigten als Gesellschaft bürgerlichen Rechts wahrnehmen dürfen. Aus vorangegangenen Entscheidungen hätte er erkennen müssen, dass eine solche Rechtsverfolgung nicht erfolgsverheißend, in jedem Fall aber im Verhältnis zu einer getrennten Vorgehensweise risikoreicher gewesen sei. Wäre der Drittwiderbeklagte über diese Risiken belehrt worden, hätte er von der angebotenen Rechtsverfolgung Abstand genommen. Eine entsprechende Belehrung durch den Beklagten sei zu keiner Zeit erfolgt. Von der gewählten Vorgehensweise habe der Beklagte auch deshalb absehen müssen, weil er die geltend gemachten Ansprüche habe verjähren lassen.

Für die Wahrnehmung ihrer Rechte in dieser Sache habe die Rechtsschutzversicherung der Klägerin 2.251,48 EUR gezahlt. Diese habe der Beklagte der Rechtsschutzversicherung zu erstatten.

(Anträge: ...) ■

Aus den Gründen:

I. Die Klage hat bis auf eine geringfügige Zuvelforderung Erfolg. Im Übrigen ist sie unbegründet, so dass sie insoweit abzuweisen ist.

1. Der Beklagte ist der Klägerin aus §§ 611, 675 BGB in Verbindung mit §§ 280 Abs. 1, 398 BGB in Höhe von 7.135,81 EUR zum Schadenersatz verpflichtet.

Aufgrund eines ihm erteilten Mandates hat der Rechtsanwalt bei einer **Rechtsverfolgung** zunächst die für die rechtliche Beurteilung wesentlichen Punkte durch Befragen seines Mandanten aufzuklären (*BGH, Urt. v. 21.11.1960 – III ZR 160/59, NJW 1961,602*). Bei **lückenhaften Informationen** hat er auf Vervollständigung zu drängen (*BGH, Urt. v. 8.10.1981 – III ZR 190/79, NJW 1982,437*) und bei der **Ermittlung von so genannten Rechtstatsachen** die dem zu Grunde liegenden Umstände zu erfragen (*BGH, Urt. v. 21.4.1994 – IX ZR 150/93, NJW 1994, 2293; v. 20.6.1996 – IX ZR 106/95, NJW 1996, 2931*). Sodann hat er im Interesse seines Mandanten den **sichersten** Weg zu wählen (*BGH, Urt. v. 23.6.1981 – VI ZR 42/80, NJW 1981, 2742; v. 5.11.1987 – IX ZR 86/86, NJW 1988, 487; v. 16.11.1989 – IX ZR 190/88, NJW-RR 1990, 205*).

Indem er sich dazu entschied, mögliche Ansprüche des Drittwiderbeklagten und von anderen Geschädigten der S3 B3 nicht getrennt voneinander, sondern über eine **durch ihn gegründete Gesellschaft** bürgerlichen Rechts geltend zu machen, hat der Beklagte dieses Gebot, für seinen Mandanten den sichersten Weg zu wählen, verletzt. Die von ihm initiierte Rechtsverfolgung ist ohne Erfolg geblieben. Seine im Namen der Gesellschaft erhobene Klage ist in Ermangelung einer Parteifähigkeit auf der Aktivseite als unzulässig abgewiesen worden.

Dieses über eine **getrennte Rechtsverfolgung** hinausgehende Risiko ist für den Beklagten abzusehen gewesen, war seine am 4.8.2010 mit einer gleichen Prozessführung vor dem LG Düsseldorf erhobene Klage doch am 21.7.2011 abgewiesen worden. Bereits vor der in der Sache 16 O 372/12 unter dem 24.9.2012 erhobenen Klage hatte zudem der BGH in zwei Entscheidungen vom 12.4.2011 sowie 19.7.2011 entschieden, dass Klagen von Geschädigten, die sich als Gesellschaft bürgerlichen Rechts zusammengeschlossen hatten, unzulässig seien, weil der **Gesellschaftszweck gegen das Rechtsberatungsverbot verstoße**, der Gesellschaftsvertrag daher unwirksam sei und die Gesellschaft nicht über die gebotene Parteifähigkeit verfüge. Beide Entscheidungen waren bei Klageeinreichung in der Sache 16 O 372/12 publiziert. Im Lichte dessen ist es von nicht ausschlaggebender Bedeutung, dass der Beklagte in der Sache 2a 362/03 vor dem LG Düsseldorf mit einer gleichen Prozessführung obsiegt hatte.

Aufgrund der uneinheitlichen Rechtsprechung hätte er erkennen müssen, dass die von ihm gewählte und dem Drittwiderbeklagten angebotene Rechtsverfolgung gegenüber einer getrennten Vertretung der einzelnen Geschädigten höher risikobelastet war.

Diese von dem Beklagten gewählte Rechtsverfolgung ist nicht durch eine **Einwilligung des Drittwiderbeklagten** gerechtfertigt. Eine solche Einwilligung hätte nur dann eine tragfähige Grundlage gehabt, wenn der Beklagte den Drittwiderbeklagten zur angebotenen Rechtsverfolgung über die unklare Rechtslage und das damit verbundene Risiko umfassend und eingehend belehrt hätte. Zu einer solchen Belehrung hat die Beweisaufnahme nichts ergeben.

Der Zeuge E2 hat ausgesagt, er habe mit dem Drittwiderbeklagten lediglich die rechtlichen Anknüpfungstatsachen besprochen. Gemeint sei damit eine mögliche Evidenzhaftung der Bank. Zu dem Gesellschaftsvertrag habe er den Drittwiderbeklagten nicht belehrt. Das sei aus damaliger Sicht wohl auch nicht erforderlich gewesen. Noch 2009 sei eine identische Prozessführung vom BGH bestätigt worden. Der Beklagte habe ihm davon berichtet, dass es auch noch später Entscheidungen gegeben habe, bei denen es bei einer solchen Prozessführung zu keinen Problemen mit der Aktivlegitimation gekommen sei. Er könne nicht sagen, ob die Mandanten vor bzw. anlässlich der Klageerhebung nochmals kontaktiert worden seien.

Aus dieser Aussage geht eine aus den vorgenannten Gründen **gebotene Risikobelehrung** nicht hervor. Im Gegenteil hat der Drittwiderbeklagte bei seiner informatorischen Anhörung angegeben, ihm sei nicht klar gewesen, dass die gemeinsam mit anderen Geschädigten in Gestalt einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts angebotene Rechtsverfolgung schon formell nicht zum Erfolg haben können. Als er dies erfahren habe, sei er „allen Wolken gefallen“.

Der dem Beklagten daher anzulastende Pflichtverstoß hat zur Folge, dass er der Klägerin den hierdurch entstandenen Schaden zu ersetzen hat. Dieser ist mit dem Vorschuss gemäß Rechnung vom 28.2.2007 und den anteiligen Gerichtskosten zwischen den Parteien unstreitig, so dass es hierzu keiner näheren Ausführungen bedarf.

Der diesbezügliche Anspruch ist nicht nach § 7 des zwischen den Beklagten und den eingeworbenen Anlegern abgeschlossenen **Poolvertrages** ausgeschlossen. Als für eine **Vielzahl von Mandaten** vorformulierte Klausel und daher **allgemeine Geschäftsbedingung** des Beklagten verstößt der dort genannte, im Hinblick auf die Geschädigten umfassende Haftungsausschluss gegen § 309 Nr. 7 lit. b) BGB und ist daher unwirksam. Eine Haftung für grobes Verschulden lässt sich nicht ausschließen.

Darauf, ob der Beklagte grob schuldhaft gehandelt hat, kommt es nicht an. Denn eine **wertungserhaltende Reduktion** sieht das Gesetz bei Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht vor. In diesem Zusammenhang besteht kein Zweifel daran, dass nicht nur zwischen dem Beklagten und der

Gesellschaft bürgerlichen Rechts, sondern auch zwischen ihm und den geschädigten Mandanten eine Rechtsbeziehung gestanden hat. Dies folgt schon daraus, dass er seine Vorschüsse nicht gegenüber der Gesellschaft, sondern – wie bei dem Drittwiderbeklagten mit Rechnung vom 28.2.2007 – unmittelbar gegenüber den Mandanten abgerechnet hat.

2. Weil es sich noch nicht absehen lässt, ob und in welcher Höhe der Drittwiderbeklagte mit den Kosten belastet wird, die den Klagegegnern in der Sache 6 O 372/12 vor dem LG Düsseldorf entstanden sind, ist dem Antrag auf Feststellung einer diesbezüglichen Ersatzpflicht des Beklagten stattzugeben.

3. Der Zinsanspruch rechtfertigt sich aus §§ 288 Abs. 1, 291 BGB.

Erstattung der von ihrer Rechtsschutzversicherung geleisteten Zahlung kann die Klägerin von dem Beklagten nicht im Wege der gesetzlichen Prozessstandschaft verlangen. Eine diesbezügliche Anspruchsgrundlage lässt sich nicht einsehen und ist von der Klägerin auch nicht vorgetragen worden. Eine Zahlung der Rechtsschutzversicherung wäre in erster Linie nicht auf die Pflichtversicherung des Beklagten, sondern auf eine aufgrund des bestehenden Versicherungsverhältnisses erteilte Deckungszusage zurückzuführen.

II. Im Hinblick auf die Widerklage kann es dahingestellt bleiben, ob sie prozessual zulässig ist. In jedem Fall ist sie aus den zuvor ausgeführten Gründen unbegründet, so dass sie abzuweisen ist. (...) ■

Übergangsrecht zum neuen VersicherungsvertragsG

- Insolvenz des Steuerberaters
- Direktanspruch, § 115 VVG n.F.
- Übergangsvorschrift Art. 1 EGVVG
(LG Hannover, Urt. v. 27.11.2013 – 14 O 375/12)

Leitsatz (d. Red.):

Das Übergangsrecht vom alten auf das neue Versicherungsvertragsgesetz (VVG) wird in Art. 1 EGVVG geregelt. Es gilt für alle Vorschriften des VVG, d.h. die materiell-rechtlichen und prozessrechtlichen Regelungen. Beim Direktanspruch des Geschädigten gegen den Versicherer im Falle der Insolvenz des Versicherungsnehmers nach § 115 VVG n.F. kommt es auf den Zeitpunkt des Verstoßes, d.h. den Beratungsfehler an. ■

Tatbestand:

Der Kläger nimmt die Beklagte als Berufshaftpflichtversicherer seines Steuerberaters wegen fehlerhafter Steuerberatung im Wege des Direktanspruchs gem. § 115 VVG in Anspruch.

Zwischen dem Kläger und dem Steuerberater B. bestand ein Steuerberatungsverhältnis im Zeitraum 2005 bis 2008. Von Januar 1994 bis Ende Juni 2007 war der Steuerberater B. beim damaligen Versicherer berufshaftpflichtversichert, dessen Rechtsnachfolgerin die Beklagte ist.

Über das Vermögen des Steuerberaters B. wurde mit Beschluss des AG Aschaffenburg vom 1.12.2008 das Insolvenzverfahren eröffnet. Mittlerweile wurde er durch rechtskräftiges Urteil des LG Würzburg vom 3.8.2011 u.a. wegen Betrugs in Tateinheit mit Urkundenfälschung und Untreue, u.a. auch zum Nachteil von Gesellschaften, an welchen der Kläger beteiligt war, zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 5 Jahren und 3 Monaten verurteilt.

Herr B. beriet den Kläger u.a. bzgl. Anlagemöglichkeiten seines Privatvermögens. Im Rahmen der steuerrechtlichen Beratung brachte der Kläger sein Vermögen in eine inländische Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (im Folgenden: WGS) ein. In diesem Zusammenhang stellte der Kläger das zu verwaltende Kapital der Gesellschaft als Darlehen zur Verfügung. Im Darlehensvertrag war eine Verzinsung des überlassenen Kapitals in Höhe von 1% vorgesehen.

Der Steuerberater B. war für die Buchhaltung der WGS zuständig und buchte den entsprechenden Zinsaufwand dort als Aufwand. Im Rahmen der ebenfalls von Herrn B. vorgenommenen privaten Buchhaltung des Klägers verbuchte Herr B. die angefallenen Zinsen bei Anfertigung der privaten Steuererklärung nicht als Ertrag. In der Folge setzte das zuständige FA wegen der fehlenden Angaben der zusätzlichen Einkünfte aus Kapitalvermögen Nachzahlungszinsen für die Jahre 2006 und 2007 fest.

Der Kläger behauptet, es lägen Beratungsfehler des Versicherungsnehmers der Beklagten vor. Es sei pflichtwidrig gewesen, dem Kläger zu empfehlen, das von der Verwaltungsgesellschaft zu verwaltende Kapital als Gesellschaftsdarlehen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen hätte das Kapital in die Rücklage der Gesellschaft eingestellt werden müssen, um den fiktiven Zinsertrag im privaten Vermögen zu vermeiden. Darüber hinaus hätte der fiktive Zinsertrag rechtzeitig in der privaten Einkommensteuererklärung geltend gemacht werden müssen. In diesem Fall wären die Nachzahlungszinsen nicht angefallen. Hätte Herr B. die Einstellung des Kapitals in die Kapitalrücklage empfohlen, hätte der Kläger diesen Ratsschlag befolgt.

Die beiden Einkommensteuerbescheide für die Jahre 2006 und 2007 ergingen am 11.4.2012.

Der Kläger ist der Auffassung, den Anspruch gegen die Beklagte gem. § 115 VVG n.F. im direkten Wege geltend machen zu können. Maßgeblich sei das VVG in der Fassung vom 23.11.2007. Bei dem Direktanspruch i. S. des § 115 Abs. 1 VVG n.F. handele es sich um einen Anspruch überwiegend deliktsrechtlicher Natur mit der Folge, dass insoweit nicht die Übergangsvorschriften des Art. 1 Abs. 1 EGVVG anzuwenden seien, sondern Art. 12 des Gesetzes zur Reform des Versicherungsvertragsrechts. Ferner sei auf das Entstehen

des Schadenersatzanspruchs abzustellen. Diese ergebe sich bereits aus dem Regierungsentwurf zum neuen VVG. Statt auf die erste Pflichtverletzung, den behaupteten Beratungsfehler 2005, käme es auf den Schadeneintritt an. Maßgeblich sei insoweit der Erlass des entsprechenden Steuerbescheids des Finanzamts vom 11.4.2012.

(Anträge: ...)

Die Beklagte ist der Auffassung, § 115 VVG n.F. sei auf das vorliegende Verhältnis der Parteien nicht anwendbar. Abzustellen sei auf die Übergangsvorschrift des Art. 1 Abs. 1 und 2 § 6 EGVVG, wonach auf Altverträge, die bis 1.1.2008 entstanden seien, das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der bis dahin geltenden Fassung anzuwenden sei. Sofern bei Altverträgen ein Versicherungsfall bis zum 31.12.2008 eingetreten sei, sei das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der bis 31.12.2007 geltenden Fassung anzuwenden. Maßgeblich sei hier der Eintritt des Versicherungsfalles des Steuerberaters B. Dieser liege gem. § 1 AVB-WSR im Zeitpunkt der Pflichtverletzung, also der von dem Kläger behaupteten Falschberatung im Jahr 2005. Da nach altem Versicherungsvertragsgesetz kein Direktanspruch gegen den Haftpflichtversicherer bestand, sei die Klage abzuweisen.

Darüber hinaus läge auch keine Falschberatung vor, der Kläger selbst hätte bereits vor Beginn des Vertragsverhältnisses sich für eine Vermögensverwaltungs-GmbH entschieden. Er sei auch von Herrn B. ausführlich über die verschiedenen Anlageformen im Wege von Eigenkapital und Fremdkapital für die GmbH aufgeklärt worden, und habe sich anschließend für die Einbringung seines Vermögens mittels Darlehen entschieden. Da sei es ihm darauf angekommen, über sein Vermögen, das im Wesentlichen aus einem Wertpapierkonto bestand, jederzeit frei verfügen zu können. Es sei ihm auch auf eine Zuführung von Zinsen angekommen. Bei den Zielvorgaben des Klägers hätte zudem keine andere Handlungs- und Beratungsmöglichkeit bestanden. Andere Alternativen hätte der Kläger vernünftigerweise nicht in Betracht gezogen.

Darüber hinaus sei ihm auch kein Schaden entstanden. Zu berücksichtigen sei, dass ihm anderenfalls kein Zinsanspruch von 1% pro Jahr entstanden wäre und er insoweit einen Vermögensverlust gehabt habe. Der Schaden sei auch nicht anhand eines Gesamtvermögensvergleichs dargelegt worden. (...) ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage hat in der Sache keinen Erfolg.

Dem Kläger steht kein Anspruch gegen die Beklagte gem. § 115 Abs. 1 Nr. 2 VVG n.F. zu, weil diese Anspruchsgrundlage im vorliegenden Fall keine Anwendung findet.

I. Gemäß § 115 Abs. 1 VVG in der Fassung vom 23.11.2007 – gültig ab 1.1.2008 – kann der Dritte seinen Anspruch auf Schadenersatz auch gegen den Versicherer geltend machen, wenn es sich um eine Haftpflichtversicherung zur Erfüllung einer nach dem Pflichtversicherungsgesetz bestehenden Ver-

sicherungspflicht handelt, oder wenn über das Vermögen des Versicherungsnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Eröffnungsantrag mangels Masse abgewiesen worden ist, oder ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist, oder wenn der Aufenthalt des Versicherungsnehmers unbekannt ist.

Der Anspruch besteht im Rahmen der Leistungspflicht des Versicherers aus dem Versicherungsverhältnis und, soweit eine Leistungspflicht nicht besteht, im Rahmen des § 117 Abs. 1 bis 4 VVG. Der Versicherer hat den Schadenersatz in Geld zu leisten. Der Versicherer und der ersatzpflichtige Versicherungsnehmer haften als Gesamtschuldner.

Absatz 2 lautet:

„Der Anspruch nach Absatz 1 unterliegt der gleichen Verjährung wie der Schadenersatzanspruch gegen den ersatzpflichtigen Versicherungsnehmer. Die Verjährung beginnt mit dem Zeitpunkt, zu dem die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den ersatzpflichtigen Versicherungsnehmer beginnt; sie endet jedoch spätestens nach 10 Jahren von dem Eintritt des Schadens an.“

Diese Regelung findet im Verhältnis der Parteien untereinander keine Anwendung, denn maßgeblich ist das Versicherungsvertragsgesetz in der Fassung bis zum 31.12.2007. **Der Versicherungsvertrag** zwischen dem Steuerberater B. und der Rechtsvorgängerin der Beklagten **ist unstreitig vor dem 1.1.2008 – dem Inkrafttreten des neuen Versicherungsvertragsgesetzes – abgeschlossen worden.** Der hier maßgebliche Versicherungsfall – **die Falschberatung – ist ebenfalls vor dem 31.12.2008 erfolgt**, nämlich zu Beginn des Beratungsverhältnisses im Jahre 2005.

Gemäß Art. 1 Abs. 1 EGVVG ist das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der bis dahin geltenden Fassung bis zum 31.12.2008 anzuwenden auf Versicherungsverhältnisse, die bis zum Inkrafttreten des Versicherungsvertragsgesetzes vom 23.11.2007 am 1.1.2008 entstanden sind (Altverträge), soweit in Abs. 2 und den Art. 2 bis 6 nichts anderes bestimmt ist.

Abs. 2 lautet:

„Ist bei Altverträgen ein Versicherungsfall bis zum 31.12.2008 eingetreten, ist insoweit das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der bis zum 31.12.2007 geltenden Fassung weiter anzuwenden.“

Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Es handelt sich um einen Altvertrag, dessen Versicherungsfall vor dem 31.12.2008 eingetreten ist.

1. Art. 1 EGVVG ist vorliegend die maßgebliche Übergangsvorschrift im Hinblick auf § 115 VVG.

a. In Rechtsprechung und Literatur wird **uneinheitlich beurteilt, ob die Übergangsvorschriften sich lediglich auf materiell-rechtliche Fragen des VVG beziehen, oder ob auch prozessrechtliche Regelungen, wie etwa der neu eingeführte § 215 VVG als besonderer Gerichtsstand, ebenfalls unter**

diese Regelung fallen. Artikel 1 EGVVG ist als *lex specialis* zu Art. 12 Abs. 1 S. 2 des Gesetzes zur Reform des Versicherungsvertragsrechts und den allgemeinen Übergangsregelungen hier vorrangig zu beachten. Die Schaffung dieser Vorschrift spricht dafür, dass der Gesetzgeber ein besonderes von den Grundregeln abweichendes Übergangsregime begründen wollte im Rahmen des Versicherungsrechts.

Dem Wortlaut ist nicht zu entnehmen, dass unterschiedliche Zeiträume für das Inkrafttreten materiell-rechtlicher oder prozessrechtlicher Regelungen gelten sollten. Da auch in Art. 1 Abs. 2 EGVVG vom Wortlaut her kein Unterschied zwischen materiell-rechtlichen und prozessrechtlichen Regelungen getroffen wird, lässt dies den Rückschluss zu, dass auch insoweit keine Trennung folgen sollte, auch wenn grundsätzlich prozessrechtliche Regelungen möglichst bald in Kraft treten sollen, weil insoweit kein besonderes Schutzbedürfnis der Betroffenen für entsprechend lange Übergangsregelungen besteht. Auch wenn in der Gesetzesbegründung zu Art. 1 Abs. 1 EGVVG von „vertragsrechtlichen Regelungen“ die Rede ist, so hat dies in den Gesetzestext keinen Eingang gefunden, was ohne weiteres möglich gewesen wäre.

Vor diesem Hintergrund geht das Gericht davon aus, dass die Übergangsvorschrift des Art. 1 EGVVG für sämtliche Vorschriften des VVG in der neuen Fassung maßgeblich ist (vgl. *insoweit OLG Braunschweig v. 5.10.2011 – 3 W 43/11 m.w.N., OLG Naumburg v. 15.10.2009 – 4 W 35/09, zitiert n. juris*).

b. **Dies gilt auch für den Direktanspruch nach § 115 VVG**, auch wenn es sich nicht um einen Anspruch zwischen Versicherungsnehmer und Versicherer handelt, und der Versicherungsvertrag selbst nicht betroffen ist. Es kann insoweit dahinstehen, ob diese Regelung noch im weitesten Sinne unter das „Versicherungsverhältnis“, das in Art. 1 EGVVG genannt ist, fällt, oder dies auszuschließen ist, weil es sich insoweit eher um einen Anspruch überwiegend deliktsrechtlicher Natur handelt (vgl. *Prölß/Martin, EGVVG Art. 1 Rdnr. 6 und Schneider, VersR 2008, 859*).

Die Übergangsvorschrift ist dem Willen des Gesetzgebers zu Folge dem Art. 229 § 5 EGBGB angenähert, welcher den Übergang von neuem und altem Schuldrecht im Hinblick insbesondere auf Dauerschuldverhältnisse regeln sollte. Im Rahmen des Art. 229 § 5 EGBGB stellte sich eine vergleichbare Frage im Hinblick auf Ansprüche deliktsrechtlicher Natur nicht. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass zumindest in entsprechender Anwendung die Übergangsvorschrift auch auf den extra im Versicherungsvertragsgesetz geregelten neu gefassten § 115 VVG anzuwenden ist (vgl. *Brand in: VersR 2011, 557 m.w.N.; LG Hannover v. 15.11.2012 – 8 O 337/11; OLG Nürnberg v. 21.6.2012 – 5 W 1109/12, jew. zitiert n. juris*).

Auch die Argumentation, es entstünde bei der Anwendung des Art. 1 Abs. 2 EGVVG auf § 115 VVG eine Regelungslücke im Hinblick auf den Direktanspruch des Geschädigten gegen den Kfz-Haftpflichtversicherer, weil § 3 PflVG a.F. ersatzlos gestrichen ist und dieser durch § 115 VVG n.F. ersetzt wurde, überzeugt letztendlich im Hinblick auf die vor-

liegende Fallgestaltung nicht. § 115 VVG ist extra in das Gesetz zur Regelung des Versicherungsverhältnisses aufgenommen worden und nach dem Willen des Gesetzgebers in der Neufassung nur in eng begrenzten Ausnahmefällen begründet. Er hat sich bewusst gegen eine Ausweitung der Möglichkeit entschieden, was dafür spricht, dass eine sofortige Geltung ab Wirksamwerden des VVG für Direktansprüche, die zuvor nicht gesetzlich geregelt waren, also andere als diejenigen in der Kfz-Haftpflichtversicherung, nicht zwingend vorgesehen ist.

2. Abzustellen für die Frage des anwendbaren Rechts ist aus oben genannten Gründen auf den Eintritt des Versicherungsfalls. Nicht maßgeblich ist der Erlass der belastenden beiden Steuerbescheide am 11.4.2012, auch wenn dieser nach höchstrichterlicher Rechtsprechung maßgeblich für den Beginn der entsprechenden Verjährungsfristen (vgl. *BGH, NJW 1992, 2766*) und ab diesem Zeitpunkt der Schaden tatsächlich bezifferbar entstanden ist.

Daran ändert auch die in Art. 1 Abs. 2 EGVVG getroffene Regelung, die Verjährungsfristen im Deckungs- und Haftungsverhältnis seien gleichzusetzen, Versicherungsnehmer und Versicherer hafteten dem Geschädigten gegenüber als Gesamtschuldner, nichts. Dadurch soll eine einheitliche Fristenregelung gewährleistet werden.

Entscheidend ist vielmehr das Ereignis, das Haftpflichtversicherungsansprüche gegenüber dem Versicherungsnehmer zur Folge haben könnte. Gemäß §§ 1, Abs. 1, 5 Abs. 1 der hier zugrunde zu legenden AVB-WSR **begründet die Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers, der Verstoß, der Haftpflichtansprüche auslösen kann, den Versicherungsfall.** Dies ist vorliegend die behauptete Falschberatung 2005, die vor Inkrafttreten des neuen VVG stattgefunden haben soll.

3. In Anwendung des Versicherungsvertragsgesetzes in der alten Fassung bis 31.12.2007 steht dem Kläger kein Direktanspruch zu. Ein Direktanspruch war – mit Ausnahme der Kfz-Haftpflichtversicherung – nicht vorgesehen.

Auch die zwischenzeitliche Insolvenz des Steuerberaters B. ändert nichts. Gemäß § 157 VVG a.F. kann der Kläger im Insolvenzfall abgesonderte Befriedigung aus der Entschädigungsforderung verlangen. Grundsätzlich ist jedoch gem. § 154 Abs. 1 Satz 1 VVG a.F. die Feststellung und Fälligkeit des Anspruchs im Verhältnis Schädiger und Geschädigter vorauszusetzen (vgl. *BGH, VersR 1991, 414*).

Daran fehlt es hier. Gegenüber dem Steuerberater B. ist der Anspruch weder durch rechtskräftiges Urteil, noch durch Anerkenntnis oder einen Vergleich festgestellt. Auch ist nicht vorgetragen, dieser Anspruch sei zur Insolvenztabelle festgestellt.

4. Ob tatsächlich Pflichtverletzungen des Steuerberaters vorliegen und diese zu einem kausalen Schaden geführt haben, kann aus oben genannten Gründen dahinstehen. (...) ■

GI Literaturhinweise

Steuerberatervergütungsverordnung: StBVV

Dieser Standardkommentar zur Steuerberatervergütungsverordnung deckt alle für Rechtsanwälte und Steuerberater relevanten Bereiche ab: Gebührenrecht für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Steuerberatungsgesellschaften (StBVV) – Anwendung des Gebührenrechts des RVG für Tätigkeiten des Steuerberaters – Gebührenrecht für mit dem Beruf des Steuerberaters „vereinbare Tätigkeiten“ (§ 57 StBerG) – Steuerliches Kostenrecht.

Die 6. Auflage wurde grundlegend überarbeitet und neu strukturiert. Den Schwerpunkt der Neuauflage bilden u.a. die vielen Aktualisierungen durch das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz sowie die 3. Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen. Zielgruppe sind Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte.

Verlag C.H.BECK, 6. Auflage 2017, Buch, XXIV. 872 Seiten, in Leinen, 119,- €, ISBN 978-3-406-68607-8

Berufshaftpflichtversicherung der Rechtsanwälte

Die vorliegende Kommentierung erläutert die marktüblichen Versicherungsbedingungen der Rechtsanwaltschaftpflichtversicherung, deren Bedeutung in jüngster Zeit genauso wie die Höhe der Deckungssummen zunimmt. Die Bedingungen entsprechen in weiten Teilen auch denen für die Berufshaftpflichtversicherung der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Die Kommentierung von **Diller** ist deshalb auch für diese Zielgruppen relevant.

Die Neuauflage bietet praxisnahe Erläuterungen aller Probleme in dieser Versicherungssparte. Sie berücksichtigt Veränderungen des Bedingungswerks, insbesondere der Policen für Syndikusanwälte, sowie Entwicklungen in Rechtsprechung, Praxis und Wissenschaft. Zielgruppe: Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Notare.

Verlag C.H.BECK, 2. Auflage 2017, XXVIII. 370 Seiten, in Leinen 119,- €, ISBN 978-3-406-68222-3

GI Literatur-Ecke

Borgmann: Die Rechtsprechung des BGH zum Anwaltschaftsrecht von Mitte 2015 bis Mitte 2016, *NJW* 2016, 3412

Kallenbach: 5-facher RVG-Satz: Marktangemessenes Honorar nicht sittenwidrig, *AnwBl Online* 2017, 82

Digitaler Kodex



Jochen Schneider
Handbuch EDV-Recht
IT-Recht mit IT-Vertragsrecht, Datenschutz,
Rechtsschutz und E-Business. Herausgegeben
von RA Prof. Dr. Jochen Schneider. Bearbeitet von
RA Ludwig Antoine, RA Frieder Backu, RAin Dr.
Irene Bayer, RAin Elke Bischof, RAin Isabell Conrad,
RA Thomas Graf, LL.M., RAin Ines Hassemer, RAin
Danielle Hertneck, RA Fabian Kahlert, RA Prof. Dr.
Timoleon Kosmides, RAin Dr. Romina Polley,
RA Prof. Dr. Jochen Schneider, RA Bernd Suchom-
ski, LL.M., und RAin Michaela Witzel, LL.M. 5., neu
bearbeitete Auflage 2017 3.312 Seiten, Lexikon-
format, gbd. 199,- €. ISBN 978-3-504-56094-2

Der Begriff „digitale Revolution“ fällt seit einigen Jahren, um zu beschreiben, wie umfassend der informationstechnologische Fortschritt die industrielle Produktion, die Kommunikation und den Handel umwälzt und damit zugleich das IT- und Datenschutzrecht vor neue Herausforderungen stellt.

Das nun in fünfter Auflage erschienene „Handbuch EDV-Recht“ ist der digitale Kodex für das Zeitalter der Informationstechnologie. Professor Dr. Jochen Schneider begleitet, erschließt und prägt das IT- und Datenschutzrecht seit seiner Entstehung.

Die zahlreichen Mustertexte, Beispiele und Verweise auf maßgebliche Rechtsprechung und Literatur machen das Werk zu einem Muss für alle IT-Rechtspraktiker.

Leseprobe und Bestellung unter www.otto-schmidt.de/sc5

Mit DSGVO

ottoschmidt

GI service

Info

Mit unseren berufsspezifischen, kostenlosen Fachinformationen Glaktuell und GIservice bleiben Sie immer auf dem Laufenden. Am besten gleich kostenlos unter **www.hdi.de/gi** anmelden.

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Brandneu
und kriminell gut.

otto-schmidt.de/erst

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 2199-5478

Herausgeber

HDI Versicherung AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing Sach
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661
E-Mail: nicole.gustine@hdi.de

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI (verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt